

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 2-2013



THEMA DER KAMPF UM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

HUNGER AUF VERÄNDERUNG

MIT BEITRÄGEN VON NIEMA MOVASSAT, PETER CLAUSING, JOS MARTENS, MARIKA TÄNDLER, FEDERICO PACHERO UND ANDEREN

BLICKPUNKT VON KAIRO BIS RIO – PROTESTE RUND UM DIE ERDE

ANALYSE TÖDLICHES AUFSPÜREN – NSA UND DROHNENKRIEG

RÜCKBLICK FREIE MEDIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN

AUSBLICK TAGUNG ZUR KOMMUNALPOLITIK IN DER KRISE



Arbeiter im «Plastikmeer» von Almería, dem größten industriellen Landwirtschaftsstandort Spaniens. Die Fotografien von 2006 und 2010 bebildern auch den Schwerpunkt ab Seite 19. Foto: Bodo Marks

IMPRESSUM ROSALUX — Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
 Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung — Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V., Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin · Kontakt: Tel. 030 44310-130, journal@rosalux.de · Vertrieb: Tel. 030 44310-123, bestellung@rosalux.de · Redaktion: Harry Adler, Jan Ole Arps (Schlussredaktion), Erwin Heil (Bilder), Henning Heine (V. i. S. d. P.), Ramona Hering, Axel Krumrey, Steffen Kühne, Christoph Lammers, Dorit Riethmüller, Verona Wunderlich · Redaktionsschluss: 30. September 2013
 Titelfoto: Bodo Marks · Satz: Viktoria Osterman · Gesamtherstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück · Printed in Germany, September 2013 · ISSN 1864-6794 <http://journal.rosalux.de>

EDITORIAL	3
BLICKPUNKT	
Globale Proteste: Ägypten nach den Muslimbrüdern	4
Recht auf Stadt – Proteste in Brasilien	5
Blockupy – Solidarität mit den Krisenprotesten in Europa	6
Gezi ist geil. Politischer Aufbruch in der Türkei	7
«Gezielte Schüsse»: Interview mit Journalist Biçiçi	8
Veranstaltungsreise mit AktivistInnen aus Istanbul	8
Energiedemokratie: Hürden für Volksentscheid in Berlin	9
Tagung zum sozialökologischen Umbau in Wien	10
Alternativen für den griechischen Energiesektor	11
Protest gegen Uranabbau und Netzwerk für Erneuerbare	12
ANALYSE	
Die NSA-Überwachungsdaten im Drohnenkrieg	13
Intransparente Parteispenden in Deutschland	14
Kapitaler Fehler? Karl Marx ist Weltdokumentenerbe	16
Hochwasserschutz und militarisierte Fluthilfe	17/18
THEMA «HUNGER AUF VERÄNDERUNG»	
Vielfalt als Illusion – die Macht der Lebensmittelkonzerne	19
Landgrabbing – ein Geschäft verschärft den Welthunger	20
Das dubiose Treiben der Gates Stiftung in Afrika	21
Geniales Gärtnern: Solidarische Landwirtschaft	23
Mindestlohn auf dem Bauernhof	24
Arbeit in der Gewächshausindustrie von Almería	25
Der Markt hat Simbabwe Landwirtschaft zerstört	27
Lebensmitteltafeln helfen beim Sozialabbau	27
Eckpunkte für eine linke Agrarpolitik	28
INTERNATIONALES	
Homophobie und LGBT-Protest in Russland	30
Mexiko: Diskussion um Bürgerbeteiligung und linke Regierung	31
Zehn Jahre Auslandsbüros der Stiftung	32
STUDIENWERK	
Texte und Comics zu Bildungsungleichheiten	34
DoktorandInnenseminare helfen Promovierenden	35
Sehnsucht nach Utopie: Interview mit Regisseurin Laabs	35
STIFTUNG	
Der Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen	36
«Viel Solidarität»: Julia Killet zu Anschlag auf Münchner Büro	36
RÜCKBLICK	
Welche Rolle spielen freie Medien in Protestbewegungen?	37
Veranstaltungen zur Hochschulpolitik an Bayerischen Unis	38
AUSBLICK	
Tagung zu linker Kommunalpolitik in der Krise	39
Marx-Herbstschule und Gramsci-Lesekreis in Berlin	40
Workshop zu Gender und Migration in Deutschland und Asien	40
LESENSWERT	
Forschungshefte zu Rosa Luxemburg	41
Rotes Grün – Eckpunkte für eine neue ökologische Erzählung	42



Dagmar Enkelmann

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

die parteinahen politischen Stiftungen können in längeren Zeiträumen als die Parteien denken. Sie sind, wie das wegweisende Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1986 es definierte, an die Existenz langfristiger politischer Grundströmungen und sie repräsentierende Parteien im Deutschen Bundestag gebunden. Gleichwohl interessiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung sich stark für den Ausgang der Wahlen vom 22. September. Und dies nicht nur, weil das gute Ergebnis der LINKEN von 8,6 Prozent ihr eine stabile Entwicklung in der Inlands- wie Auslandsarbeit, der Studienförderung ebenso wie der Bildungs- und Analysetätigkeit erlaubt. Uns interessieren vor allem längerfristige Trends, aber auch widersprüchliche Aspekte. So konnte das weitere Absinken der Wahlbeteiligung vermieden werden, gleichwohl stellen 71,5 Prozent den zweitniedrigsten Wert seit 1949 dar. Dahinter stecken auch die Folgen einer vertieften sozialen Spaltung, wie Analysen unter anderem von der Stiftung zeigen. Erfreulich ist die Stagnation offen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien. Offen bleibt aber, wie sich die «Alternative für Deutschland» entwickeln wird.

So stark wie lange nicht mehr hat das Großthema der sozialen Gerechtigkeit den Wahlkampf beeinflusst. Am Ende steht aber ein Erfolg der Unionsparteien und das niedrigste addierte Resultat von SPD, Grünen und LINKEN seit vielen Jahren. Gleichwohl haben diese drei Parteien eine rechnerische parlamentarische Mehrheit. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland scheidet die FDP aus dem Bundestag aus. Ob es für sie, so wie für die Grünen nach 1990 und die PDS/LINKE nach 2002, eine Rückkehr gibt, ist offen. Gleiches gilt für die Piraten, in den Jahren 2011/12 das viel beachtete «new kid on the block». Es ist nun auf dem Niveau von 2009 gescheitert – ist seine Zeit wirklich schon vorbei? Hinter dem beachtlichen Erfolg der Bundeskanzlerin bleibt viel Unsicherheit über die mittelfristige politische Entwicklung bestehen.

Hierbei die längerfristigen Entwicklungslinien ausfindig zu machen, sieht die Stiftung als ihre Aufgabe, so auch in ihrer Wahlauswertungstätigkeit (<http://www.rosalux.de/news/39791>).

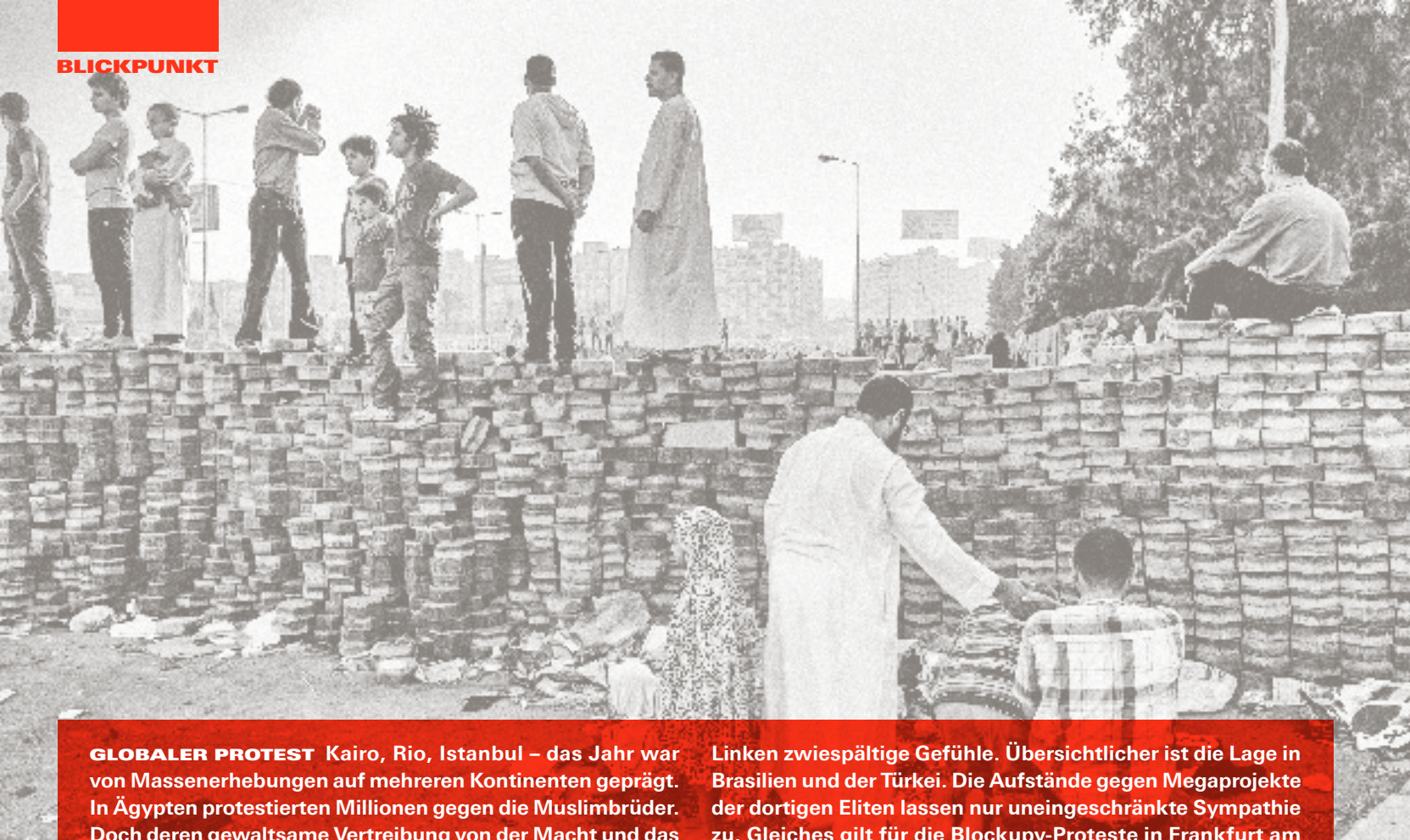
Zur Bundestagswahl nimmt die vorliegende RosaLux den wachsenden Einfluss von Lobbyisten auf die Parteien kritisch unter die Lupe (Seite 14). Im Mittelpunkt des Heftes steht indes das Thema «Ernährungssouveränität»: Ausreichendes und gutes Essen ist ein globales Recht – das für rund 1,9 Milliarden Menschen vor allem im globalen Süden aber nach wie vor nicht gilt. Für sie geht es um die nackte Existenz. Die RosaLux analysiert die Ursachen von globaler Unterernährung, geht auf Landgrabbing und katastrophale Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelbranche ein, beleuchtet die Rolle transnationaler Konzerne und Finanziers. Zugleich berichtet sie über alternative Ansätze und zeigt Perspektiven linker Agrarpolitik (ab Seite 19).

Im «Blickpunkt» dieser Ausgabe stehen zudem die vielfältigen und vielschichtigen Protestbewegungen von Kairo über Rio und Istanbul bis Frankfurt/Main im Frühjahr und Sommer sowie der globale Kampf um Energiedemokratie. Während ausgerechnet im fußballbegeisterten Brasilien die Proteste sich insbesondere an den infrastrukturellen Vorbereitungen der Weltmeisterschaft 2014 und der Olympischen Spiele 2016 entzündeten, an Korruption, Gigantonomie und fehlender sozialer Infrastruktur, ist gleiches in Katar nicht zu erwarten. Die verheerenden Arbeitsbedingungen der vielen ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter im WM-Ausrichterland 2022 erfordern internationalen Druck und internationale Solidarität aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft (ab Seite 4).

Wir wünschen Ihnen eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

**DAGMAR ENKELMANN IST VORSTANDSVORSITZENDE,
FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

KRISENHERD SYRIEN Nach dem Giftgasmassaker von Ghouta hat sich der Bürgerkrieg in dem Land weiter verschärft. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Zudem drohen die USA und Frankreich mit einem Militärschlag. Durch Vermittlung Russlands blieb ein Kriegseinsatz zunächst aber aus, da sich Syrien zur Vernichtung seiner Chemiewaffenbestände bereit erklärte. In einem Onlinedossier unter <http://www.rosalux.de/news/39853> gibt es mehr Hintergründe. **PREISWÜRDIG** Die Wissenschaftler Florian Buttolo und Ingo Stützle haben den Jörg-Huffschmid-Preis gewonnen. Buttolo erhielt die Auszeichnung für seine Dissertation zu Arbeitsbedingungen in China, Stützle für seine Doktorarbeit über ausgeglichene Staatshaushalte. Der Preis ist mit 2.000 Euro dotiert und wird von Attac, der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, der EuroMemo-Gruppe sowie der Stiftung verliehen. Mehr im Internet unter www.rosalux.de/news/39769.



GLOBALER PROTEST Kairo, Rio, Istanbul – das Jahr war von Massenerhebungen auf mehreren Kontinenten geprägt. In Ägypten protestierten Millionen gegen die Muslimbrüder. Doch deren gewaltsame Vertreibung von der Macht und das blutige Vorgehen gegen ihre Anhänger wecken bei vielen

Linken zwiespältige Gefühle. Übersichtlicher ist die Lage in Brasilien und der Türkei. Die Aufstände gegen Megaprojekte der dortigen Eliten lassen nur uneingeschränkte Sympathie zu. Gleiches gilt für die Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main – auch wenn dort die Massen bislang noch fehlen.

Ruhe vor der Stürmung. Protestlager von AnhängerInnen des abgesetzten Präsidenten Mohammed Mursi Anfang August in Kairo. Foto: picture alliance/landov

PETER SCHÄFER

BEIFALL FÜR DIE GENERÄLE

ÄGYPTEN: GEWALT GEGEN MUSLIMBRÜDER WIRD AUCH VON LINKEN UNTERSTÜTZT

Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren führten in Ägypten Massenproteste historischen Ausmaßes zunächst zur Absetzung des Diktators Hosni Mubarak und am 3. Juli auch zur Entmachtung des ersten demokratisch gewählten Präsidenten, des Muslimbruders Mohammad Mursi.

Beide Male war es die Armee, die den Willen der in Millionenanzahl protestierenden Bevölkerung durchsetzte. Mit Hilfe der Polizei löste sie anschließend Demonstrationen der Muslimbrüder mit Waffengewalt auf. Dabei wurden nach Zählung der Gruppe Wiki Thawra («Wiki Revolution») – die Initiative sammelt Daten über Opferzahlen, Orte und Zeitpunkte der Todesfälle auf ihrer Website – allein am 14. August in ganz Ägypten 1.311 Menschen getötet, hauptsächlich ZivilistInnen. Das Militär herrscht wieder direkt und führt, nach eigenen Angaben, einen «Krieg gegen den Terror» – gegen die abgesetzte Muslimbruderschaft. Die liberalen Medien unterstützen diesen Kurs und tragen zur Polarisierung der Stimmung bei. Die Muslimbrüder wiederum schwören Vergeltung. Terrorgruppen auf dem Sinai ermordeten Rekruten der Armee. Kirchen wurden niedergebrannt. Nachts herrscht Ausgangssperre in Kairo. Und die Gefängnisse sind so voll, dass, so einer der grausigen Vorgänge, 38 Festgenommene in einem Polizeiwagen jämmerlich erstickten. Noch am 14. August, als die Pro-Mursi-Proteste aufgelöst wurden, erklärte Innenminister Mohammad Ibrahim: «Ich verspreche, dass

die Sicherheit in diesem Land sobald wie möglich wiederhergestellt wird, so wie das vor dem 25. Januar (2011) war und noch mehr.»

Seither ist nichts klar in Ägypten, zumindest nicht innerhalb der dortigen Linken. Einige, wie der bekannte Schriftsteller Sonallah Ibrahim, bezeichnen den Oberbefehlshaber der Armee, General Al-Sisi, als «große nationale Persönlichkeit» und fordern ihn indirekt auf, als Präsident zu kandidieren. Der Oppositionspolitiker Hamdin Sabbahi, der in den Präsidentschaftswahlen 2012 ein hohes Ergebnis erreichte und seither die Hoffnung der Linken darstellt, sagte, dass er im Falle von Al-Sisis Präsidentschaftskandidatur selbst nicht antreten würde, um den General zu unterstützen. Auch die traditionelle linksnationalistische Tagammu-Partei unterstützt das Vorgehen von Armee und Polizei bei der Auflösung der Pro-Mursi-Proteste. Eine der kritischsten unabhängigen, ägyptischen MilitäranalytistInnen lehnte es ab, für die Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Einschätzung zur künftigen Rolle der Armee zu verfassen, weil sie diese in dieser Phase bedingungslos unterstütze – ein Gradmesser für die Unübersichtlichkeit der aktuellen Lage. Abweichende Meinungen kommen lediglich von kleineren Gruppen, wie den Revolutionären SozialistInnen. Sie bezeichnen Al-Sisi als «Anführer der Konterrevolution» und verweisen auf die Verfehlungen von Muslimbrüdern und Militär gleichzeitig. Sie mahnen auch zur Vorsicht bei der Beschuldigung der Muslimbrüder. So habe zu Mubarak-

Zeiten das Innenministerium Angriffe auf Kirchen verüben lassen, um sie islamistischen Gruppen anzulasten. Es könnte sein, dass PolitikerInnen wie Hamdin Sabbahi erkannt haben, dass sie ohne enges Arrangement mit dem Militär keine Zukunft haben. Darauf deuten auch die Stellungnahmen der salafistischen Nour-Partei hin, die die Armee in Schutz nahm. Sogar der Groß-Imam der Al-Azhar Moschee in Kairo ist auf Seiten der Armee. Die Zukunft des ägyptischen Demokratieprozesses hängt nun stark von der künftigen Rolle der Muslimbruderschaft ab. Ihre AnhängerInnen haben das Vertrauen in Wahlen verloren. Das Verbot der Bewegung vor wenigen Tagen wird den Polizeistaat sowie die gesellschaftliche Spaltung zementieren und die Muslimbrüder radikalisieren. Selbst die sozialen Folgen sind nicht absehbar, sollte die Organisation ihre Wohlfahrtsleistungen für die Armen einstellen müssen.

Die Absetzung von Präsident Mursi war ein Einschnitt. Auch wenn viele Menschen die Art und Weise des militärischen Vorgehens nicht unterstützen, hat die Muslimbruderschaft in ihren Augen nach nur einem Jahr in Regierungsverantwortung politisch abgewirtschaftet. Weder hat sie die Massenforderung nach sozialer Gerech-

tigkeit glaubwürdig beantwortet. Noch vermochte sie es, sich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung zu präsentieren. Die Parole «Der Islam ist die Lösung» funktioniert nun nicht mehr so einfach, vielleicht erleben wir bereits das Ende des politischen Islams in seiner bisherigen Form. Eine neue Generation innerhalb der politisch-religiösen Bewegungen fordert seit langem die Ablösung der alten Kader und die Anpassung der religiösen Wertvorstellungen an demokratische Gegebenheiten und Bedürfnisse.

PETER SCHÄFER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO NORDAFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN TUNIS. ES IST DERZEIT IM AUFBAU

UNMITTELBAR vor der Räumung der Protestcamps der Muslimbrüder schätzte Mai Choucri von der Stiftung die Situation in Ägypten ein. Interview im Netz unter www.rosalux.de/news/39788. Neuen Schwung erhielt im August auch die Protestbewegung in Tunesien. Eine Analyse von Belhassen Handous vom Nordafrikabüro der Stiftung in Tunis findet sich unter www.rosalux.de/news/39893.

GERHARD DILGER

DIE STRASSE BEBT

RECHT AUF DIE STADT IST KERNFORDERUNG DER PROTESTE IN BRASILIEN

Millionen BrasilianerInnen gingen im Juni für lebenswerte Städte und gegen die Kluft zwischen Arm und Reich auf die Straße. BeobachterInnen sehen ein «Ende der Lethargie».

Nichts weniger als ein Erdbeben waren die überraschenden Massendemonstrationen im Juni – davon ist die Urbanistin und UN-Sonderberichterstatteerin für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen, Raquel Rolnik aus São Paulo, überzeugt. «Die Utopie ist wiedergeboren», meint sie optimistisch. Ganz oben auf der Agenda der sozialen Bewegungen steht das Recht auf Stadt. 85 Prozent der BrasilianerInnen leben mittlerweile in Städten. Die dominierenden politischen Kräfte hätten eine partizipative Städteplanung aufgegeben, konstatiert Rolnik. Stattdessen regiere eine «Koalition für das Wachstum», die keynesianische Strategien für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Lohnerhöhungen mit einer neoliberalen Stadtentwicklung verknüpft habe. «Diese Politik dient einzig und allein dazu, den Einfluss des Marktes zu erhöhen und dem Finanzkapital neue Expansionsmöglichkeiten zu eröffnen», so Rolnik. «Die Großereignisse Fußball-WM und Olympischen Spiele sind dafür der neueste und radikalste Ausdruck.»

Seit Jahren wächst auch in Brasilien das Unbehagen über die neoliberal geprägte «Marktdemokratie», in der große soziale Gegensätze mit der schamlosen Bereicherung von Banken, Konzernen und PolitikerInnen Hand in Hand gehen. Ein Symbol für diese Entwicklung ist die Fußballweltmeisterschaft 2014, an der vor allem die Fifa und das Großkapital verdienen werden. Folgerichtig wirkte die Generalprobe für die Weltmeisterschaft, der Confederations Cup, im Juni als Katalysator für die Demonstrationen. Auch unter den von der Arbeiterpartei PT angeführten Mitte-links-Regierungen seit 2003 hat sich wenig am ungleichen Zugang der BrasilianerInnen zu guter Bildung und Gesundheitsversorgung geändert, die Hoffnung auf bessere Lebenschancen hat sich für viele nicht erfüllt. Folgerichtig

war die Forderung nach «Schulen und Krankenhäuser mit Fifa-Standard» eine der eindringlichsten bei den Juni-Protesten.

Noch immer herrscht eine krasse Segregation zwischen den weitgehend rechtsfreien Räumen der Armenviertel und der «formalen Stadt» der Mittel- und Oberschichten. In den 1980er und 1990er Jahren experimentierten manche Städte mit fortschrittlichen stadtpolitischen Instrumenten wie dem Bürger- oder Beteiligungshaushalt, der es BewohnerInnen ärmerer Viertel erlaubte, über die Verwendung von Haushaltsgeldern mitzubestimmen. Auch die Städteplanung wurde partizipativer gestaltet. Doch 2009, als die Bundesregierung unter Luiz Inácio Lula da Silva massive Investitionen in den Wohnungsbau und die städtische Infrastruktur startete, nahm die Entwicklung eine «katastrophale Richtung», wie Ermínia Maricato, von 2003 bis 2005 Staatssekretärin im Städteministerium, kritisiert. Viele SprecherInnen der urbanen Bewegungen seien kooptiert worden, alte Forderungen nach urbaner Reform, also einer sozialen Neuregelung der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden, in Vergessenheit geraten. Der jüngste Immobilienboom war weitgehend durch Unternehmerinteressen bestimmt, die Spekulation blühte: Zwischen 2009 und 2012 stiegen die Wohnungspreise in São Paulo um 153, in Rio de Janeiro sogar um 184 Prozent. Nicht nur im Umfeld von WM-Projekten kam es zu Zwangsräumungen. Mehrfach fielen Hüttensiedlungen in guter Lage Brandstiftungen zum Opfer. Auch die Chance, im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft die öffentlichen Nahverkehrssysteme zumindest in den zwölf Austragungsorten spürbar zu verbessern, wurde nicht genutzt. Mehr Geld fließt in die subventionierte Ausweitung des Individualverkehrs. Dies trug bei zum meist auf Pump finanzierten Konsumboom der letzten Jahre, vor allem in den deutlich gewachsenen «neuen Mittelschichten»: Im 21. Jahrhundert hat sich die Anzahl der PKW in Brasilien bereits verdoppelt. Dabei verbrachten die Be-

wohnerInnen São Paulos schon 2007 durchschnittlich zwei Stunden und 42 Minuten am Tag in meist überfüllten öffentlichen Verkehrsmitteln – wenn sie nicht stundenlang im Stau standen. Durch den verstärkten Autoverkehr wächst auch die Umweltverschmutzung, und Gesundheitsrisiken steigen. Die Lebenserwartung in São Paulo liegt drei Jahre unter dem brasilianischen Durchschnitt. Kein Zufall also, dass sich die Proteste an einer Fahrpreiserhöhung im Nahverkehr entzündeten.

Mit den Juni-Protesten verbindet Ermínia Maricato die Hoffnung auf eine «neue Generation mit neuer Energie, um gegen die Barbarei zu kämpfen», wie sie sagt. Dringend sei eine politische Reform, um die sich auch Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff bemühe. Doch die Staatschefin wird von ihren konservativen KoalitionspartnerInnen an allem gehindert, was deren Pfründe in Gefahr bringen

könnte. Und dass Arbeiterpartei und Gewerkschaften sich in dieser Situation auf ihre linken Wurzeln besinnen, scheint immer unwahrscheinlicher. Ihre Versuche, die Proteste für sich zu nutzen, fanden bis September jedenfalls nur ein geringes Echo. Dabei drängt die Zeit. Denn 2014 findet nicht nur die Fußball-WM statt, sondern auch die nächste Präsidentschaftswahl.

GERHARD DILGER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO BRASILIEN UND CONO SUR DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN SÃO PAULO

DIE SITUATION von Präsidentin Rousseff und der Arbeiterpartei hat Gerhard Dilger in einer Analyse in der Le Monde Diplomatique thematisiert. Download unter www.rosalux.de/publication/39722.

MAIK HENNIG / TADZIO MÜLLER / THOMAS SABLowski

REPRESSION WIE GEHABT

STIMMUNG DENNOCH SUPER BEI BLOCKUPY-PROTESTEN IN FRANKFURT AM MAIN

Die Blockupy-Aktionen haben zwar nicht so viele Menschen mobilisiert wie im Vorjahr, aber das Vertrauen im Bündnis ist gewachsen. Zur Eröffnung des EZB-Neubaus im kommenden Jahr soll es einen neuen Protestanlauf geben.

2.000 Menschen folgten am 31. Mai, dem Aufruf des Blockupy-Bündnisses zur Blockade der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main und zu weiteren Aktionen zivilen Ungehorsams. Etwa 20.000 beteiligten sich tags darauf an der Demonstration durch die Frankfurter Innenstadt. Die Proteste wandten sich nicht nur gegen die europäische Krisenpolitik, sondern kritisierten auch die Flüchtlingspolitik der EU, die globale Nahrungsmittelspekulation, Immobilienspekulation und Wohnungsnot, die mörderischen Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie und die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Haus- und Pflegearbeit. Die nachdrücklich antikapitalistische Orientierung der Protestaktionen war auch am Namen des Camps abzulesen, das eine Woche lang als Basis für die Proteste diente und Ort für Informations- und Diskussionsveranstaltungen war: «Camp anticapitalista». Gegen die massive Repression der Polizei bei der Demonstration am 1. Juni (<http://rosalux.de/news/39523>) führten eine Woche später noch einmal Tausende Menschen auf die Straße. An der Solidaritätsdemonstration beteiligten sich auch Akteure, die nicht Teil des Blockupy-Bündnisses gewesen waren, wie etwa die Grünen und die Piratenpartei).

Betrachtet man die Zahl der TeilnehmerInnen im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zu den Krisenprotesten 2009 und 2010, so ist kein Zuwachs zu verzeichnen. Dies ist nicht sehr verwunderlich. Das deutsche Kapital erscheint bisher eher als Krisengewinner, die negativen Folgen müssen vor allem die Lohnabhängigen und RentnerInnen in der europäischen Peripherie tragen. Eine Reise nach Frankfurt ist ihnen oft gar nicht möglich. Auffällig ist aber, dass sich nur Teile der deutschen Gewerkschaften an den Krisenprotesten beteiligt haben. Umso wichtiger ist das deutliche Zeichen der Solidarität mit den Kämpfen in der europäischen Peripherie, das die Blockupy-Protest gesetzt hat. Die Aktionen selbst hatten bereits einen europäischen Charakter, denn AktivistInnen aus Italien, Spanien, Österreich und weiteren Ländern waren in größerer Zahl vertreten.

Die Juni-Kämpfe in der Türkei, in Brasilien, Ägypten oder Indonesien – drei bevölkerungsreiche und geostrategisch bedeutende Länder – eröffnen neue Perspektiven auch für das Anliegen Blockupys. Das zeitliche Zusammentreffen der Blockupy-Aktionen und der Kämpfe in der Türkei hat dazu geführt, dass sich in Deutschland ein neues Aktionsbündnis gegründet hat, das neben den Blockupy-Initiativen mehrere türkische und kurdische Organisationen umfasst. Im Blockupy-Bündnis sind inzwischen auch Feministinnen und Akteure der Friedensbewegung stärker vertreten. Die Partei DIE LINKE hat sich als eine Hauptträgerin des Bündnisses und durch das solidarische Handeln der Parteivorsitzenden sowie mehrerer Bundestags- und Landtagsabgeordneten angesichts der Polizeigewalt bei den anderen BündnispartnerInnen Anerkennung erworben.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte schon im vergangenen Jahr das Blockupy-Bündnis unterstützt. Auch dieses Mal organisierte und finanzierte sie gemeinsame Diskussionsveranstaltungen. Die Stiftung war darüber hinaus während der Aktionstage mit Infoständen im Camp und in der Frankfurter Innenstadt präsent.

Das Blockupy-Bündnis will jedenfalls die Zusammenarbeit fortzusetzen. Für den 25.–27. Oktober ist in Frankfurt am Main eine größere internationale Aktionskonferenz geplant. Ein wichtiges Ziel des Bündnisses ist es, die internationale Zusammenarbeit zu intensivieren und den Widerstand gegen die Krisenpolitik tatsächlich zu europäisieren. Die Eröffnung des Neubaus der EZB im kommenden Jahr, an der zahlreiche Regierungs- und Zentralbankchefs teilnehmen werden, wird Anlass sein, erneut Aktionen zivilen Ungehorsams und Demonstrationen in Frankfurt zu organisieren. Dieses Vorhaben könnte ein zentraler Kristallisationspunkt der praktischen Gesellschaftskritik der außerparlamentarischen Bewegungen im kommenden Jahr werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beabsichtigt, ihre Zusammenarbeit mit dem Blockupy-Bündnis 2014 noch zu intensivieren.

MAIK HENNIG IST PROJEKTMANAGER FÜR OECD-LÄNDER, EU, UNO UND NORDAMERIKA, TADZIO MÜLLER POSTDOCTORAL UMWELT UND KLIMA, THOMAS SABLowski REFERENT FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE DER GLOBALISIERUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



«Jung, urban, zur Hälfte weiblich» – die türkische Jugend ist politisiert. Ruhepause am 1. Juni im Gezi Park. Foto: ebestel/Flickr, <http://flic.kr/p/ezKiqB>

MURAT ÇAKIR

ÜBERALL IST WIDERSTAND

NACH DEN PROTESTEN IST DIE TÜRKISCHE GESELLSCHAFT HOCH POLITISIERT

Die Massendemonstrationen haben die türkische Gesellschaft politisiert. Nun hat sich der Protest von der Straße in den Alltag verlagert. Abgeebbt ist er nicht.

Es war wahrscheinlich das politischste Konzert, das die Heavy-Metal-Band Iron Maiden je gespielt hat. Doch nicht die Band, sondern die Tausenden Fans machten aus dem Konzert eine politische Demonstration. Der Auftritt von Iron Maiden am 27. Juli 2013 war die letzte Veranstaltung im İnönü Stadion des Istanbuler Fußballclubs Beşiktaş vor dem Abriss. Das ehrwürdige Stadion ist ein weiteres Opfer des Gentrifizierungswahnsinns der AKP-Regierung.

Die Iron-Maiden-Fans hatten im Stadion Plakate aufgehängt und demonstrierten Internationalismus: «From Taksim to Lice, Sao Paulo, Tahrir, We are All Blood Brothers. RESIST!» Als die Band den Song «The Prisoner» spielte, riefen sie «Überall ist Taksim, überall ist Widerstand». Beim Song «Fear of the Dark» waren Plakate zu sehen, auf denen «Fear of the Park» stand. Nach dem «Juni-Aufstand», wie die Ereignisse um den Gezi-Park in Istanbul genannt werden, scheint nichts mehr ungewöhnlich zu sein. Während die neoliberal-islamistische AKP-Regierung mit massiver Polizeigewalt versucht, die Plätze und Straßen der Städte frei von Demonstrationen zu halten, sucht sich der Protest in allen Bereichen des Alltags Räume, um sich zu artikulieren. In Linienbussen, Metrozügen, Cafés oder Restaurants stehen plötzlich junge Leute auf und rufen die Namen der sieben Todesopfer – nach einer kurzen Schrecksekunde gibt es stets heftigen Applaus. Diplom- und Abschlussfeiern der Universitäten, Musikveranstaltungen in den Bars, Konzerte, Theateraufführungen oder Hochzeitsfeiern – alles wird zur Bühne für den Protest. «Antikapitalistische Muslime» rufen zum öffentlichen Fastenbrechen auf, und Tausende Menschen decken auf den Straßen die Tische. Danach wieder das gewohnte Bild: Polizeieinheiten, Wasserwerfer, Gasbomben, Verletzte und Verhaftete. Laut Angaben des türkischen Innenministeriums haben sich rund 2,5 Millionen Menschen an den

Demonstrationen im Juni 2013 beteiligt. Sieben Tote, fast 9.000 Verletzte (darunter zahlreiche Schwerverletzte) und rund 1.000 Verhaftete ist die Bilanz der staatlichen Reaktion. Dennoch ist von einem Abebben der Protestbewegung nichts zu spüren. Anstatt Massendemonstrationen finden in zahlreichen Städten allabendlich Hunderte Foren statt, auf denen die Menschen über Stadtteilprobleme und die Politik der Regierung diskutieren, sich vernetzen, Komitees gründen, ihrer Wut Luft machen. «Basisdemokratie pur», sagt ein Teilnehmer und weist auf die disziplinierte und sachliche Debatte hin. Bei den Foren achtet man penibel darauf, die Nachbarschaft nicht zu stören und der Polizei keinen Anlass zum Eingreifen zu geben. Applaudiert wird nur durch Handzeichen. Es ist eine enorme Leistung, denn in den Foren sind bis zu 100 Redebeiträge pro Abend keine Seltenheit. Die Protestbewegung hat auch die gesamte Kunstszene der Türkei inspiriert. Neue Lieder wurden komponiert, alte mit Bezug auf die Proteste umgeschrieben, eine Vielzahl von Bild-, Foto- und Grafiken entstanden. Und trotz der Polarisierungsversuche des Ministerpräsidenten gab es keine Straßenkämpfe zwischen Protestierenden und RegierungsanhängerInnen – von wenigen gesteuerten Angriffen abgesehen. Jung, zur Hälfte weiblich, städtisch und gut ausgebildet – so kann man den überwiegenden Teil der Protestierenden beschreiben. Doch weil es längst nicht mehr «nur» um die Bäume im Gezi Park geht, sondern um Demokratisierung, soziale Gerechtigkeit und Frieden und gegen neoliberale Politik, Gentrifizierung, paternalistische Einmischung des Staates und die Islamisierung des Alltags, sind inzwischen nahezu alle Bevölkerungsschichten vertreten. Die «Politikverdrossenheit» früherer Zeiten ist einer bewussten Skepsis gegenüber Parteien gewichen, die zur Politisierung breiter Teile der Jugend geführt hat. Und nichts deutet darauf hin, dass sich die Proteststimmung im Herbst abkühlen wird.

**MURAT ÇAKIR LEITET DAS REGIONALBÜRO HESSEN
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN FRANKFURT AM MAIN**

Mehr zu
den Protesten
in der Türkei unter
[http://rosalux.de/
platz-der-
traeume](http://rosalux.de/platz-der-traeume)

«GEZIELTE SCHÜSSE»

PREISTRÄGER BIÇIÇI ÜBER
DIE UMSTÄNDE SEINER VERHAFTUNG

Der Journalist Gökhan Biçiçi wurde während der Juni-Proteste verletzt und verhaftet. Im Juli erhielt er den Preis für Pressefreiheit des türkischen Journalistenverbands.

Wofür wurdest du ausgezeichnet?

Biçiçi: Eigentlich habe ich diesen Preis im Namen aller Journalisten erhalten, die während des Aufstandes verhaftet, verletzt oder gekündigt wurden. Ich habe während der Proteste sowohl für die IMC TV als Fernsehjournalist als auch für die sozialen Netzwerke berichtet.

Wie kam es zu deiner Verletzung?

Biçiçi: Während einer Liveübertragung wurde ich von einer Gasgranate getroffen. Das war ein gezielter Schuss, dieselben Polizisten hatten vorher schon zwei Mal gezielt auf mich geschossen. Zwei Wochen später wurde ich verhaftet. Sechs oder sieben Polizisten rissen mir meinen Presseausweis ab und trugen mich weg. Passanten filmten die ganze Aktion und stellten sie ins Internet.

Wie reagierten die etablierten Medien auf die Proteste?

Biçiçi: Sie berichteten erst, als überall im Internet die Bilder zu sehen waren. Wie in Tunesien und Ägypten wurden die sozialen Netzwerke die eigentlichen Medien. Alle wurden zu Journalisten, die Regierungspropaganda binnen Minuten als Lüge entlarvt. Die Menschen informierten sich über Twitter und Facebook über die Standorte der Lazarette, die Telefonnummern der Anwälte und darüber, wie sie sich vor den Angriffen schützen können. Dadurch haben die Menschen ihre Angst überwunden. Viele sagen, dass sie den gängigen Medien nicht mehr trauen.

Wie steht es um die Presse in der Türkei?

Biçiçi: Abgesehen von ein paar Fernsehkanälen und linken Medien kann man von einer freien Berichterstattung in der Türkei nicht sprechen. Während die internationale Presse von Anfang an über die Proteste berichtet hat, zeigten unsere Medien eine Dokumentation über Pinguine. Später waren ihre Berichte voller Desinformationen und Lügen. Vor den Fernsehanstalten gab es deshalb Demonstrationen und Boykottaufrufe. Die kleinen Medien haben nun großen Zuspruch, und der Bürgerjournalismus verbreitet sich rasend schnell. Wir als hauptamtliche Journalisten müssen den Bürgermedien helfen, sich zu organisieren und für eine der Presseethik entsprechende, bürgernahe Berichterstattung sorgen. Selbst wenn die Proteste keinen Politikwechsel erreichen sollten – die Zeit, in der Regierungen über ihre Medien die Menschen einlullen konnten, ist vorbei.

FRAGEN: MURAT ÇAKIR



Gökhan Biçiçi

STEFAN THIMMEL

KOLLEKTIVER ZORN

AKTIVISTINNEN AUS ISTANBUL BERICHTEN
ÜBER «AUFBRUCH AM TAKSIM»

Die Reihe «Platz der Träume – Rüyalar Meydani» von Stiftung, Attac und Interventionistischer Linker stieß bundesweit auf großes Interesse. Mehr als 1.500 Menschen kamen Ende August zu den Veranstaltungen in acht Städten.

Die Resonanz ist ein Beleg dafür, wie sehr die Proteste gegen die Bebauung des Gezi-Parks in Istanbul auch in Deutschland zum Thema geworden sind. Neben vielen türkischen und kurdischen TeilnehmerInnen fanden VertreterInnen von Gewerkschaften, linken Parteien, autonomen Stadtteilbündnissen, von Blockupy und Studierendengruppen auf den Veranstaltungen zusammen. Die insgesamt fünf ReferentInnen führten die Proteste auf die Entwicklung der türkischen Gesellschaft in den vergangenen rund zehn Jahren zurück: «Es hat sich ein kollektiver Zorn entwickelt – und er ist jetzt ausgebrochen», sagte etwa Begüm Özden Firat, Dozentin für Soziologie an der Mimar-Sinan-Hochschule in Istanbul. Prägnant berichteten die Gäste über die Hintergründe der Proteste: über die Vertreibung der Geringverdienenden aus den Innenstädten, über Marginalisierung und Gentrifizierung, über die Liberalisierung des Arbeitsmarktes, über die Umverteilung von unten nach oben und über die Kultur des Almosenverteils, die mit der Herrschaft der AKP unter Ministerpräsident Erdoğan Einzug gehalten hat. Alle sind betroffen: Sei es als Studentin an den Universitäten, die fast vollständig unter Kontrolle der Regierungspartei geraten sind, als Journalist, der massiven Repressionen ausgesetzt war und verhaftet wurde (siehe Interview) oder als feministische Aktivistin.

In Hamburg kamen über 300 BesucherInnen in den «Gezi Park Fiction», einem Mitte Juni umbenannten Park im Stadtteil St. Pauli. Bei der Veranstaltung, machten die ReferentInnen klar, dass für sie ihr Protest Teil des globalen Aufstands von Spanien bis Brasilien ist. «Wir sind überall» und «Wir werden gewinnen»: Zwei Slogans der Bewegung, die keine Durchhalteparolen nach innen, sondern ein Erfahrungswert sind. Der Protest werde vor allem von Jugendlichen, Frauen, LGBTs und AlevitInnen getragen. Unterstützung komme von der türkischen Linken, aber auch von Fangruppen des Istanbuler Fußballklubs Besiktas, die zehntausende Jugendliche mobilisierten. Es habe auch die Integration der antikapitalistischen Muslime in den Protest gegeben. Die Foren hätten beschlossen, sich als basisdemokratische Rätestrukturen zu konstituieren und sich in Zukunft wöchentlich zu treffen, berichtet Begüm Özden Firat. Allein in Istanbul gebe es aktuell 90 Foren. Dass die Protest schon wieder Geschichte seien, verneint sie: «Im Moment findet eine der wichtigsten Phase der Aufstandsbewegung statt. Die Foren haben sich auf andere Städte der Türkei ausgebreitet.» Neben den unmittelbaren Nachbarschaftsproblemen werde über den armenischen Völkermord, die kurdische Frage, die Lage in Syrien, aber auch über die künftige Strategie der Taksim-Bewegung diskutiert.

STEFAN THIMMEL IST STELLVERTRETENDER LEITER DES BEREICHS
POLITISCHE KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



ENERGIEDEMOKRATIE Mehr Einfluss für die Bevölkerung auf Stromproduktion und -verbrauch – darum kämpfen Linke weltweit. Häufig bilden sie dabei Allianzen mit «Bürgerbewegten» und Gewerkschaften. Ein Beispiel ist Berlin, wo ein breites Bündnis lokaler Organisationen und

Initiativen einen Volksentscheid durchgesetzt hat. Ziel: Das Stromnetz soll aus dem Eigentum eines privatwirtschaftlich organisierten und profitorientierten Konzerns in öffentlich-demokratische Kontrolle übergehen. Nicht alle Parteien im Landesparlament befürworten jedoch das Vorhaben.

Vattenfall, Berlins größter Stromanbieter, setzt auf Kohle- und Atomkraft. Ein Volksentscheid soll damit Schluss machen. Foto: urbanartcore.eu/Flickr, CC BY-NC 2.0

JUDITH DELLHEIM

EINE HÜRDE MEHR FÜRS VOLK

BERLINER POLITIK SABOTIERT DIE ENERGIEWENDE / VOLKSENTSCHIED IM NOVEMBER

In Berlin hat ein breites Bündnis einen Volksentscheid zur Re-kommunalisierung der Energieversorgung erstritten und dafür weit mehr als die erforderliche Anzahl von Unterschriften gesammelt. Der Berliner Senat versucht nun mit allen Mitteln, das entsprechende Gesetz zu verhindern.

Von den 17 Volksentscheiden, die außerhalb von regulären Wahlterminen durchgeführt wurden, haben 14 das erforderliche Quorum (ein «Ja» von 25 Prozent der Wahlberechtigten, in Berlin ca. 617.000 Stimmen) nicht erreicht. Mit seiner Entscheidung, den Termin für den Volksentscheid auf den 3. November zu legen, legt der Berliner Senat dem Bündnis Berliner Energietisch folglich eine zusätzliche Hürde in den Weg. Laut Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Forsa unterstützen fast drei Viertel der BerlinerInnen das Vorhaben, die städtische Energieversorgung zu «re-kommunalisieren», also die Energienetze zurückzukaufen, einen öffentlichen Netzbetrieb und ein Stadtwerk zu schaffen, das die Stadt Berlin schnellstmöglich mit vorrangig dezentral produzierten erneuerbaren Energien versorgen soll. Dieses Stadtwerk soll ökonomisch effektiv wirtschaften und soziale Arbeits- und Energieversorgungsbedingungen garantieren. Deshalb soll es demokratischer Entscheidung und Kontrolle unterliegen.

Im Januar hatte die Geschäftsstelle der Landeswahlleiterin bekräftigt, dass der Volksentscheid zeitgleich mit der Bundestagswahl am 22. September stattfinden kann. Der Senat hingegen spekuliert da-

rauf, dass bei einer Entkoppelung der Termine das nötige Quorum nicht zustande kommt. Er hat es unter Führung des Innensenators Frank Henkel (CDU) geschafft, dass nun am 3. November abgestimmt wird. Noch 2009 hatte Henkel gefordert, dass der Volksentscheid «Pro-Reli» am Tage der Europawahl stattfinden müsse. Als der damalige rot-rote Senat diesem Wunsch nicht folgte, warf Henkel ihm Manipulation und Steuerverschwendung vor. Mit seiner Sabotage am Energie-Volksentscheid ist Henkel nicht allein. Am 17. Juli stimmten auch die Senatsmitglieder der SPD für den Novembertermin. Es störte sie nicht, dass ihr Landesvorstand sich einstimmig dafür ausgesprochen hatte, die Abstimmung am Tag der Bundestagswahl durchzuführen. Für diesen Termin hatte auch der Bund der Steuerzahler geworben – aus Kostengründen. Der SPD-Landeschef wiederum hatte kein Problem damit, dass der Landesvorstand ignoriert wurde, auch nicht der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und der umweltpolitische Sprecher der Partei. Nur der Leiter des Wahlamtes Berlin-Mitte sieht Probleme: «Ich kann mir überhaupt noch nicht vorstellen, wie wir das bewältigen sollen.»

Obwohl das Volksbegehren zum Energietisch-Gesetzentwurf erst gestartet werden konnte, nachdem die Behörden die Rechtmäßigkeit des Entwurfs bestätigt hatten, säen Politiker der rotschwarzen Berliner Regierungskoalition nach dem amtlich bestätigten Erfolg

an ebendieser plötzlich Zweifel. Angeblich wären die parlamentarischen Kontrollrechte für den Netzbetrieb und das Stadtwerk nicht gesichert, obwohl der Landeshaushalt für das Unternehmen voll zu haften habe. Diese dreifach falsche Behauptung kann zwar schnell entkräftet werden, aber sie soll Wahlberechtigte verunsichern. Die KoalitionspolitikerInnen wissen sehr genau, dass gemäß Energietisch-Gesetzentwurf das Abgeordnetenhaus an allen wichtigen Entscheidungen beteiligt und das parlamentarische Budgetrecht in keiner Weise angetastet wird. Allerdings sollen die BürgerInnen den Verwaltungsrat anteilig wählen, was man aus politischen, aber nicht aus rechtlichen Gründen ablehnen kann. Die SPD-Landesspitzen wollen nicht zugeben, dass ihnen all das zu weit geht. Zunächst ließen sie verkünden, sie hätten dem Koalitionspartner vorgeschlagen, im Wesentlichen den Gesetzentwurf des Energietischs zu übernehmen. Allerdings stimmte die SPD-Fraktion Ende August mit der CDU dagegen und verabschiedete sich damit endgültig von der Rekommunalisierung der Energieversorgung. Die SenatorInnen und die Fraktion der SPD haben so gegen den Beschluss des Landesparteitags verstoßen. Das geltende Recht sieht vor, dass ein

Volksentscheid nur dann hinfällig wird, wenn das Parlament den Gesetzesentwurf «in wesentlichen Teilen» übernimmt. Ob das mit den von der SPD-Fraktion gewünschten, bisher unbekanntem Änderungen der Fall wäre, ist offen. Im Zweifel könnte der Energietisch beim Landesverfassungsgericht klagen und auf der Durchführung des Volksentscheides bestehen. Das eigentliche Problem ist aber, dass all diese Störmanöver es den BürgerInnen fast unmöglich machen «durchzublicken». Sie verstärken vielmehr das pauschale Gefühl, von «den Parteien» über den Tisch gezogen zu werden – ein Misstrauen, das meist auch die LINKE umfasst, die für das Volksbegehren gekämpft hat. Aber gerade weil diese politischen «Spielchen» gegen die Demokratie und gegen eine demokratische, soziale und ökologische Energieversorgung in Berlin wirken, dürfen sie keinen Erfolg haben. Ein Grund mehr, dass die Stiftung das Projekt weiter fördert und die Linken der Stadt für seine Realisierung streiten. Darüber hinaus sind sie gefordert, an Konzepten für zukunftsfähige öffentliche Unternehmen zu arbeiten.

JUDITH DELLHEIM IST REFERENTIN FÜR SOLIDARISCHE ÖKONOMIE
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ULRICH BRAND

GERECHT ABSPECKEN

GUT LEBEN TROTZ WENIGER KONSUM? TAGUNG ZU SOZIALÖKOLOGISCHEM UMBAU

Gut 60 TeilnehmerInnen aus 18 Ländern trafen sich Anfang Juli an der Universität Wien zur Tagung «Socioecological Transformation – Focus Energy».

Dabei ging es darum, die Möglichkeiten und Grenzen einer eben solchen Transformation auszuloten. Wie kann ein sozial-ökologischer Umbau der Energieversorgung aussehen? Welche Akteure können einen solchen Prozess demokratisch gestalten? In seiner Begrüßung stellte Büroleiter Klaus Sühl die Tagung in den Kontext eines mehrjährigen Prozesses, den das Brüsseler Büro mit Workshops und Tagungen, Studien und Publikationen vorantreiben möchte. Die Anstrengungen sollen helfen, Wissen und Vorschläge zu erarbeiten, Entwicklungen einzuschätzen und stabile und verlässliche Netzwerke zu bilden. Dies sei umso wichtiger, da die europäische Energiepolitik sich dynamisch und in eine sehr problematische Richtung entwickle: weg von den Zielen der Nachhaltigkeit und der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft und ihres Verhältnisses zur Natur, hin zu den Interessen der großen Konzerne und starken Kapitalgruppen.

Zweifellos handelt es sich bei einem Umbau des Energiesystems um ein Kerngebiet von Nachhaltigkeitspolitik. Beim näheren Hinsehen stellt sich aber schnell die Frage, ob ein solcher Umbau derzeit

überhaupt stattfindet und wer diesen Prozess bestimmt. Läuft er demokratisch ab, oder wird er von Kapitalinteressen dirigiert? Wie können unterschiedliche Akteure – Politik, Gewerkschaften und Unternehmen, soziale Bewegungen, NGOs und Wissenschaft – ihre spezifischen Erfahrungen und Perspektiven einbringen?

Die Tagung setzte eine Reihe offener Fragen und Probleme auf die Tagesordnung. Etwa jene, wie die Unternehmen und Beschäftigten der fossilen Energiegewinnung für einen Transformationsprozess zu gewinnen wären. Wie Produktion und Konsum reduziert werden können, ohne dass Krisen und Verarmung die Folgen sind. Auch die Rolle der europäischen Politik mit ihrer Ausrichtung an Wettbewerbsfähigkeit und «Energie-Sicherheit» stand im Fokus der Tagung. Und die Frage danach, welche Alternativen derzeit auf lokaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene entstehen. Ein Begriff tauchte immer wieder auf, er könnte ein Leitmotiv eines solchen Umbauprozesses werden: der Begriff der «Energiedemokratie». Hier klingt an, dass die Transformation des Energiesystems eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht nur an den Gewinninteressen der Unternehmen dienen darf. Mehr Informationen gibt es unter <http://rosalux-europa.info>.

ULRICH BRAND IST POLITIKPROFESSOR AN DER UNIVERSITÄT WIEN



MIT DEM WIDERSTAND gegen das herrschende Energieregime beschäftigt sich die Zeitschrift «Luxemburg» in ihrer Ausgabe «Energiekämpfe» (Heft 1/2012). Aspekte zur Energiedemokratie enthält auch die Ausgabe «Grüner Sozialismus» (Heft 3/2012). Beide Nummern können auf www.zeitschrift-luxemburg.de («Archiv») heruntergeladen werden.

Zur «Energiewende» in der BRD findet sich ein Onlinedossier unter <http://www.rosalux.de/nachhaltigkeit/specials/energiewende.html>. Die ROSALUX machte Fragen des sozialökologischen Umbaus anlässlich der Rio+20-Konferenz (Heft 2-2012) sowie nach der Atomkatastrophe von Fukushima (2-2011) und dem Öldesaster im Golf von Mexiko (2-2010) zum Heftschwerpunkt. Download aller Ausgaben unter <http://journal.rosalux.de>.



Fossiler Riese: das Kohlekraftwerk in Ptolemaida. Aus Braunkohle stammt mehr als die Hälfte des griechischen Stroms. Foto: picture alliance

IOANNA MEITANI / ALEXIS PASSADAKIS

EMANZIPIERTER STROM

KONFERENZ IN ATHEN PRÜFT ALTERNATIVEN FÜR DIE GLOBALE ENERGIEWIRTSCHAFT

Im Zuge der Maßnahmen der Troika verschieben sich die Machtverhältnisse im griechischen Energiesektor dramatisch. Eine Konferenz in Athen soll nun Ansätze einer emanzipatorischen Energiepolitik identifizieren.

Stromsperrern und die massiv gestiegenen Steuern auf Heizöl schneiden immer mehr Menschen in Griechenland von der Strom- und Wärmeversorgung ab. Gemäß der Auflagen der Troika soll zudem der öffentliche Stromversorger PPC (Public Power Corporation) mit derzeit 25.000 Beschäftigte privatisiert werden. Zugleich hegen Teile der Linken die Hoffnung, dass neue Gas- und Ölfunde in der Ägäis eine Perspektive für wirtschaftlichen Aufschwung bieten könnten. Ein venezolanisches Entwicklungsmodell geistert durch manche Köpfe. Die Klimakrise dagegen spielt in der öffentlichen Debatte bisher kaum eine Rolle, obwohl in vielen Regionen Griechenlands die Effekte der Klimaerwärmung auf das lokale Wetter bereits deutlich sichtbar sind.

Dass die Privatisierung der PPC verhindert werden muss, ist breiter Konsens unter linken AkteurInnen in Griechenland. Erste konzeptionelle Ideen, wie das Unternehmen unter energiedemokratischer Prämisse umstrukturiert werden könnte, sind in der Diskussion. Doch jenseits des Kampfes gegen die Privatisierung gibt es kaum gemeinsame energiepolitische Ansätze. Dies zeigt sich etwa beim geplanten Neubau des Kohlekraftwerks Ptolemaida V, den die deutsche Kreditanstalt für Wiederaufbau mit 200 Millionen

Euro mitfinanzieren soll. Braunkohle dominiert mit einem Anteil von 56 Prozent den griechischen Strommix. Während ein Teil von Syriza-EKM dem Projekt kritisch gegenübersteht, begrüßt ein anderer den Neubau. Gleichzeitig gibt es auf Kreta und Chios, aber auch in anderen Regionen heftige Kritik am Bau großer Wind- und Photovoltaikparks. Große Fondsgesellschaften investieren dort weitgehend ohne lokale Beteiligung an Planungsverfahren und Verdienstmöglichkeiten in eine grün-kapitalistische Modernisierung der Energieversorgung.

Im Mittelpunkt der geplanten Konferenz vom 10. bis 12. Oktober, die das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel und das Verbindungsbüro Athen in Kooperation mit der Energie-Arbeitsgruppe von Syriza-EKM organisiert, soll der Austausch von Strategien der sozialökologischen Transformation im Bereich Energie stehen. Auch zur Vernetzung konkreter Energiekämpfe und ihrer AkteurInnen soll die Konferenz beitragen – AktivistInnen, Parteimitglieder, WissenschaftlerInnen und NGO-VertreterInnen aus Lateinamerika, Griechenland und weiteren europäischen Ländern. Da eine Regierungsrolle von Syriza in naher Zukunft möglich erscheint, wird es schließlich auch um energiepolitische Ansätze für einen solchen Fall gehen. Mehr Infos unter <http://rosalux.gr>.

**IOANNA MEITANI IST PROJEKTMANAGERIN IM BÜRO ATHEN,
ALEXIS J. PASSADAKIS PROJEKTMANAGER IM BRÜSSELER BÜRO
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

Das Gespräch
in voller Länge und
weitere Beiträge unter
[http://rosalux.de/
news/39794](http://rosalux.de/news/39794)

«VERSEUCHTES WASSER»

WACHSENDER PROTEST
GEGEN URANABBAU IN MALI

Many Camara ist Soziologieprofessor und Mitbegründer des Vereins ARACF in der malischen Gemeinde Falea, der sich gegen unkontrollierten Uranabbau engagiert.

Mit welchen Umweltproblemen kämpft ihr?

Camara: Falea ist eine Gemeinde aus 21 Dörfern mit insgesamt 17.000 Einwohnern im äußersten Südwesten Malis, an der Grenze zu Guinea und Senegal. Vor einigen Jahren wurden strategisch wichtige Bodenschätze entdeckt: Bauxit, Uran, Eisen und Kupfer. Die Regierung genehmigte Probebohrungen, die fast das gesamte Gebiet der Gemeinde betrafen. Jetzt wird unser Wasser durch die Chemikalien verseucht, die bei den Bohrungen verwendet werden. Über hundert Quadratkilometer Felder und Weiden sind bereits betroffen.

Welche Rolle spielt das Unternehmen Rockgate?

Camara: Rockgate ist in Ottawa ansässig. Kanada ist wegen seiner laxen Rechtsprechung ein Paradies für Bergbauunternehmen. Als wir 2010 begannen, uns gegen den Abbau zu wehren, sprachen wir bei den malischen Behörden in der Hauptstadt Bamako vor. Doch außer im Bergbauministerium wusste niemand von dem Projekt. Rockgate hatte freie Bahn.

Was sind eure Alternativen zur Entwicklung der Region?

Camara: Wir haben zwei Leitprojekte. Das erste betrifft die Erschließung der natürlichen Wasserressourcen der Gemeinde. Dadurch würden auch Arbeitsplätze für junge Menschen entstehen. Die Region um Falea ist sehr feucht. Das benachbarte Guinea ist der Wasserspeicher von ganz Westafrika, alle Wasserläufe kommen von dort. Während unsere Brunnen und Tümpel wegen des Bergbaus bereits verschmutzt sind, kommt aus den Bergen noch gutes Wasser. Da Wasser lebensnotwendig ist, gestatten die internationalen Verträge keine Industrieproduktion in wasserreichen Regionen. Das ist unsere Chance. Denn die meisten Wasserquellen liegen innerhalb des Uran-Territoriums. Das zweite Projekt nutzt die Energiequelle Bambus, wir wollen ihn in großem Umfang anbauen. Bambus wächst fast überall in Falea und gehört zur Kultur der Region. In kleinen Öfen kann man Bambuskohle erzeugen. Damit spart man bis zu 50 Prozent Energie im Vergleich zu Holz.

Wie wirkt sich die politische Krise in Mali auf eure Arbeit aus?

Camara: Die Regierung ist stark geschwächt, die Bergbauunternehmen sind nicht einmal einem Anschein von Kontrolle unterworfen. Die Regierung will noch mehr Unternehmen anlocken, um mehr Geld einzunehmen. Da ist ein echter demokratischer Prozess nahezu unmöglich.

FRAGEN: ANDREA PLÖGER.
ÜBERSETZUNG: ANDRÁS DÖRNER



Many Camara

STEFANIE EHMSSEN / JAMES HARE

ÖFFENTLICHE KONTROLLE

Globales Gewerkschaftsnetzwerk
streitet für erneuerbare Energien

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung entsteht derzeit ein neues Bündnis. Es setzt sich ein für erneuerbare Energien unter öffentlicher Kontrolle.

Angesichts des Klimawandels und der – besonders im globalen Süden – grassierenden Energiearmut schließen sich Gewerkschaften zusammen, um dieser Entwicklung den Kampf anzusagen. Die Initiative Trade Unions for Energy Democracy («Gewerkschaften für Energiedemokratie», TUED) ging aus einem internationalen Workshop des Stiftungsbüros New York mit dem Global Labor Institute der Cornell University hervor. TUED ist eine weltweite, branchenübergreifende Initiative, die sich für die demokratische Entwicklung und Kontrolle des Energiesektors einsetzt. Ausgangspunkt ist die Bedrohung durch den Klimawandel. KlimaforscherInnen warnen, dass eine Erderwärmung um vier bis sechs Grad Celsius die menschliche Zivilisation, wie wir sie kennen, bedroht. Aber statt die Transformation hin zu erneuerbaren Energien unverzüglich einzuleiten, werden immer mehr fossile Rohstoffe ausgebeutet. Methoden wie Tiefseebohrungen, Ölsandnutzung und Fracking zeigen, dass die multinationalen Konzerne eine Agenda verfolgen, die die Krise weiter verschärft. Sie wollen keine Transformation der Energiewirtschaft, sondern eine Expansion ihrer Profite – und das um jeden Preis. Die Entwicklung erneuerbarer Energien kommt demgegenüber kaum voran. Weltweit wird derzeit weniger als ein halbes Prozent des Energiebedarfs durch Wind- und Sonnenenergie gedeckt. Und selbst wenn alle Regierungen alle ihre Zusagen einhielten, würden im Jahr 2035 immer noch 74 Prozent des Energiebedarfs aus fossilen Energien gewonnen werden.

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung mehren sich deshalb die Stimmen, die ein radikales Umsteuern verlangen. Im Juni 2012 forderte die Rio+20-Gewerkschaftsresolution die öffentliche Kontrolle der Energieressourcen. Energiedemokratie ist nötig – aber sie wird nur zu erreichen sein, wenn sich die Kräfteverhältnisse massiv zugunsten der abhängig Beschäftigten und der Öffentlichkeit ändern. Dies erfordert einen Transfer von Ressourcen, Kapital und Infrastruktur von der Privatwirtschaft zu einem demokratisch kontrollierten öffentlichen Sektor. Der nächste Schritt für TUED ist ein Arbeitstreffen im Oktober, auf dem die weitere Strategie diskutiert werden soll. Welche erfolgreichen Beispiele gibt es für eine Energiewende unter demokratischer Kontrolle? Wie könnten gemeinsame Kampagnen aussehen? Wer sind unsere Verbündeten innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung? Der Übergang hin zu einer demokratischen und nachhaltigen Energiewirtschaft ist für die Gewerkschaftsbewegung von großer Bedeutung. Aber Macht und Einfluss der Energiekonzerne stehen einer solchen Transformation entgegen. Mehr Infos unter <http://energydemocracyinitiative.org>.

STEFANIE EHMSSEN LEITET DAS AUSLANDSBÜRO NORDAMERIKA UND VEREINTE NATIONEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN NEW YORK. JAMES HARE IST DORT PROJEKTMANAGER



Auch die Bundeswehr verfügt über Drohnen – allerdings bislang nur zu Aufklärungszwecken. Foto: Bundeswehr-Fotos/Flickr, CC BY-ND 2.0

SEBASTIAN HORN / NORBERT SCHEPERS

AUFSPÜREN UND TÖTEN

MIT ÜBERWACHUNGSDATEN LÄSST SICH DER DROHNENKRIEG PERFEKTIONIEREN

Bei den Enthüllungen Edward Snowdens über die Überwachungstätigkeit der NSA ist eine wichtige Funktion der Datensammlungen bisher kaum Thema: ihr Einsatz im globalen Drohnenkrieg.

Wie viele Aspekte der Sicherheitspolitik, hat auch die Überwachungstätigkeit durch die Anschläge vom 11. September 2001 einen phänomenalen Aufschwung erlebt. Ihr tatsächlicher Umfang ist aber erst durch die Enthüllungen Edward Snowdens in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Vor allem «Prism», ein Programm der amerikanischen National Security Agency (NSA) zur Überwachung und Auswertung der digitalen Kommunikation hat für heftige Diskussionen gesorgt – auch weil es direkt in die Lebenswelt vieler InternetnutzerInnen eingreift. Dabei ist «Prism» nur ein kleiner Teil des gesamten NSA-Überwachungsprogramms, und die Überwachungstätigkeit der USA ist wiederum eng verknüpft mit den Aktivitäten der anderen «Five Eyes» (Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland), wobei hier vor allem das «Tempora»-Programm des britischen Government Communications Headquarters (GCHQ) durch Edward Snowdens Berichte traurige Berühmtheit erlangt hat. Schließlich zeigen die Enthüllungen über die Verstrickung deutscher Dienste, dass auch diese an der Akkumulation einer riesigen Datenmenge eifrig mitwirken und an den resultierenden Erkenntnissen in einem bisher nicht näher bekannten Umfang teilhaben.

Andererseits hat vor allem das Internet mit seiner Flut sich ständig aktualisierender Informationen die zu überwachende Datenmenge enorm anwachsen lassen. Hierdurch ist die traditionelle Achillesferse aller Datenkraken, die Auswertung, wieder in den Fokus der technischen Anstrengungen diverser Dienste gerückt. Diese Schwierigkeit wurde über Jahre als Argument ins Feld geführt, warum selbst bei großflächiger Datensammlung kein Grund zur Sorge bestünde: Wer soll das schließlich alles lesen, hören, anschauen? Die Antwort, zumindest in Bezug auf das Internet, lautet XKeyscore, ein System zur Abfrage und Auswertung von Metadaten und Inhalten. XKeyscore besteht aus einer Serie von Nutzer-Schnittstellen und erlaubt es, für bestimmte Zielpersonen und -gruppen in Echtzeit eine große Menge Daten aus mehreren zur Verfügung stehenden Quellen zusammenzuführen und nach unterschiedlichen Kriterien darzustellen. Es geht dabei um «nahezu alles, was ein typischer User im Internet tut», die Geheimdienste können den InternetnutzerInnen quasi beim Surfen, Chatten und Erstellen von Postings über die Schulter schauen. Auch der deutsche Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz nutzen dieses System. Offen bleibt bisher, in welchem Umfang sie Zugriff auf die von den Five Eyes gewonnenen Informationen haben.

Die USA versichern, dass die zunehmende Überwachung der eigenen Bevölkerung, aber auch der Zugriff auf die Daten anderer Län-

der, nicht nur völlig legal seien sondern auch ständig von der Judikative kontrolliert würden. Zuständig für die Kontrolle ist der United States Foreign Intelligence Surveillance Court (FISC), ein geheim tagendes Gericht, das ausschließlich die Regierung anhört und in dem ausgesuchte RichterInnen Genehmigungen erteilen oder verweigern. Die Kontrolle durch den FISC gilt KritikerInnen als äußerst ungenügend. Seit seinem Entstehen 1979 hat es von insgesamt fast 34.000 Anträgen zur Überwachung ganze elf abgelehnt. Die Folgen dieser Datensammlungen werden jetzt ausgiebig diskutiert. Dabei gerät aus dem Blick, was einer der Hauptgründe für den Ausbau der Überwachungsinstrumente nach dem elften September war: das Aufspüren und Ausschalten der «Feinde Amerikas». Dieser «globale Krieg gegen den Terror» wird weltweit und verdeckt geführt. Spezialkommandos, Geheimgefängnisse und Söldnerarmeen werden dabei zunehmend abgelöst durch Exekutionen mittels einer globalen Drohnenkampagne.

Datensammlungen und Drohnenkrieg greifen in zwei wichtigen Bereichen ineinander: bei der Erstellung der sogenannten «Disposition Matrix» und der gezielten Tötung von Terrorverdächtigen, insbesondere in Form der «Signature Strikes». Die Disposition Matrix ist eine Datenbank mit Zielpersonen, welche die US-Regierung verdächtigen, in irgendeiner Form Akteure terroristischer Gruppen zu sein, und diese gern ausgeschaltet sähen. Die Disposition Matrix geht aus der Verschmelzung der Ziellisten («capture/kill lists») der CIA, des Joint Special Operations Command (JSOC) und weiterer US-Sicherheitsbehörden hervor. Sie enthält alle relevanten Daten zu einzelnen «Verdächtigen» (Biographie, Aufenthaltsort, Umfeld

etc.) sowie strategische Hinweise zu deren Beseitigung. Da die Matrix in Echtzeit aktualisiert wird und sich unter anderem aus Bewegungsprofilen und Handyortungsdaten speist, spielen die von der NSA erhobenen Informationen eine wichtige Rolle. Noch wichtiger sind die NSA-Daten aber wohl für sogenannte «Signature Strikes». Diese sind eine Art Rasterfandung mit Drohnen und Vor-Ort-Exekution durch Raketenbeschuss. Einem Katalog von Verhaltensmustern («Signatures») folgend, werden Personen als Ziele identifiziert, ohne dass die genaue Identität der einzelnen Zielperson bekannt sein muss. Hierbei kommt es immer wieder zur Tötung von ZivilistInnen oder Verbündeten der USA. Die genaue Rolle der NSA und der anderen Geheimdienste in diesem Kontext ist bisher unbekannt. Da diese aber für die Erfassung und Auswertung der für solche Drohnenschläge notwendigen Daten zuständig sind, ist von einer Beteiligung auszugehen. Es braucht nicht viel Fantasie, um aus dieser Gemengelage bedrohliche Szenarien abzuleiten: Stellen wir uns vor, der nächste US-Präsident verfolgt möglicherweise eine noch weiter gehende sicherheitspolitische Agenda als Barack Obama. Er findet zusammen mit den nie dagewesenen Überwachungsmöglichkeiten der Geheimdienste eine global operierende Tötungsmaschinerie vor, die nahezu beliebig die Identifikation, Lokalisierung und Liquidierung unliebsamer Personen erlaubt. Und das alles ohne nennenswerte externe Aufsicht und Kontrolle: Eine ausgesprochen düstere Zukunftsvision.

SEBASTIAN HORN IST FINANZCONTROLLER IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. NORBERT SCHEPERS LEITET DAS REGIONALBÜRO BREMEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

CHRISTINA DECKWIRTH

UNION MIT DER AUTOLOBBY

PARTEISPENDEN SIND IN DEUTSCHLAND WEITGEHEND INTRANSPARENT

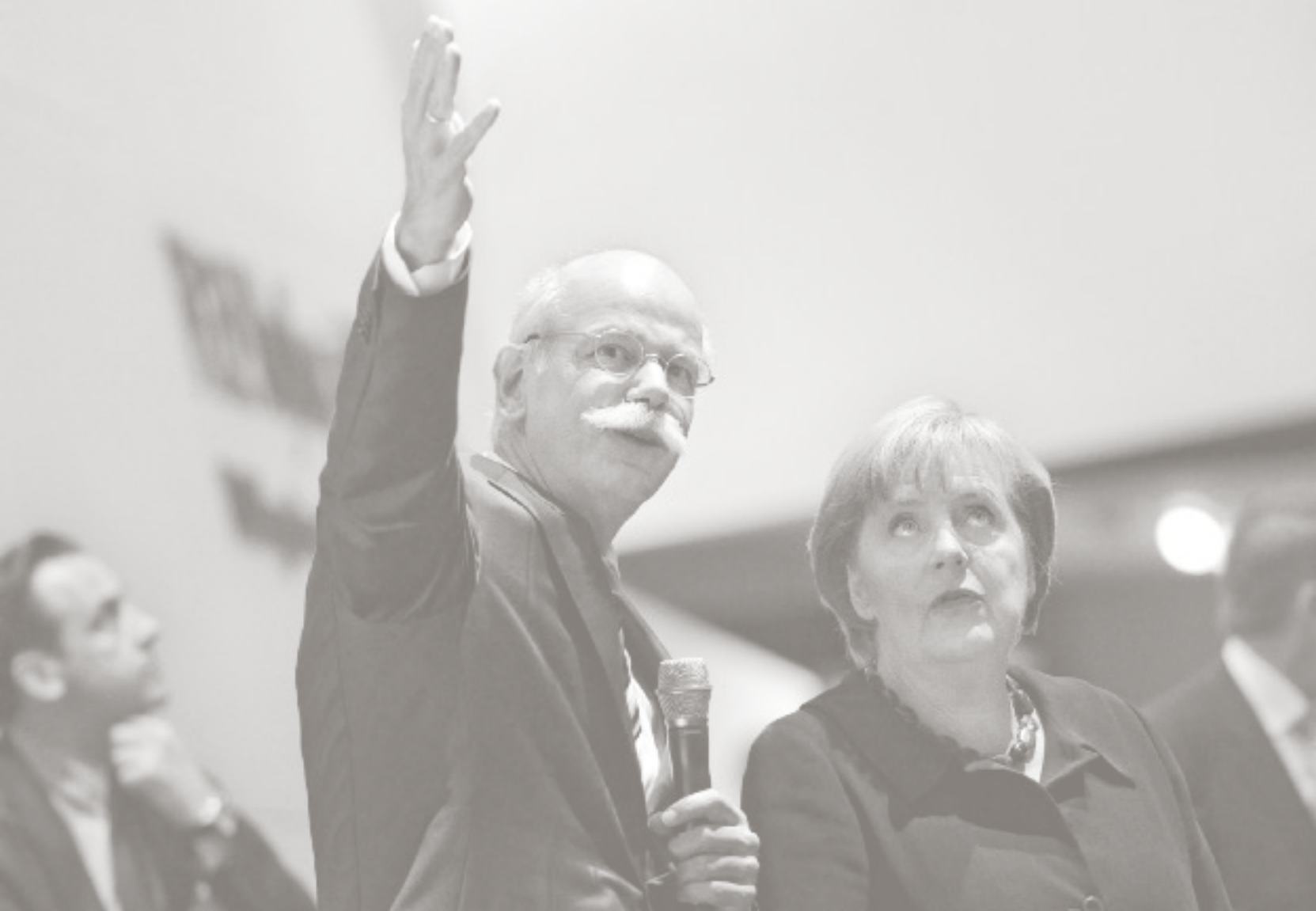
Im Bundestagswahlkampf rollte mal wieder der Rubel. GroßspenderInnen lassen den Parteien jedes Jahr enorme Beträge zukommen. Transparent ist die Spendenpraxis nicht.

Ob durch Spenden, hohe Standmieten auf Parteitagungen oder als Sponsoren bei Parteifesten – Möglichkeiten für LobbyistInnen, den Parteien Geld zufließen zu lassen, gibt es viele. In Wahljahren fließen besonders viele Gelder von Unternehmen, Verbänden und reichen Einzelpersonen. Deswegen lohnt sich gerade jetzt ein genauerer Blick. Denn die Art und Weise der Parteienfinanzierung entscheidet mit darüber, wie unabhängig Parteien von den Einflüssen ihrer Finanziers sind.

In Deutschland finanzieren sich Parteien neben staatlichen Mitteln, Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen und dem Verkauf von Materialien auch durch Spenden und Sponsoring. Hier kommen die LobbyistInnen ins Spiel. Denn anders als etwa in Frankreich können in Deutschland auch Unternehmen und Wirtschaftsverbände den Parteien Gelder zukommen lassen. Auch die Höhe der Spenden ist in Deutschland nicht begrenzt. Zu den größten ParteispenderInnen gehört die Autolobby samt der Elektro- und Metallarbeitgeber, dicht gefolgt von der Finanzbranche. Allein in diesem Jahr spendeten BMW und Daimler bereits über eine halbe Million Euro an die Unionsparteien, FDP und SPD. Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg erhalten dort inzwischen auch die Grünen satte

Spenden vom Arbeitgeberverband Südwestmetall. Auch dies mögen Gründe dafür sein, dass Bundes- und Landesregierungen den Anliegen der Auto- und Finanzindustrie im Zweifelsfall mehr Gehör schenken als etwa denen von Umwelt- und Verbraucherverbänden. Es liegt nahe, dass insbesondere Unternehmen und Verbände ihr Geld selten ohne Hintergedanken verteilen. Parteispenden dienen der politischen Landschaftspflege. Die SpenderInnen erhoffen sich ein offenes Ohr der EntscheidungsträgerInnen für ihre «Sorgen und Nöte». Solche Einflussmöglichkeiten können sich nur die leisten, die über die nötigen finanziellen Mittel verfügen. Dadurch werden gesellschaftliche Machtungleichgewichte verstärkt. Ökologische und soziale Belange oder Verbraucherinteressen, die keine finanzkräftige Lobby haben, werden an den Rand gedrängt. Die «Mövenpick-Spende» und die regelmäßigen Gabendes Spielautomatenherstellers und Spielothekenbetreibers Gauselmann lassen grüßen.

Um Spenden überhaupt kontrollieren und kritisieren zu können, ist Transparenz erforderlich. Denn nur dann lässt sich nachzuvollziehen, ob auf bestimmte Spenden auch bestimmte politische Entscheidungen folgen. Doch 74 Prozent aller Spenden sind in Deutschland intransparent. Das liegt daran, dass die Regeln zur Offenlegung von Parteispenden sehr schwach sind. Erst Spenden, die im Einzelfall über 50.000 Euro liegen, müssen sofort veröffentlicht werden. Die Herkunft von Spenden unter 10.000 Euro muss noch



Die Autolobby ist Deutschlands größte Parteispenderin: Dieter Zetsche (Daimler AG) mit Angela Merkel (CDU/Deutschland AG). Foto: picture alliance/dpa Fotografa

nicht einmal in den jährlichen Rechenschaftsberichten der Parteien auftauchen. Wer welcher Partei wann wieviel Geld spendet, lässt sich so nicht nachvollziehen. Das gilt auch für diesen Wahlkampf. Mit Ausnahme der Spenden über 50.000 Euro wird die Öffentlichkeit erst im Frühjahr 2015 erfahren, welche Summen die Parteien von wem erhielten. Für die intransparente Wahlkampffinanzierung wurde Deutschland bereits mehrfach vom Europarat gerügt.

Auch das Sponsoring ist ein beliebtes Mittel der verdeckten Parteienfinanzierung. Denn die Höhe und Herkunft von Sponsorengeldern müssen Parteien in ihren Rechenschaftsberichten nicht separat ausweisen. Zudem können Unternehmen Ausgaben für Sponsoring steuerlich geltend machen. Das führt dazu, dass Unternehmen und Verbände hohe Summen für Stände auf Parteitagen oder für Anzeigen in Parteizeitungen zahlen. Der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers hat diese Praxis auf die Spitze getrieben. Anfang 2010 wurde bekannt, dass Unternehmen sich bei dem anstehenden Parteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen nicht nur Stände, sondern auch einen Rundgang und ein persönliches Gespräch mit dem Ministerpräsidenten kaufen konnten. Die «Rent-a-Rüttgers»-Affäre sorgte zwar für viel Empörung. Doch geändert hat sich seitdem wenig: Alle Versuche, das Parteitagsponsoring transparenter zu gestalten, hat die schwarz-gelbe Koalition blockiert.

Auch beim Verschleiern von Großspenden sind viele Unternehmen und Verbände erfinderisch. So erfuhr die Öffentlichkeit erst im Frühjahr 2013, dass der Verband der Chemischen Industrie insgesamt 262.000 Euro an Parteien gespendet hatte. Der Chemiel-

obbyverband hatte die Spenden so geschickt gestückelt, dass sie im Einzelfall unter der Veröffentlichungspflicht von 50.001 Euro lagen. Die Deutsche Vermögensberatung AG (DVAG) geht noch raffinierter vor: Sie stückelt ihre Spenden nicht nur in Beträge unter 50.001 Euro, sondern lässt sie auch durch verschiedene SpenderInnen verteilen. So erhielt die CDU nicht nur die Großspende von der DVAG selbst, sondern auch jeweils 40.000 Euro von den mit der DVAG verbundenen Unternehmen Allfinanz und UBG Unternehmensberatung und Betreuung GmbH. Zusätzlich erhielt die CDU noch 65.000 Euro von Reinfried Pohl, dem Vorstandsvorsitzenden der DVAG.

Wenn jetzt im Wahlkampf von einem Rückgang der Großspenden berichtet wird, führt das in die Irre. Denn hier geht es allein um Einzelspenden über 50.000 Euro. Ob die Parteispenden insgesamt zurückgehen, ist fraglich. Eines aber ist klar: Um die Parteienfinanzierung gerechter und transparenter zu gestalten, sind klare Schranken und Offenlegungspflichten nötig. Der Verein LobbyControl fordert eine sofortige Offenlegungspflicht ab 10.000 Euro. In den Rechenschaftsberichten sollten alle Spenden ab 2.000 Euro offengelegt, Spenden auf 50.000 Euro pro Jahr und SpenderIn begrenzt werden. Für das Parteisponsoring sollten die gleichen Transparenzpflichten und Obergrenzen wie für Spenden gelten. Schwarz-Gelb hat Reformen verhindert. Eine neue Bundesregierung sollte endlich mehr Licht in die Parteienfinanzierung bringen.

CHRISTINA DECKWIRTH IST POLITIKWISSENSCHAFTLERIN UND ARBEITET FÜR DIE ORGANISATION LOBBYCONTROL IN BERLIN

JÖRN SCHÜTRUMPF

UMGEBETTET INS PANTHEON

MARX IST WELTERBE – UND DAMIT SCHEINBAR REIF FÜRS MUSEUM. EINE POLEMIK

Mitte Juni nahm die Unesco 54 Dokumente neu ins Welterbendokumentenerbe – «das Gedächtnis der Menschheit» – auf. Darunter sind auch das «Manifest der Kommunistischen Partei» und der erste Band des «Kapital» von Karl Marx.

Wie ist dieser Gott lästernde Kerl Jahrzehnte lang angespeit und verleumdet worden – bis heute. Nicht nur im Prager «Kommunismus-Museum» dreht sich die rostende Gebetsmühle unverdrossen: Marx, der Ahnherr des Totalitarismus. Die sieben Euro Eintritt für diese Peinlichkeit sind in Bier anregender angelegt; besser noch: Die BesucherIn spendete sie den verarmten alten Menschen, von denen es zu viele gibt in Tschechiens Hauptstadt.

Und jetzt plötzlich gleich Welterbendokumentenerbe – sowohl das «Manifest» als auch das «Kapital». Das klingt ein wenig nach «abgeschlossenem Sammelgebiet», nach großer, schwerer Grabplatte, die zum Ruhme der Verblichenen über die Sargstelle geschoben wird. Ins milde Licht der Erinnerung, das immer auch Vergessen des Wesentlichen bedeutet, wird nun auch Karl Marx eingetaucht? Das hat der Mann nicht verdient. Der ökonomische Schaden ist heute schon spürbar – nicht der, den Marx an seiner Familie angerichtet hat; der ist verjährt, sondern der, den uns Marxens Umbettung ins Pantheon honetter Bürgerlichkeit beschert: Nach fast zwei Jahrzehnten der Flaute war seit dem Ausbruch der Krise im Jahre 2008 bei Dietz Berlin auf die Umsätze mit Marx' Schriften wieder Verlass. Seit Mitte Juni schwindet die Nachfrage. Wer reif fürs Museum ist, taugt halt nicht für die Gegenwart; zumindest in Deutschland ist das so. Dieses Danaergeschenk haben wir der Regierung der Nie-

derlande zu verdanken, nicht etwa der deutschen. Hier kümmert man sich sowieso selten um seine vertriebenen Landeskinder. Die Bundesregierung sprang erst auf den fahrenden Zug, als es nicht mehr anders ging. In der Hauptstadt der Niederlande liegt das einzig erhalten gebliebene handschriftliche Manuskriptblatt des «Manifest», nicht von Marx geschrieben (wenngleich von ihm verfasst), denn seine Schrift konnte außer seiner Frau Jenny und Freund Engels kaum jemand entziffern. Statt Marx bastelte Jenny aus dessen Bruchstücken – mehr war es oft nicht – lesbare Sätze, nicht zuletzt, um aus ihnen Haushaltsgeld zu emittieren. Beim Schlüsselwerk, dem «Kapital», lief es allerdings anders. Die Nackenschläge, die Jenny das Leben verpasst hatte – nicht zuletzt einen Ernährer zum Mann zu haben, der selten ernährte –, hatten sie dieses Mal so tief in die Depression gepresst, dass Marx sich zusammenreißen musste. Er schrieb das Manuskript selbst ab. Und so liest es sich auch.

Unter den Menschen, von denen man vieles, aber – zu ihrem und unserem Glück – nicht alles weiß, sind wenige, mit denen man gern eine Tasse Kaffee trinken möchte. Marx gehörte kaum zu ihnen, obwohl er wie Goethe, Tucholsky und Brecht auch reizend sein konnte; man wusste bei ihnen allen nur nie, an welchem Tag. Trotzdem werden sie gelesen. Nicht zuletzt, weil sie nicht nur dachten, wenn sie schrieben (kein so alltäglicher Vorgang), sondern auch über das nachdachten, was sie einst geschrieben hatten – und deshalb in der Lage waren, sich zu korrigieren. Marx zum Beispiel glaubte 1847/1848, die Revolutionsformel gefunden zu haben: Aus der wirtschaftlichen Krise resultiere die politische Krise und aus ihr die Revolution. Die Missernten von 1845 und 1846 sowie die englische Wirtschaftskrise von 1847 lieferten ihm das Material, und so schrieb er diese Prophezeiung ins «Manifest der Kommunistischen Partei» hinein. Die europäische Revolution von 1848 schien sie sogar zu bestätigen. Brave Marxistinnen und Marxisten warten bis heute bei jeder Wirtschaftskrise auf die Weltrevolution – und erklären hinterher, warum sie wieder nicht eingetreten ist, wahlweise weil «die Massen» manipuliert oder «verraten» worden seien; am liebsten verlautbaren sie beides. Die erste Weltwirtschaftskrise, die, von den USA kommend, in den Jahren 1857/1858 grassierte, enttäuschte Marx, aber da er kein Marxist war, enttäuschte sie ihn auch: Er begriff seinen Kurzschluss und legte das längst in Vergessenheit geratene Manifest nie wieder auf. Das tat nach seinem Tod erst sein Freund Engels – er stand als Mitverfasser auf dem Titel, hatte aber nur wenig mitverfasst –, ohne den Irrtum, um den er natürlich wusste, zu korrigieren. Er wollte nichts verfälschen. Dass diese Schrift neben dem Neuen Testament zu einer der meistverbreiteten werden würde, konnte Engels nicht ahnen. Mittlerweile sind beide im Welterbendokumentenerbeverzeichnis eingetragen, das Neue Testament seit 2003, das «Manifest» seit diesem Jahr. Wenn ich Antikommunist wäre, würde ich jeden Tag lauthals über den Fehler im «Manifest» höhnen. Aber dazu müssten die AntikommunistInnen diese ansonsten brillante Schrift erst einmal lesen. Diese Gefahr besteht nicht.

**JÖRN SCHÜTRUMPF IST HISTORIKER UND GESCHÄFTSFÜHRER
DES KARL DIETZ VERLAGS BERLIN**

Entwerteter Wert: Gerade Welterbe, schon Ramschware. Foto: Dreasan/Flickr





Gern präsentiert sich die Bundeswehr als eine Art Technisches Hilfswerk – hier im THW-Fahrzeug beim Elbhochwasser. Foto: Bundeswehr-Fotos/Flickr, CC BY-ND 2.0

CHRISTIAN KUNZ / ANGELIKA HUNGER

LIEBER BREIT ALS HOCH

FLUTEN SIND MENSCHENGEMACHT. EIN ÖKOLOGISCHER SCHUTZ IST MÖGLICH

Das jüngste Elbhochwasser hat es wieder gezeigt: Überflutungen und Hochwasser häufen sich. Ein ökologisch verträglicher Schutz ist nötig – und möglich.

In den vergangenen 20 Jahren haben Hochwasser an der Oder, an Elbe und Saale, an der Donau, aber auch an kleinen Gebirgsflüssen wie der Selke im Harz wiederholt gravierende Schäden verursacht. Bis heute herrscht in der Gesellschaft überwiegend die Auffassung, dass wir die Flüsse bändigen müssen. Im Kampf gegen die Natur kann der Mensch jedoch nicht gewinnen. Wir sollten daher die Hochwasser der letzten Jahre zum Anlass nehmen, die Frage der ökologischen Lebensweise in den Mittelpunkt zu stellen.

In Bezug auf die Elbe werden verschiedene Punkte separat diskutiert, die bei genauerem Hinsehen nicht zu trennen sind, etwa die Schiffbarkeit und der Hochwasserschutz. Die Elbe wird durch Befestigungsbauten im Flussbau, sogenannten Buhnen in ein festes Bett gezwängt, dies erhöht die Fließgeschwindigkeit und soll die Fahrrinne sichern. Gleichzeitig wird über Deichrückverlegungen zum Hochwasserschutz diskutiert, teilweise wurden sie schon umgesetzt. Eine Deichrückverlegung macht vor allem dann Sinn, wenn der «Stromstrich», also der Ort der Hauptströmung, noch nicht durch Buhnen festgelegt ist. Die betroffene Gegend bleibt zwar länger «Land unter», da sich die Wassermassen nun ausbreiten können und nicht mehr durch das eingeebte Flussbett weiterrau-

schen. Aber insgesamt sinkt die Geschwindigkeit der Flut und damit die Gefahr noch stärkerer Überschwemmungen flussabwärts. Auch von der Diskussion über den Klimawandel ist das Abflussverhalten unserer Gewässer nicht zu trennen. Schon jetzt stellen wir fest, dass Extremereignisse sich häufen. Die Wasserstände in der Elbe von Juni 2013 waren bis dahin unvorstellbar; nur zwei Monate später war die Schiffbarkeit des Gewässers durch Niedrigwasser stark eingeschränkt. Beispiel Elbe: Seit dem Jahr 1800 sind über 80 Prozent der natürlichen Überflutungsaue durch Deichbau verloren gegangen. Allein auf den 35 Flusskilometern zwischen Schönebeck und Magdeburg-Rothensee sind dadurch etwa 10.000 Hektar Fläche verloren gegangen. Bis zum Bau des Umflutkanals hatte der Fluss in diesem Bereich etwa 15.000 Hektar Überflutungsfläche. Die Hochwasserschutzkonzeption Sachsen-Anhalts plant nun landesweit insgesamt Rückverlegungsflächen in einer Größe von gerade einmal etwa 2.500 Hektar – so gut wie nichts. Im Elbe-Havel-Winkel führte allein der Deichbruch bei Fischbeck zu einer Überflutung von 20.000 Hektar.

Als die Deichanlagen errichtet wurden, war das Ziel, möglichst viel Land für Landwirtschaft und Industrieansiedlungen zu gewinnen. Heute ist die Situation eine andere. Die Landwirtschaft ist so produktiv wie nie, während die Industrie im Osten entlang der Elbe nur schwach entwickelt ist, was sich auch am Rückgang der Binnen-

«STRUKTUR FÜR DEN PUTSCH»

KATASTROPHENSCHUTZ UNTER BUNDESWEHRKOMMANDO BIRGT GEFAHREN

Markus Euskirchen war am erfolgreichen Widerstand gegen das Bombodrom in der Kyritz-Ruppiner Heide beteiligt. Bei der Stiftung arbeitet er als Internetredakteur.

Um die «Fluthilfe» der Bundeswehr gab es großen Wirbel – was steckt dahinter?

Euskirchen: Das Militär versucht, sein Treiben zu verharmlosen. Schon 1998 an der Oder und bei der Flut 2002 sollte der Eindruck entstehen, die Bundeswehr sei bloß eine Art Technisches Hilfswerk für daheim und nicht die Organisation, deren Hauptaufgabe das Kriegeführen und Töten auf der ganzen Welt ist. So lässt sich ein hundertfacher Mord wie an den Zivilisten von Kunduz leichter aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängen. **Gibt es historische Vorbilder?**

Euskirchen: Den ersten Einsatz dieser Art in der BRD hatte im Jahr 1962 der damalige Hamburger Polizeisenator Helmut Schmidt zu verantworten. Er rief bei der Sturmflut die Bundeswehr zu Hilfe. Deren Einsatz war ein Verfassungsbruch ersten Ranges – aber eine tolle Referenz für Schmidt: Wenige Jahre später war er Verteidigungsminister, dann Kanzler.

Was unterscheidet dieses Jahr von früheren Aktionen?

Euskirchen: Der vermeintlich zivile Einsatz von Waffen. Bei Bitterfeld wurde zur Entlastung ein Deich von einem Hubschrauber aus bombardiert. Bei Fischbeck an der Elbe errichtete die Bundeswehr unter Wasser erst mehrere Panzersperren und versenkte dann zwei Schubleichter, um ein Deichloch zu schließen. Wirklich gefährlich aber ist, dass die Befehlsgewalt bei Katastropheneinsätzen bereits komplett bei der Bundeswehr liegt. Ein Verbindungskommandeur dirigiert Feuerwehr und Rotes Kreuz – und kann zunehmend auf kleine militärische Reservistentruppen zurückgreifen.

Was ist daran gefährlich?

Euskirchen: Da entsteht eine Struktur, die in Notsituationen kein Stabilisator der Demokratie ist. Im äußersten Fall hilft sie, einen Putsch in der Fläche zu organisieren.

Welche Position sollten Linke beziehen, wenn am Deich mal wieder nach der Bundeswehr gerufen wird?

Euskirchen: Gegen 150.000 Frauen und Männer für den Katastrophenschutz lässt sich wenig sagen. Aber bitte konsequent: Keine kriegerischen Einsätze mehr im Ausland, Ausstattung allenfalls mit Kleinwaffen und leichtem Gerät. Nicht nur raus aus Afghanistan und Somalia, sondern aus den insgesamt 16 Auslandseinsätzen. Rettungsboote ja, Schlachtschiffe nein. Transporthubschrauber ja, Eurofighter nein.

FRAGEN: HENNING HEINE



Markus Euskirchen

schifffahrt zeigt. Der Güterverkehr auf der Elbe hat sich in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen – gemessen am Gesamttransportvolumen – in den vergangenen 25 Jahren auf etwa zehn Prozent halbiert. Die Bahn könnte den Güterverkehr bis in die Tschechische Republik auch alleine bewältigen, die Gewässerunterhaltung für den Güterverkehr kann aufgegeben werden. Wenn auf die strikte Flussfestlegung verzichtet wird, ist ein ökologischer Hochwasserschutz möglich. Neben der Reanimation von Überflutungsflächen muss allerdings auch am technischen Hochwasserschutz, etwa mittels Flutpolder, festgehalten werden. Dieser sollte vor allem dort zum Tragen kommen, wo der ökologische Hochwasserschutz nicht ausreicht. Vor dem Hintergrund der Prämisse, dass bestehende Industrie und Siedlungen grundsätzlich schützenswert sind, weil Menschen nicht ihre Heimat oder ihre Arbeitsplätze verlieren dürfen, ergeben sich folgende Überlegungen zum Hochwasserschutz: Möglichst viele natürliche Überflutungsflächen, die heute waldbaulich oder landwirtschaftlich genutzt werden, müssen dem Fluss zurückgegeben werden. Ein solcher ökologischer Hochwasserschutz verursacht deutlich niedrigere Kosten als die Schäden durch Überflutungen. Für die bisher vorgesehenen 2.500 Hektar Deichrückverlegung kalkuliert das Land Sachsen-Anhalt mit etwa 60 Millionen Euro. Die Schäden beim vergangen Hochwasser in Sachsen-Anhalt summierten sich auf über zwei Milliarden Euro. Diese Schäden werden immer wiederkehren, die Kosten für Rückverlegungen nicht. Mit zwei Milliarden Euro könnten etwa 80.000 Hektar dem Fluss zurückgegeben werden.

Auch technischer Hochwasserschutz, der den Fluss nicht einzwängt, ist möglich, etwa durch Ringdeiche um Ortschaften und Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, die es möglich machen, die Orte im Hochwasserfall zu erreichen und zu verlassen. Gerade die Verlangsamung und Abflachung der Hochwasserscheitel wird die notwendigen Deichhöhen um die Siedlungen weit unterhalb der heutigen Flussdeiche halten. Die Bebauungspläne aller Kommunen müssen auf den Prüfstand. Flächen, die potenziell überflutet werden können, dürfen nicht bebaut werden. Auch für Landwirte bedeutet dies Veränderungen in ihrer Wirtschaftsweise. Aus Ackerbäuerinnen und -bauern werden GrünlandbewirtschafteterInnen und HochwasserschützerInnen. Die Pflege der Flächen durch Nutzung sorgt für eine hervorragende Wasseraufnahme und Wasserabführung. Die Landwirte müssen Zahlungen für diese wichtige Landschaftspflege erhalten. Auch müsste nicht jedes Hochwasser in die Flächen gelassen werden. Sommerdeiche mit geringer Höhe könnten durchaus die üblichen wiederkehrenden Hochwasserereignisse abhalten. Momentan planen die Länder jeweils für sich den Hochwasserschutz. Das muss sich ändern. Die Kenntnisse über den gesamten Fluss müssen dazu dienen, den Hochwasserschutz ganzheitlich – und zentral – zu planen. Wenn derzeit über die Einrichtung eines Katastrophenfonds nachgedacht wird, um für die Schäden aufzukommen, stellt sich die Frage, ob nicht ein Präventionsfonds sinnvoller wäre. Würden alle potenziell gefährdeten Bundesländer Summen in einer Höhe vergleichbar mit den Schadenssummen durch das letzte Hochwasser in einen Präventionsfonds einzahlen, ließen sich die oben skizzierten Maßnahmen leicht umsetzen, und eine Schadensregulierung würde in Zukunft eine untergeordnete Rolle spielen.

CHRISTIAN KUNZ IST VORSTANDSMITGLIED DER UMWELTORGANISATION BUND IN SACHSEN-ANHALT. ANGELIKA HUNGER IST LINKE ABGEORDNETE IM LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

HUNGER AUF VERÄNDERUNG

DER KAMPF UM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT



NIEMA MOVASSAT / THERESE WENZEL

BLACK BEAUTYS ALPTRAUM

GROSSE AUSWAHL, NACHHALTIGER ANBAU? VON WEGEN. WENIGE AGRAR- UND LEBENSMITTELKONZERNE BEHERRSCHEN DEN MARKT

Der Lebensmittelmarkt ist in der Hand weniger Großkonzerne. ProduzentInnen und KonsumentInnen sind ihnen ausgeliefert.

Mehrfach verpackt und gut sortiert, gekühlt und auch noch kurz vor Ladenschluss in vollem Angebot stapeln sich die Waren im heimischen Supermarkt. Fast immer ist fast alles zu bekommen: Gurken und Tomaten aus Spanien, marokkanische Erdbeeren im Winter, im Frühsommer Äpfel und Birnen aus Argentinien, im Backshop aufgebackene Industriebrötchen aus der Brotfabrik. Die riesige Auswahl in den Supermarkthallen von Kaufland, Real und Co. – in den lateinamerikanischen Ländern werden sie als Hipermercados bezeichnet – gilt als Innbegriff der Freiheit, sich stundenlang durch Regale vorzuarbeiten, um die individuellen Verzehrgeohnheiten mit den eigenen Preisvorstellungen in Einklang zu bringen. Welcher Supermarkt bevorzugt wird, ist dabei wenig relevant, denn in Deutschland teilen sich fünf Handelsunternehmen fast den kompletten Lebensmittelmarkt: Aldi, Edeka (dazu gehört auch der Netto Marken-Discount), Metro (Galeria Kaufhof, Real), Rewe (einschließlich Penny-Markt) und die Schwarz-Gruppe (Kaufland, Lidl). Das immense Warenan-

gebot verteilt sich also letztendlich auf wenige HändlerInnen. Hinzu kommt, dass die große Auswahl nicht selten ein großes Täuschungsmanöver ist, bei dem völlig gleichartige Lebensmittel bloß unterschiedlich präsentiert werden. Doch an die Mogelei im Kühlregal haben wir uns längst gewöhnt. Wen schockt es noch, wenn zwei Packungen exakt dieselben Kekse enthalten, aber Verpackungsdesign, Handelsname und Preis sich unterscheiden? Und wer war ernsthaft überrascht, als bekannt wurde, dass Black Beauty und seine Brüder und Schwestern als falsche Rindfleisch-Lasagne eben nicht nur bei einer Supermarktkette im Regal lagen, sondern als Gulasch und Ravioli auch bei anderen über das Kassenband gezogen wurden?

Die immense Vielfalt an Nahrungsmitteln trägt, denn die Dönerbude an der Ecke bezieht ihr Fleisch vom selben Zwischenhändler bzw. vom selben Schlachtbetrieb wie die großen Lebensmittelkonzerne. Die Wahl ist eine Illusion, die kapitalistische Marktkonzentration und die Profitmaximierung als leitendes Prinzip haben längst ringsum zu den gleichen Produktionsbedingungen geführt. Kaum ein Betrieb, der großartig anders produziert als sein Konkurrent. Schließlich will man im Wettbewerb überleben. Mo-

ral, Sorgfalt im Umgang mit individuellen Verzehrsgewohnheiten und die Berücksichtigung gesundheitlicher Risiken werden zunehmend der Logik des Marktes geopfert. Insofern sind Massentierhaltung und die aus ihr folgenden Fleischskandale nur eine Spielart eines Systems der Gier, das sich keiner Ethik unterzieht.

Die weltweit steigende Nachfrage nach tierischen Produkten sowie Lebensmitteln insgesamt stellt horrenden Gewinne in Aussicht und verschärft den Konzentrationsprozess in der Lebensmittelbranche. Die lebensmittelverarbeitende Industrie reagiert darauf mit einer gewaltigen Expansionswut, die darauf abzielt, die vor- und nachgelagerten Bereiche der Wertschöpfungskette unter Kontrolle zu bekommen. So werden Bäuerinnen und Bauern zu bloßen RohstofflieferantInnen degradiert. In der europäischen Landwirtschaft hat es bereits einen immensen Konzentrationsprozess von landwirtschaftlichen Flächen und Betrieben gegeben – immer auf Kosten der kleinbäuerlichen Systeme, denen man erst mangelnde Wettbewerbsfähigkeit vorwarf, um sie dann komplett zur Hofaufgabe zu zwingen. Nun bedrängen die transnationalen Lebensmittelkonzerne zunehmend Kleinbäuerinnen und -bauern in den Ländern des Südens, endlich von der global steigenden Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu profitieren. Doch der von der Industrie vorgesehene Entwicklungspfad – die vollständige Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft – setzt gigantische Produktivitätssteigerungen voraus, die nur mittels einer Steigerung der landwirtschaftlichen Vorprodukte zu erreichen sind. Im Klartext heißt das, nicht zur Nachzucht verwendbares Hybridsaatgut, mehr Mineraldünger, mehr Pflanzenschutzmittel, höherer Maschineneinsatz, größere Ställe etc. Kurz gesagt: mehr Masse statt Klasse. «Weniger ist mehr» mag vielleicht in Europas gut situierten Haushalten die neue Losung sein, doch auf

die globale Landwirtschaft trifft das keineswegs zu. Hier lautet das ungebrochene Mantra: höhere Erträge, wengleich – entsprechend dem Credo ökologischer Nachhaltigkeit – bei geringerem Ressourceneinsatz. Doch selbst wer die Umweltbelastungen auszusparen versucht, muss sich fragen, wie Kleinbäuerinnen und -bauern plötzlich die immensen laufenden Kosten für Saatgut, Dünger und Pestizide tragen sollen. Welche Alternativen zu Verschuldung und Vertragsanbau werden ihnen eigentlich angeboten? Sollen Menschen aufgrund fehlender Investitionsmöglichkeiten schlichtweg von ihrem Land vertrieben werden? Welche alternativen Vorstellungen für die Entwicklung des ländlichen Raums, wo den über 70 Prozent aller weltweit Hungernden ein Leben in Würde verwehrt wird, gibt es? Die Konzerne zielen auf eine Integration in alle Richtungen ab: vom Düngemittel bis zum Schokoriegel – alles aus einer Hand. Kontrolle von Ressourcen, Kontrolle über die Art und Weise der Produktion, Kontrolle über die Vermarktung mit den entsprechenden Preisen. Die Nahrungsmittelkrise und den weltweiten Hunger werden wir damit nicht bekämpfen – denn unsere Abhängigkeit wächst, die Souveränität von ProduzentInnen und VerbraucherInnen geht im Zuge der weiter steigenden Marktmacht transnationaler Konzerne zunehmend den Bach runter. Vor kurzem wurden die ersten falschen Buletten verkostet – aus Gewebezellen im Labor gezüchtet. Ändern müssen sich indes nicht nur die Verzehrsgewohnheiten, sondern die Produktionsweisen. Als BürgerInnen müssen wir für Ernährungssouveränität eintreten: Denn der Betrug im Supermarkt um die Ecke und der ausschließlich für Nestlé & Co. produzierende bäuerliche Betrieb sind Ausdruck einer fatalen Abhängigkeit.

NIEMA MOVASSAT GEHÖRT DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG AN. THERESE WENZEL IST TRAINEE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

STEFFEN KÜHNE

RAUB PER MAUSKLUCK

LANDGRABBING UND SPEKULATION VERSCHÄRFEN HUNGER UND UNTERERNÄHRUNG

Der Landraub durch internationale Konzerne verdrängt vor allem im globalen Süden die kleinteilige Agrarproduktion. Was sind die Triebfedern des Landgrabbing?

Dass Landraub kein vornehmlich historisches Phänomen ist, sondern ebenso eine Erscheinung der jüngsten Geschichte, können mittlerweile alle wissen, die sich für das Geschehen in ihrer globalisierten Umwelt interessieren. Seit Jahren weisen Landlosenbewegungen aus dem Süden und internationale Nichtregierungsorganisationen auf die gravierenden Folgen der modernen Landnahme hin, immer wieder gelangt das Anliegen auch in bundesdeutsche Medien. Für einiges Aufsehen sorgte vor wenigen Monaten der Versuch der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe, per einstweiliger Verfügung gegen einen Journalisten vorzugehen, der über die Vertreibung mehrerer Tausend Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Uganda berichtet hatte. Mit Wissen der Konzernspitze waren sie 2001 von Bulldozern und Regierungssoldaten aus ihren Dörfern gejagt worden waren. Auf dem geräumten Land befindet sich heute eine 2.500 Hektar große Kaffeeplantage.

«Landgrabbing» bezeichnet den Ankauf oder die Langzeitpachtung großer Ländereien durch staatliche oder private InvestorInnen, meist mit dem Ziel, die erworbenen Flächen neu zu nutzen.

Die Menschen, die das Land vorher bewohnt, bewirtschaftet oder anderweitig genutzt haben, verlieren durch diesen legalen oder illegalen Akt ihr Nutzungsrecht – und damit oftmals die Lebensgrundlage. Am schlimmsten trifft es jene, die für die Viehzucht oder Fischerei Gemeinschaftsgüter in Anspruch genommen haben. In aller Regel gehen diese ersatzlos und ohne Entschädigung verloren. Als LandräuberInnen fungieren zumeist große Privatunternehmen, internationale Banken finanzieren die Vorhaben.

Während die Bevölkerung der Erde ständig wächst, gehen weltweit in beängstigendem Tempo fruchtbare Äckerflächen verloren, oft unwiederbringlich. Diese Verknappung von Land ist ein Grund, weshalb derzeit die Gewinne sprudeln. Das Wegbrechen klassischer Spekulationsfelder durch die Finanzkrise hat in den vergangenen Jahren große Mengen Kapital in den Wettlauf um den Zugriff auf Land und Ressourcen fließen lassen. Durch Investitionen in hochspekulative Nahrungsmittelgeschäfte kann heute jeder zum Landräuber werden – und das ganz bequem von zu Hause aus. Nach manchen Schätzungen wird mittlerweile über bis zu 30 Prozent der weltweit bewirtschafteten Agrarflächen verhandelt, der überwiegende Teil davon in afrikanischen Ländern. Landgrabbing blüht vor allem dort, wo staatliche Strukturen instabil sind und kor-

rupte Bürokratien bestehende Landrechte aushebeln, um ihren Anteil an dem globalen Geschäft zu sichern. Durch die Vertreibungen verändert sich derzeit vielerorts die Art der Landnutzung: Wo zuvor meist kleinteilige Nahrungsmittelproduktion betrieben wurde, organisieren die neuen BesitzerInnen die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen oder die industrielle Bewirtschaftung der Böden, um den Hunger des Weltmarkts nach billigen Agrarrohstoffen zu stillen. Verstärkt durch den Boom der Bioenergie, der immer mehr Ackerflächen beansprucht, um «grünen» Strom und Treibstoff zu gewinnen, sichern sich Regierungen und Unternehmen – in Erwartung steigender Nachfrage – Landrechte überall auf der Welt, manchmal gleich im Millionen-Hektar-Maßstab. Da die anvisierten Märkte für die auf diesen Flächen produzierten Nahrungsmittel häufig am anderen Ende des Globus liegen, verschlechtert sich die Versorgungslage in den Ländern, die Ziel von Landgrabbing sind, oft akut – zumal dann, wenn dort bereits Knappheit oder Hunger herrschen. Ungerechte Landverteilung und die beständige Verknappung fruchtbarer Ackerflächen durch Verödung gelten neben Klimawandel, Kriegen und bewaffneten Konflikten als zentrale Triebfedern für Hunger und Mangelernährung in der Welt. Von den 950 Millionen Hungernden gehören zwei Drittel zur ländlichen Bevölkerung. Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge sterben noch immer jedes Jahr etwa 2,5 Millionen Kinder direkt und indirekt an den Fol-

gen von Mangel- und Unterernährung. Landgrabbing ist eine der Ursachen. Diese Entwicklung schreitet in besorgniserregendem Tempo voran. Es reicht deshalb nicht aus, in besonders himmelstreichenden Fällen Druck auf Regierungen, Banken und Konzerne auszuüben. Auf der Welternährungskonferenz von 1996 etablierten Kleinbäuerinnen und Kleinbauern das Konzept der Ernährungssouveränität. Es beschreibt den Grundsatz, dass die Bevölkerung eines Landes oder einer Region eigenständig über ihre landwirtschafts- und ernährungspolitischen Belange bestimmen können muss. Voraussetzung hierfür wäre ein umfassendes Verbot großflächiger Landnahme, ebenso das Verbot von Spekulationen mit Agrarflächen und landwirtschaftlichen Produkten durch die internationale Gemeinschaft. Das Recht auf Nahrung als Menschenrecht durchzusetzen, erfordert ein weltweites Umdenken. Bei Forderungen wie der nach Regionalisierung von Erzeugung, Verarbeitung und Verbrauch darf es nicht bleiben. Nahrung sollte vielmehr konsequent als öffentliches Gut gefasst werden. Das bedeutet, auch die Eigentumsfrage zu stellen. Die politische Linke wird sich dem Thema einer globalen und umfassenden Agrarwende künftig stärker zuwenden müssen. Je früher sie damit beginnt, desto besser. Zum Weiterlesen: www.land-grabbing.de.

STEFFEN KÜHNE IST REFERENT FÜR NACHHALTIGKEIT
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

PETER CLAUSING

HUNGER PROGRAMMIERT

MICROSOFT-GRÜNDER GATES UND DIE AFRIKANISCHE LANDWIRTSCHAFT

Seit einigen Jahren engagieren sich US-Stiftungen für eine «Grüne Revolution» in afrikanischen Ländern – ein Versuch, das Saatgut zu privatisieren und die Bäuerinnen und Bauern unter die Kontrolle des Marktes zu bringen.

Wenn von der «Grünen Revolution» die Rede ist, denken viele Menschen an wogende Kornfelder und hohe Reiserträge. William Daud, damals Direktor der US-Entwicklungshilfebehörde USAID, prägte den Begriff in einer Rede im Jahr 1968, in der er die «friedliche Grüne Revolution der USA» der «gewaltsamen Roten Revolution der Sowjets» gegenüberstellte. Die USA exportierten Saatgut für besonders ertragreiche Getreidesorten, angeblich um den Hunger in den Ländern des Südens zu stillen. Parallel tobte ihr Krieg in Vietnam. Heute sehen (selbst)kritische Fachleute diese Grüne Revolution eingedenk der eintretenden Ertragsrückgänge, der mit ihr verbundenen Umweltverschmutzung und erschöpften Wasservorräte als gescheitert ansehen. Doch das Image der «alten» Grünen Revolution war wohl ausreichend positiv, um diesen Begriff noch einmal zu bemühen. Im Jahr 2006 gaben die Rockefeller-Stiftung und die Bill & Melinda Gates Stiftung gemeinsam die Gründung einer Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) bekannt. Diese kaum beachtete Monsterallianz agiert inzwischen in 14 afrikanischen Ländern und hat bis Ende 2011 insgesamt 380 Millionen Dollar für das Ziel ausgegeben, den profitablen Teil der afrikanischen Kleinbauernschaft in die globale Marktwirtschaft einzubinden. Heute wird die Allianz außer von den beiden Gründerstiftungen aus 14 weiteren Quellen finanziert, unter anderem erhält sie staatliche Mittel aus Dänemark, Großbritannien, Luxemburg, Norwegen, Schweden,

Ghana, Kenia und den USA. KritikerInnen der AGRA wie die globale Kleinbauernföderation Via Campesina und das Weltsozialforum sehen in der Allianz das Bemühen, patentgeschützte Sorten, Gentechnik und marktwirtschaftliche Abhängigkeiten in der afrikanischen Landwirtschaft zu verankern.

Im Dezember 2012 verwies der zum Vorsitzenden der AGRA ernannte ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan auf die «Erfolge» der Allianz: Mit der Hilfe lokaler Bäuerinnen und Bauern seien 400 neue Pflanzensorten entwickelt und freigegeben und 14.000 AgrarhändlerInnen ausgebildet worden. Tatsächlich verkaufen diese nun das Saatgut an jene Bäuerinnen und Bauern, die durch ihre jahrzehntelange Züchtungsarbeit maßgeblichen Anteil an der Entwicklung der «verbesserten Sorten» hatten. Doch der Einfluss der Gates-Stiftung geht weit über die AGRA hinaus. Durch Ko-Finanzierung verschiedener Institutionen hat sie ein schwer durchschaubares Geflecht von Akteuren geschaffen, die die Privatisierung des Saatguts von Pflanzen betreiben, die noch ungenügend kommerziell erschlossen sind, zum Beispiel Hirse und Sorghum. Parallel dazu versucht die Abteilung Politikgestaltung und Partnerschaften der AGRA, Regierungen afrikanischer Länder dahingehend zu beeinflussen, dass sie Gesetze zur Verhinderung des freien Austauschs von Saatgut erlassen, nationale Düngerstrategien verabschieden und den Handel mit Agrarrohstoffen formalisieren.

Die offizielle Begründung für diese Politik: Derlei private Initiativen förderten die Bekämpfung des Hungers, indem sie die Erträge und mithin die Einkommen notleidender KleinbäuerInnen verbesserten. Konkrete Studien belegen jedoch das Ausbleiben des versproche-



Streikende LandarbeiterInnen in Südspanien. Motiv aus einer Fotoserie von Bodo Marks zur industriellen Landwirtschaft in der Region Almería.

nen «Trickle-down»-Effekts. SoziologInnen kommen anhand ihrer Forschungen in Malawi, Senegal und Swasiland übereinstimmend zu der Ansicht, dass stattdessen soziale Ungleichheit nicht nur zementiert, sondern sogar vertieft wird. In Malawi, so erläutern Rachel Bezmer Kerr und Marie Jadvani in wissenschaftlichen Beiträgen, führt die Überflutung des Landes mit Hybridsaatgut zum Verschwinden der lokalen Maissorten, die zwischen den Kleinbäuerinnen und -bauern frei getauscht oder auf lokalen Märkten zu erschwinglichen Preisen gehandelt wurden. Sämtliche Hybridmaissorten sind dagegen nur über ausländische Unternehmen erhältlich. Die Heilsversprechen der AGRA beruhen auf einzelnen technologischen Komponenten, ohne dass grundlegende gesellschaftliche Probleme wie die ungerechte Landverteilung und die Benachteiligung von Frauen angegangen werden.

Im Jahr 2008 unterzeichneten die AGRA und die Millennium Challenge Corporation (MCC), eine 2004 gegründete «Entwicklungshilfe»-Einrichtung der US-Regierung, eine formale Absichtserklärung zur Koordinierung ihres Politikdialogs mit afrikanischen Regierungen. Wie die Rollenverteilung der beiden Institutionen aussieht, sollen zwei Beispiele illustrieren: Im September 2009 unterzeichneten die MCC und die senegalesische Regierung einen Kreditvertrag über 500 Millionen Dollar zur Verbesserung der Infrastruktur auf 35.000 Hektar Land, verbunden mit einem Projekt zur Landprivatisierung. Der Vertrag schreibt vor, dass den Gemeinden 60 Prozent des Landes bleiben, während 40 Prozent an Personen außerhalb der Gemeinde überschrieben werden sollen. Die Gemeinden müssen also für diese «Entwicklungshilfe», knapp die Hälfte ihres Landes abgeben. In Mali sieht ein Vertrag zwischen der MCC und der dortigen Regierung vor, 22.000 Hektar zu privatisieren, die bis dahin als Weideland genutzt wurden. Den Hirtenfamilien werden zwei Hektar angeboten, die sie als Sicherheit einsetzen müssen, um mit einer 20jährigen Hypothek drei weitere Hektar zu

kaufen – für 5.775 bis 7.700 US-Dollar pro Hektar. Außerdem sollen sie von der AGRA teuer angebotenes Saatgut und chemische Inputs erwerben. Zum Vergleich: Der Tagesverdienst eines Landarbeiters in dieser Region liegt bei einem bis anderthalb US-Dollar. Kritische BeobachterInnen erwarten daher, dass 90 Prozent der «Neubauern» in kurzer Zeit Bankrott gehen, so dass umso mehr Land für die zweite Phase des MCC-Projekts zur Verfügung steht, in der Flächen von zehn bis 30 Hektar an kommerzielle malische FarmerInnen oder ausländische InvestorInnen verkauft werden sollen. Diese werden dann gute KundInnen der von der AGRA ausgebildeten FachberaterInnen und AgrarhändlerInnen sein und die kommerziellen Sorten samt Agrochemikalien kaufen.

Trotzdem hat es die AGRA geschafft, im medialen Mainstream und in der NGO-Szene weitgehend unbeachtet zu bleiben. Anders als beim Thema Landgrabbing gehen Organisationen wie FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk), Misereor und Brot für die Welt bisher kaum auf diese Problematik ein. Dabei haben die Initiativen der AGRA massiven Einfluss auf die Entwicklung in zahlreichen afrikanischen Ländern – ein Einfluss, der allen möglichen Zwecken dient, aber sicher nicht der Armutsbekämpfung oder einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung. Philipp McMichael, von der Cornell University in Ithaca, USA, formuliert daher eine grundsätzliche Kritik am System der landwirtschaftlichen Entwicklung, wie es die AGRA, die Weltbank und andere Geldgeber propagieren – eine Kritik an der Etablierung der landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten. Diese sind nach eigener Aussage das Kerngeschäft der AGRA. McMichael nennt das Konzept der Wertschöpfungsketten ein Instrument für Marktzugang und verbesserte landwirtschaftliche Produktivität, eine von Unternehmen erschaffene Vorstellung. «Entwicklungsinstitutionen» recycelten die Idee, um sich durch sie die Legitimation zu schaffen, die Welternährungssicherheit zu beaufsichtigen. Der Sinn von Wertschöpfungsketten bestehe in verbesserter globaler Wettbe-

werbsfähigkeit. Firmen, die erfolgreich an diesen Wertschöpfungsketten beteiligt sind, zahlen ihren ArbeiterInnen daher oft niedrige Löhne, bieten unsichere Arbeitsplätze und schlechte Arbeitsbedingungen. Die 14.000 AgrarhändlerInnen in afrikanischen Ländern stellen das Bindeglied zwischen den Wertschöpfenden ProduzentInnen am unteren Ende der Kette und den weiter oben befindlichen Gliedern der Kette dar, die sich große Teile des produzierten Wertes aneignen. Ist dieser schuldenbasierte Kreislauf erst einmal in Gang gekommen, kann sich der nunmehr agrarindustriell umgestülpte kleinbäuerliche Sektor kaum noch selbst reproduzieren.

Trotz der konzertierten Aktion von Agrobusiness und Institutionen widersetzt sich ein beträchtlicher Teil der «Zielgruppe» mit Erfolg den Versuchen, sie in die globalen Wertschöpfungsketten zu integrieren. Das hat mit dem ausgeprägten Risikobewusstsein der Bäuerinnen und Bauern des Südens zu tun. Sie wägen gründlich ab, ob es angesichts von Wetterextremen und Preisschwankungen sinnvoll ist, sich in der Hoffnung auf eine größere Ernte zu verschulden. Um der Schuldenfalle zu entgehen, greifen immer mehr von ihnen auf agrarökologische Anbauverfahren zurück, mit denen in den Ländern des Südens bei kluger Anwendung auch unabhängig von externen Inputs wie chemischen Düngern die Erträge verdoppelt oder gar verdreifacht werden können. Das ist auch der Gates-Stiftung nicht entgangen, die sich parallel zur AGRA einer Kernkomponente des agrarökologischen Anbaus in afrikanischen Ländern annimmt –

der Leguminosen (Hülsenfrüchte). Diese Pflanzen sind in der Lage, in Symbiose mit Knöllchenbakterien den Boden mit Stickstoff anzureichern. Mit der Initiative N2Africa («Stickstoff nach Afrika») sollen bis 2014 in dreizehn afrikanischen Ländern insgesamt 225.000 Kleinbäuerinnen und Kleinbauern von privatisiertem Leguminosensaatgut abhängig gemacht werden. «Während Kleinbauern ihr Mais-Saatgut inzwischen jedes Jahr kaufen, wird bei Leguminosen das Saatgut zumeist noch immer von den Bauern selbst erzeugt», erläuterte vor rund drei Jahren Peter Bloch, ein Berater für die Saatgutprivatisierung. Die Gates-Stiftung und ihre Verbündeten empfinden die zunehmende Verbreitung der Agrarökologie offenbar als Bedrohung für die angestrebte Hegemonie ihres landwirtschaftlichen Modells. Insofern kann man die Integration bestimmter technischer Aspekte der Agrarökologie in die Wertschöpfungsketten als Versuch interpretieren, die widerständigen Teile der Kleinbauernschaft durch partielle Eingemeindung zu neutralisieren.

PETER CLAUSING ARBEITET BEIM VEREIN IN GRÜNDUNG «MÉXICO VIA BERLIN» UND IST MITBETREIBER DES PORTALS WWW.AGRARDEBATTE.DE

EINE LANGFASSUNG DES BEITRAGS ist zuerst erschienen in der Tageszeitung «Junge Welt» vom 17. und 19. August 2013. Im Internet findet er sich unter www.welt-ernaehrung.de.

BERND HÜTTNER

BOCK ZUM GÄRTNERN

PRAXIS GEGEN DIE AGROINDUSTRIE: DAS MODELL SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT

Bienenstöcke in der Stadt, Gemeinschaftsgärten im Hinterhof und Bauernhöfe im Kollektivbesitz – das Interesse an solidarisch produzierten Nahrungsmitteln wächst.

Aus der Kritik an der Agrarindustrie, ihren ungesunden Produkten und energieintensiven Strukturen haben sich in den letzten Jahrzehnten einige Alternativen entwickelt: Ökolandbau, Vegetarismus, Lebensmittelkooperativen, Mitgliederläden, Veganismus. Bionahrungsmittel sind mittlerweile in den Discountern angekommen, allerdings zum Preis ihrer Normierung. Oft werden sie weder saisonal noch regional angebaut oder vermarktet, die Arbeitsbedingungen an ihren Produktionsstätten sind unbekannt. Gleichzeitig suchen viele Menschen nach Sinn, den sie in ihrem Berufsleben nicht finden. Sie gründen Reparatur-Cafés, betreiben Guerilla Gardening, nutzen Carsharing-Angebote, veranstalten Kleidertauschpartys oder reisen per Couchsurfing. Sie engagieren sich auf vielerlei Art freiwillig, suchen Kontakt zu anderen, wollen sich neu vergesellschaften, selbst tätig sein (Do it yourself). In diesem Zusammenhang ist auch ein neues Interesse an Nahrungsmitteln zu beobachten, viele wollen wieder wissen, wo das, was sie essen, herkommt. In der Landwirtschaft und der Gärtnerei gibt es zwei neue Entwicklungen. In der Stadt blühen die Bienenhaltung und das urbane und interkulturelle Gärtnern. Hierbei werden öffentliche städtische Flächen und Brachen im Gemeinschaftsexperiment angeeignet und wiederbelebt. Die Nahrungsmittelproduktion steht dagegen bei der solidarischen Landwirtschaft (englisch Community Supported Agriculture, CSA) im Mittelpunkt. Sie findet in der Regel auf dem Land statt.

Solidarische Landwirtschaft bedeutet, dass eine Gruppe von Menschen einen Vertrag mit einem Hof abschließt, einen – manchmal nach Einkommen gestaffelten – Beitrag im Voraus zahlt und dafür die Ernte des Hofes abnimmt und unter den Mitgliedern selbstorganisiert verteilt. Im Gegensatz zu den Abo-Kistensystemen vieler Ökobetriebe, sind hier die AbnehmerInnen nicht nur KundInnen, sondern Mitglieder, wenn nicht sogar Miteigentümer des Betriebes. Eine klassische Win-Win-Situation: Die Mitglieder finanzieren die Produktion (nicht nur die Produkte) und tragen damit das Risiko des Anbaus mit. Gemeinsam übernehmen sie die Verantwortung für ein Stück Land – und dafür, wie dieses bewirtschaftet wird.

Derzeit gibt es in Deutschland gut drei Dutzend arbeitende Projekte, die sich im Detail teilweise erheblich unterscheiden. Einige sind urban-links, andere anthroposophisch inspiriert. Manche Projekte wollen den Bodenbesitz vergemeinschaften, während andere derzeit noch mit Pachtland arbeiten (müssen). Echte Bauernhöfe halten auch Tiere, andere Projekte haben nur Flächen für Gemüse, Kartoffeln und Hühner. Die Gartencoop Freiburg zum Beispiel versorgt als stadtnaher, reiner Gartenbaubetrieb mit acht Hektar Fläche 260 Mitglieder. Der seit Herbst 2011 als CSA-Betrieb arbeitende Markushof verfügt dagegen über 52 Hektar und ist mit 160 Menschen in der Region Heidelberg vernetzt. Der Buschberghof östlich von Hamburg, der schon seit mehr als 60 Jahren biologisch bewirtschaftet wird, hat 86 Hektar und über 300 Mitglieder in seiner Kooperative. Bei der solidarischen Landwirtschaft geht es aber nicht nur um die Produktion. Sie schenkt auch den sozialen Aspek-

ten des Miteinanders Aufmerksamkeit, und schreibt sich die angemessene Entlohnung der ProduzentInnen auf die Fahne. Sie schafft Werte, in dem sie die Agrarkultur, etwa durch Saatgut, erhält, Natur und Ressourcen schont und Solidarität stärkt. Die ProduzentInnen gewinnen durch solidarische Landwirtschaft Sicherheit und Autonomie, die AbnehmerInnen erhalten preiswert gute Produkte und Mitentscheidungsrechte. Sie werden von KonsumentInnen zu Ko-ProduzentInnen, und alle gemeinsam eignen sich Wissen an, teilen ihre Kompetenzen. Durch ihre Kooperation verbessern die «solidarischen Landwirte» nicht nur ihre Lebensqualität, sondern entwickeln auch eine Vision von Ernährungssouveränität.

Ihre «Planwirtschaft von unten» ist eine deutliche Kritik an der Agrar- und Ernährungsindustrie. Das mag für manche nach Wollsockenromantik klingen, und in der Tat erinnert einiges an die alternativen Experimente der 1970er Jahren. Doch das Modell funktioniert auch dank moderner, web-gestützter Kommunikationstechnologie. Zudem sollte man nicht das Selbstverwirklichungspotenzial der Projekte unterschätzen – und auch nicht die hohen sozialen Kompetenzen, die jenseits des spezialisierten Produktionswissens

nötig sind, um Landwirtschaft in einer solchen Form zu betreiben. Natürlich gibt es auch Probleme. Ein Kernkonflikt in der solidarischen Landwirtschaft verläuft zwischen dem Streben nach einer gerechten Bezahlung der ProduzentInnen und einem niedrigen Mitgliedsbeitrag, der auch GeringverdienerInnen den Zugang zu guten Nahrungsmitteln ermöglicht. Zweitens basiert sie in der Regel auf freiwilliger, das heißt unbezahlter Mitarbeit der Mitglieder. Solange diese in ausreichendem Maße geleistet wird, funktioniert es. Solidarische Landwirtschaft ist derzeit noch ein Modell mit begrenzter Reichweite. Aber sie verändert den Alltag und das Selbstverständnis aller daran Beteiligten, das macht sie so attraktiv. Nun kommt es darauf an, weitere Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten. In Freiburg hat sich gerade eine dritte Gruppe gegründet, die mit solidarischer Landwirtschaft beginnen will.

Beispiele für solidarische Landwirtschaft finden sich im Netz unter www.solidarischelandwirtschaft.de oder www.gartencoop.org.

BERND HÜTTNER IST REFERENT FÜR ZEITGESCHICHTE BEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. ER WUCHS AUF EINEM BAUERNHOF IN SÜDWESTDEUTSCHLAND AUF.

MARIKA TÄNDLER

MELKEN UNTER WERT

AUCH DIE LANDWIRTSCHAFT BRAUCHT DEN MINDESTLOHN

Die Landwirtschaft schrumpft, viele Beschäftigte sind schlecht abgesichert. Ein Mindestlohn könnte ihre Situation verbessern und den ländlichen Raum aufwerten.

Brauchen wir etwas zu essen, gehen wir in den Laden an der Ecke, und damit sind heute nicht die kleinen Läden gemeint, sondern Ketten, die deutschland- und sogar europaweit ihre Lebensmittel vertreiben. Produziert werden die Lebensmittel in der Landwirtschaft. Doch für die meisten EndverbraucherInnen ist die Landwirtschaft unsichtbar geworden. Beim Blick ins Supermarktregal ist von der Tätigkeit der Landwirte, Bäuerinnen und Bauern, der FacharbeiterInnen und der vielen Hilfskräfte nichts mehr zu sehen. In Deutschland gab es im Jahr 2012 laut Statistischem Bundesamt 288.200 landwirtschaftliche Betriebe. Gerade im ländlichen Raum zählt die Landwirtschaft zu den größten Arbeitgebern. 1,1 Millionen Arbeitskräfte waren im Jahr 2010 in der Landwirtschaft tätig – allerdings vor allem Familienarbeitskräfte und Saisonarbeitskräfte. Insgesamt nimmt die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten seit den 1970er Jahren drastisch ab. Gleichzeitig arbeitet ein erheblicher Anteil dieser Beschäftigten in einer Nebenerwerbslandwirtschaft, die sogenannten «Feierabendbauern». Den Großteil ihrer Einnahmen erzielen sie durch andere Tätigkeiten. Die Anzahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft schwankt je nach Studie, was vor allem auf die der Landwirtschaft vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche zurückzuführen ist. Dass die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten seit Jahren sinkt, liegt nicht nur am geringeren Anteil an der Bruttowertschöpfung von 0,8 Prozent. Die Branche hat in den letzten zwanzig Jahren auch massive Produktivitätssteigerungen erlebt – sowohl durch Rationalisierungen als auch durch die Einführung neuer Technologien wie Melkmaschinen oder Biogasanlagen. Der eigentliche Produktionswert der Landwirtschaft lag im Jahr 2008 bei 47 Milliarden Euro, wobei produktionsbedingte Aus-

gaben von 35,6 Milliarden Euro anzurechnen sind. Zum Vergleich: Die Lebens- und Nahrungsmittelindustrie hatte 2009 einen Umsatz von 153 Milliarden Euro.

So wichtig die Arbeit der Bäuerinnen und Bauern und anderer landwirtschaftlich Tätigen für die Produktion unserer Lebensmittel ist, sie erhalten dafür kaum Anerkennung. So landen von einem Euro, den VerbraucherInnen für Nahrungsmittel ausgeben, laut Deutschem Bauernverband im Durchschnitt nur 24 Cent bei den ErzeugerInnen. Die Wertschöpfungskette ist Teil des Problems, aber nicht das einzige. Ein weiteres sind die in der Landwirtschaft gezahlten Löhne. Der durchschnittliche Verdienst in der Landwirtschaft lag 2010 bei 9,92 Euro brutto pro Stunde, wobei es erhebliche regionale Unterschiede gibt. Ein Mindestlohn in der Landwirtschaft würde nicht nur den ländlichen Raum aufwerten, indem er die Beschäftigten absichert und an die Betriebe bindet. Er würde die in der Landwirtschaft Tätigen auch finanziell erheblich entlasten, denn am Ende sind auch sie VerbraucherInnen. Nur etwa zehn Prozent der landwirtschaftlich Tätigen sind in einer Gewerkschaft organisiert, vor allem in der IG BAU. Betriebsräte sind eher die Ausnahme und wenn, dann gibt es sie vor allem in Großbetrieben. Ein Grund hierfür liegt in der kleinbetrieblichen Struktur, ein weiteres Problem stellt die zunehmende Zahl der Nebenerwerbslandwirtschaft dar, wodurch die Frage der gewerkschaftlichen Zugehörigkeit aufgeworfen wird. Erzielt der «Feierabendbauer» seinen Haupterwerb zum Beispiel in der Stahlindustrie, ist eine Mitgliedschaft in der IG Metall für ihn sinnvoller. Den Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe, in denen Tarifverträge gelten, schätzt die IG BAU auf 40 bis 50 Prozent.

MARIKA TÄNDLER ARBEITET IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT IN BRÜSSEL. ZULETZT WAR SIE WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN IM ABGEORDNETEN-BÜRO VON LOTHAR BISKY



Arbeiterinnen von Agrupaejido, einer der größten Gemüseversteigerungsplattformen in der Region Almería.

FEDERICO PACHERO

GEGEN DIE LOHNGURKEREI

SPANIEN: GEWERKSCHAFT KÄMPFT FÜR MINIMALRECHTE VON LANDARBEITERINNEN

In der südspanischen Provinz Almería erzeugen migrantische ArbeiterInnen einen Großteil der spanischen Gemüseexporte. Aber die Region hat auch eine beeindruckende Tradition basisgewerkschaftlicher Kämpfe.

Ernährungssouveränität steht in direkter Opposition zu den Interessen der Landwirtschaftsindustrie und der multinationalen Verteilungsketten. Um stetig steigende Gewinne zu garantieren, muss sich das System die absolute Kontrolle über den Markt für Rohstoffe und natürliche Ressourcen sichern, niedrige Produktionskosten und wettbewerbsfähige Preise innerhalb eines kapitalistischen Marktes garantieren. Sein größter Feind ist die bäuerliche, familiäre oder kooperative Landwirtschaft, die lokale Verteilung und der nachhaltige Konsum. Selbst der freie Zugang zu Land, Saatgut und Wasser und eine ökologische Produktionsweise, die ohne Düngemittel und Insektizide auskommt, ist der Landwirtschaftsindustrie ein Dorn im Auge. Die Provinz Almería im Südosten Andalusiens erzeugt auf über 50.000 Hektar 60 Prozent des spanischen Gemüseexports nach Nordeuropa. Der Intensivanbau von Obst und Gemüse von Almería (überwiegend unter «Plastikkulturen») ist paradigmatisch für die Kommerzialisierung landwirtschaftlicher Produktion und den agroindustriellen Konsum. Im Intensivanbau in Almería sind schätzungsweise 140.000 ArbeiterInnen beschäftigt, vor allem MigrantInnen. Allerdings registrieren die Unternehmen die meisten

ArbeiterInnen nicht, da sie sie als TagelöhnerInnen beschäftigen. Die Arbeits- und Sozialstandards in der Landwirtschaft von Almería sind die niedrigsten in ganz Spanien, doch selbst sie werden oft nicht eingehalten. Zu niedrigen Löhnen und unbezahlten Überstunden und Anfahrtswegen kommt ein System von befristeten und Gelegenheitsverträgen, die die ArbeiterInnen verpflichten, immer in der Nähe des Unternehmens zu bleiben, ohne dass sie eine Garantie für Arbeit oder Gehalt beinhalten. Um Kosten zu sparen, vernachlässigen die Unternehmen den Arbeitsschutz. Sie setzen chemische Wachstumsbeschleuniger ein, sparen an adäquater Arbeitsbekleidung und vernachlässigen Gesundheitsvorschriften.

Neuankömmlinge oder ArbeiterInnen, die ihren Job verloren haben, leben in prekären Wohnverhältnissen oder Plastikbaracken zwischen den Betrieben. Andere müssen oft überbezahlte Unterkünfte direkt von ihren AuftraggeberInnen mieten. Aus Angst vor Kündigung, Abschiebung oder Problemen mit der Aufenthaltserlaubnis nehmen viele MigrantInnen diese Umstände hin.

Die während der Transition – der Übergangszeit nach der Franco-Diktatur – von ArbeiterInnen im Westen Andalusiens gegründete Gewerkschaft der Feldarbeiter SOC (Sindicato de Obreros del Campo) ist seit den schweren rassistischen Übergriffen in El Ejido im Februar 2000 in der Provinz Almería aktiv. Die SOC steht in einer Tradition der lokalen Basisorganisation und der Basisversamm-



Ein junger Mann aus Mali vor dem Matratzenlager in Südspanien, auf dem er und andere Arbeiter nachts schlafen. In die Häuser dürfen sie nicht.

lungen. Dieser Ansatz und die konfrontative Politik gegenüber den UnternehmerInnen und der Verwaltung haben eine intensive Organisations- und Kampfkultur der in den Gewächshäusern ausgebeuteten, migrantischen ArbeiterInnen begründet. Die Arbeit von SOC-SAT in Almería war wichtig, sowohl wegen der Arbeits-, Sozial- und Migrantenberatung als auch wegen des Netzes lokaler Zentren, die bei der Organisation und Selbstorganisation der MigrantInnen und Einheimischen helfen. Regelmäßige Demonstrationen und Versammlungen auf öffentlichen Plätzen, aber auch eine basisgewerkschaftliche Struktur unter den arbeitenden MigrantInnen haben die ArbeiterInnen motiviert. Sie wissen, dass sie selbst die tragende Rolle bei der Verteidigung ihrer Rechte spielen. Eine fordernde, selbstbewusste Haltung ist auf dem Land in Almería inzwischen weit verbreitet.

Dennoch stieß die Arbeit der SOC von Anfang an auf Widerstand in der Gesellschaft vor Ort. Keine politische Partei, größere Gewerkschaft, kein Pressemedium und keine NGO wollte über die Ausbeutung von MigrantInnen, über Rassismus und andere Missstände sprechen, stellt dies doch die lokalen Produktionsformen, die Grundlage des eigenen Reichtums in Frage. Deshalb war es wichtig, Kontakte zu basisgewerkschaftlichen Organisationen, Bäuerinnen, Bauern und VerbraucherInnen aus anderen europäischen Ländern zu knüpfen. Dank dieser Strategie setzte zum Beispiel ein Supermarkt eines der Unternehmen erfolgreich unter Druck, die Rechte der ArbeiterInnen anzuerkennen. Trotzdem sind eine kontinuierliche Vernetzung der ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern und der VerbraucherInnen aus Nord- und Südeuropa und punktueller

öffentlicher Druck auf die multinationalen Unternehmen nötig. Nur so können die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Landwirtschaftsindustrie verbessert werden.

Aber täuschen wir uns nicht – das System der Produktion und Vermarktung landwirtschaftlicher Güter basiert auf der Ausbeutung von Menschen und der Plünderung der natürlichen Ressourcen. Die Aktionen für Arbeiterrechte sollten deshalb in eine langfristige Strategie mit dem Ziel eingebettet sein, die landwirtschaftliche Produktionsweise durch eine lokale bäuerliche Landwirtschaft unter der Prämisse der Ernährungssouveränität zu ersetzen. In den 1980er und 1990er Jahren haben einige Kooperativen von ArbeiterInnen in Andalusien damit begonnen, enteignetes Land von GroßgrundbesitzerInnen mit umweltschonenden Methoden zu bebauen. Angesichts von Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit wurden diese Aktionen seit 2012 wieder aufgenommen, wie der Fall der Besetzung in Somontes, Córdoba, zeigt. Seit über einem Jahr entsteht dort ein ökologisches Landwirtschaftsprojekt. Ein weiteres Beispiel ist die Besetzung von Gewächshäusern eines Unternehmens in Almería durch die eigenen ArbeiterInnen wegen nicht bezahlter Löhne und Abfindungen. Fördern wir also die Netze und den Austausch zwischen den gewerkschaftlichen, bäuerlichen und sozialen Kämpfen in ganz Europa! Die Ernährungssouveränität ist ein zentraler Baustein für eine sozioökonomische und politische Alternative zum Bestehenden. Mehr zum Thema unter <http://cross-solidarity.net>.

FEDERICO PACHERO IST SPRECHER DER ANADALUSISCHEN LANDARBEITERINNEN-GEWERKSCHAFT SINDICATO ANDALUZ DE TRABAJADORES (SAT). ÜBERSETZUNG: JANETT HAID

JOS MARTENS

AUSGELIEFERT AN DEN MARKT

SIMBABWES LANDWIRTSCHAFT IST UNPRODUKTIV UND DÜRREANFÄLLIG WIE NIE

Die landwirtschaftliche Produktion in Simbabwe ist heute, nach mehreren Dekaden Marktorientierung, niedriger als in den 1980er Jahren.

Wie könnte ein Richtungswechsel aussehen? 426 Kilogramm Getreide produzierte ein Haushalt in Simbabwe durchschnittlich in der Landwirtschaftssaison 2011/2012, schrieb der Zimbabwe's Rural Livelihoods Assessment Report (RLAR) von Mai 2012. Den größten Anteil hat Mais mit 397 Kilogramm, der Rest entfällt auf widerstandsfähige kleinere Hirsearten. Dieser Ernte steht ein jährlicher Bedarf von 740 Kilo für einen fünfköpfigen Haushalt gegenüber. Auch Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) belegen, dass Simbabwe nicht nur die Fähigkeit verloren hat, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Auch ist der Umfang der durchschnittlichen Maisernte von 1,5 Tonnen pro Hektar in den 1980er Jahren auf weniger als eine Tonne pro Hektar abgestürzt. Im Laufe der 1980er Jahre stiegen sowohl die Gesamtmenge der Maisernte in Simbabwe als auch die Erträge pro Hektar schrittweise an. Dies lag vor allem an der staatlichen Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft (durch Sammelpunkte und Depots, Kredite, Forschung, Beratung und Ausbildung). Obwohl größere Betriebe sich aus dem Maisanbau zurückzogen, kompensierte die Produktion der kommunalen Bäuerinnen und Bauern diesen Trend. Dieser Anstieg flachte infolge der Strukturanpassungsprogramme der 1990er Jahre, des Abbaus von Subventionen und landwirtschaftlicher Serviceleistungen ab. Seit der Einführung des Fast Track Land Reform Programmes und der politisch ökonomischen Krise im Jahr 2000 sanken die Erträge pro Hektar dramatisch. Die Landwirtschaftssaison 2007/2008 stellte mit einer Ernte von weniger als 500.000 Tonnen (einem Viertel des nationalen Bedarfs) und einem durchschnittlichen Ertrag von 300 Kilo Mais pro Hektar den absoluten Tiefpunkt dar. Die Häufigkeit von Dürreperioden und die Anzahl der betroffenen Bäuerinnen und Bauern nahmen zu. Seit Juni 2009 wurde der Inflation durch Einführung des US-Dollar

Einhalt geboten. Die Maisproduktion scheint sich allmählich zu erholen. Dennoch stellt sich die Frage, ob die Bäuerinnen und Bauern den Rückgang der Erträge durch den Untergang der großflächigen, kommerziellen Landwirtschaft ausgleichen können.

Der Begriff der «durchschnittliche» Maisernte ist näher zu beleuchten. Der wundersame Anstieg der Maisproduktion in den 1980er Jahren ging nahezu komplett auf die produktivsten 20 Prozent der Bäuerinnen und Bauern zurück, die guten Zugang zu Samen, Düngemitteln oder Krediten hatten und in Gebieten mit guten Böden und hohem Niederschlag lebten. Weder die Förderpolitik der Regierung in den 1980er Jahren noch der Druck durch den freien Markt haben die Produktion der «unteren 80 Prozent» gesteigert. Viele Bäuerinnen und Bauern wurden sogar anfälliger für Dürren, da der Anbau besonders ertragreicher Sorten in Monokulturen zu Lasten traditioneller Sorten ging und der Einsatz chemischer Düngemittel das Risiko von Ernteausfällen erhöhte. Leider setzten die beiden großen politischen Parteien, ZANU und MDC, weiter auf neoliberale Strategien und eine «grüne Revolution», die auf kapitalintensiver Produktion, Markt- und Exportorientierung basiert. Doch diese Strategie wird weder die Ernährungssouveränität Simbawwes fördern noch den vielfältigen Möglichkeiten und Bedürfnissen der 80 Prozent weniger produktiver Bäuerinnen und Bauern gerecht werden. Stattdessen wären orts- und situationsspezifische landwirtschaftliche Dienstleistungen und die Förderung einer nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft nötig, die auf den Erhalt der Ökosysteme unter sich verschlechternden klimatischen Bedingungen ausgerichtet ist. In einer solchen Strategie müssten Genossenschaften und andere Formen der Solidarität (wieder) eine wichtige Rolle spielen. Da ein solcher Schritt von der Regierung nicht zu erwarten ist, wird es für kleine und mittelständische Bauern immer wichtiger, sich selbst zu organisieren und für einen Richtungswechsel einzusetzen.

JOS MARTENS IST PROJEKTMANAGER IM AUSLANDSBÜRO SÜDLICHES AFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN JOHANNESBURG

CHRISTIAN LUHMER

ALMOSEN STATT ANSPRÜCHE

LEBENSMITTELTAFELN FLANKIEREN ZUNEHMEND DEN SOZIALABBAU

Seit 20 Jahren gibt es Tafeln, die Lebensmittel an Bedürftige ausgeben, auch in Deutschland. Doch die Tafeln tun nicht nur Gutes – sie flankieren den Sozialabbau.

Die Idee der Tafeln entstand im Jahre 1967 in den USA. 1993 wurde in Berlin die erste Tafel in Deutschland gegründet. Ursprünglich galt diese Nothungerhilfe für obdachlos gewordene Menschen. Das Prinzip ist so einfach wie genial: «Übrig» gebliebene Lebensmittel, hauptsächlich aus Supermärkten und Bäckereien, werden gesammelt, die Unternehmen erhalten eine Spendenquittung und sparen die Entsorgungskosten. In den Ausgabestellen werden dann die schlechten Lebensmittel aussortiert – das ist notwendig,

da Unternehmen oft auch ihren Müll mitgeben –, die einwandfreien Produkte werden an «bedürftige» Menschen verteilt. Anspruchsberechtigt, also bedürftig aus Sicht der Tafeln, sind Menschen, die Arbeitslosengeld II oder eine Grundrente beziehen, außerdem Bafög-EmpfängerInnen, in Ausnahmefällen auch Menschen in «besonderen Notlagen». Die Tafel prüft also die Bedürftigkeit, was aus datenschutzrechtlichen Gründen fragwürdig und für die «KundInnen» entwürdigend ist. Nach bestandener Bedarfsprüfung erhalten die AntragstellerInnen eine Nummer. Damit sind sie berechtigt, an einem bestimmten Wochentag Lebensmittel abzuholen. Das Nummernsystem soll verhindern, dass es «Doppelabholer» gibt, wo-

durch die Tafeln ihre Gemeinnützigkeit verlieren könnten. Bei den meisten Tafeln zahlen die «KundInnen» einen symbolischen Euro für die Lebensmittel. Die Zahl der Tafeln ist nach Inkrafttreten der Hartz-Gesetze sprunghaft angestiegen, inzwischen gibt es 914 Tafeln in Deutschland. Knapp 50.000 Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Sie sind begeistert von der Idee, «das Essen dorthin zu bringen wo es hingehört» (so der Wahlspruch der Tafeln). Dazu kommen mehrere Tausend Ein-Euro-JobberInnen, Menschen, die den Bundesfreiwilligendienst ausüben, und solche, die Sozialstunden ableisten müssen. Inzwischen verteilen Tafeln nicht mehr nur Lebensmittel. Abhängig von ihren Möglichkeiten bieten sie auch Koch-, Sprach- und Nähkurse an. Bei manchen Tafeln kann man eine Suppe bekommen, und einige ergänzen das Lebensmittelangebot durch einen Tafelladen, in dem es für wenig Geld auch andere Produkte zu kaufen gibt. Wer sich den Namen Tafel gibt, muss Mitglied im Verband Tafel e. V. werden und acht Tafelgrundsätze einhalten, etwa den, nur «überschüssige Lebensmittel» zu verteilen (www.tafel.de). Grundvoraussetzung für die Existenz von Tafeln sind sowohl Armut als auch Überfluss, die der Kapitalismus immer wieder aufs Neue produziert, außerdem Menschen, die etwas gegen Armut unternehmen möchten und – nicht zu vergessen – die «edlen SpenderInnen». Zur «Erfolgsgeschichte» der Tafeln gehört aber auch das Versagen der Politik gegenüber steigender Armut und wachsenden Lebensmittelmüllbergen. So gibt es kein Gesetz, das es zum Beispiel Discountern verbietet, Lebensmittel zu vernichten. Stattdessen gibt es zahllose Initiativen der Bundesverbraucherschutzministerin wie die Aktion «Zu gut für die Tonne». Diese Kampagne prangert Lebensmittelverschwendung an und unterstützt die Essener Aktionstage «Essen rettet Lebensmittel» und ähnliche Veranstaltungen. Auch Thüringens stellvertretender Ministerpräsident Christoph Matschie versucht, sich im Kampf gegen Lebensmittelverschwendung hervorzutun. Sein Beitrag: eine «Wette», die darauf hinauslief, dass innerhalb eines bestimmten Zeitraums 32 Tonnen Lebensmittel gesammelt werden sollten, um sie an die Thüringer Tafeln zu spen-

den – obwohl die Annahme ein Verstoß gegen die Tafelgrundsätze wäre. Wie sehr die Tafeln inzwischen den Abbau sozialstaatlicher Rechte flankieren, zeigt das Beispiel einer Mitarbeiterin des Jobcenters in Chemnitz, die die Tafeln als Kooperationspartner bezeichnete. Es besteht der Verdacht, dass Jobcenter-MitarbeiterInnen Menschen systematisch zu den Tafeln schicken, sie reichen die notleidenden Menschen gewissermaßen an die Tafeln weiter. Auf eine kleine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag nannte die damalige Sozialministerin Ursula von der Leyen die Tafeln «eine Erfolgsgeschichte». Fragt sich nur für wen. In einem Interview äußerte sie zu anderer Gelegenheit, es sei unklug, Hartz IV zu erhöhen. Vermutlich ist einkalkuliert, dass Tafeln und andere Einrichtungen die Arbeit des Sozialstaats zunehmend übernehmen. Die Tafeln sind ein ambivalentes Phänomen. Einerseits sind sie Ausdruck von Solidarität gegenüber anderen Menschen. Andererseits können sich Unternehmen durch Spenden ihr Image aufpolieren und dabei noch Geld sparen. Inzwischen regt sich Widerstand gegen die «Vertafelung» der Gesellschaft. Anfang des Jahres wurde das Kritische Aktionsbündnis 20 Jahre Tafeln (<http://aktionsbuendnis20.de>) gegründet. Das Ziel: Tafeln überflüssig zu machen. Doch die ehrenamtlich Aktiven der Tafeln tragen nicht die Schuld für die wachsende Armut. Sie müssen darüber informiert werden, dass der Wohlfahrtsstaat sich die Tafeln zunutze macht, um soziale Rechte abzubauen und die Versorgung der Armen auf eine ehrenamtlich betriebene Institution abzuwälzen.

CHRISTIAN LUHMER IST STUDIENSTIPENDIAT
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KRITISCH mit den Lebensmitteltafeln setzt sich auch der Beitrag «Müll für Menschen» von Günther Salz auseinander. Er ist als Standpunkt 8/2013 der Stiftung erschienen und downloadbar unter www.rosalux.de/publication/39573.

CHRISTIAN REHMER

LOKAL UND ÖKOLOGISCH

WOCHENMARKT STATT WELTMARKT: ECKPUNKTE FÜR EINE LINKE AGRARPOLITIK

Die Probleme durch Hunger, Klimawandel, Umweltzerstörung und die Kapitalisierung der Landwirtschaft sind bekannt. Aber was folgt daraus für eine linke Agrarpolitik?

Sieben Milliarden Menschen benötigen weltweit Zugang zu sauberem Wasser und gesunder Ernährung. Fast eine Milliarde Menschen haben nicht genug zu essen, zwei Milliarden sind fehlernährt. Im Jahr 2050 sollen neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Die Herausforderung, sie alle mit Essen zu versorgen, ist enorm. Linke Agrarpolitik muss dafür Sorge tragen, dass die Lebensmittelproduktion oberste Priorität hat. Das bedeutet nicht, dass alles so bleiben soll, wie es ist. Ebenso wenig bedeutet es, dass die Erträge durch Chemie oder Gentechnik so gesteigert werden, dass weitere Umweltrisiken entstehen. Und es bedeutet auch nicht, eine Agrarproduktion zu befürworten, die Böden, Klima oder die Biodiversität gefährdet. Um eine nachhaltige Lebensmittelproduktion zu sichern, sind Initiativen in vielen Bereichen nötig. Wie das aussehen könnte,

hat die Linksfraktion im Bundestag in ihrem PLAN B («Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau») von Juni 2012 beschrieben. Eines der vier Leitprojekte des sozial-ökologischen Umbaus ist die Landwirtschaft. Unter dem Motto «Vision 2050» formuliert der PLAN B eine Abkehr vom Weltmarkt und eine Hinwendung zum Wochenmarkt. Ernährungssouveränität und das Recht auf Nahrung sollen Leitbilder der internationalen Agrarpolitik werden. Jede Region der Welt soll sich im Wesentlichen selbst ernähren können und nicht über ihre Verhältnisse leben. Das gleiche Recht auf Natur- und Ressourcennutzung, das Hans Thie in seinem Buch «Rotes Grün» beschreibt, ist dafür die Grundvoraussetzung. So einleuchtend dieses globale Recht ist, so wenig hat es jedoch mit der Realität zu tun. Das muss sich ändern. Linke Agrarpolitik unterscheidet sich grundlegend von den Politikansätzen von Schwarz-Gelb, der Agrar- und Lebensmittelindustrie oder der Welthandelsorganisation WTO. Sie verknüpft ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fra-

gen. Es geht nicht darum, der verarbeitenden Industrie möglichst viele Agrarrohstoffe möglichst billig zu liefern, denn das geht nur auf Kosten von Mensch, Tier und Umwelt: In Schlachthäusern wird Akkord gearbeitet. Die Tierhaltung in vielen Ställen mag zwar legal sein, aber sie ist weit davon entfernt, tiergerecht zu sein. Junge Menschen wandern aus den ländlichen Regionen ab, weil landwirtschaftliche Berufe viel zu gering bezahlt werden. Linke Agrarpolitik muss ihren Beitrag dazu leisten, die produktiven Grundlagen der Agrarwirtschaft zu verbessern. Gleichzeitig ist sie dem Umwelt- und Ressourcenschutz verpflichtet. Sie muss auch dafür sorgen, dass landwirtschaftliche Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen erhalten bleiben. Linke Agrarpolitik will eine Agrarproduktion, die sozialer ist, besser zur Umwelt passt und fest in der Region verankert ist. Dafür sind das Ordnungsrecht, diverse Gesetze (etwa das Tierschutz- oder das Baugesetz) und die Förderpolitik von EU, Bund und Ländern zu ändern.

Klare Anreize zum sozial-ökologischen Umbau werden gebraucht. Klare Vorgaben für landwirtschaftliche Betriebe sind notwendig – aber sie dürfen sie nicht überfordern. Die Betriebe müssen beim sozial-ökologischen Umbau mitgenommen werden. Als Gegenleistung erhalten sie Gelder der EU-Agrarförderung. Auch der Ökolandbau muss stärker unterstützt werden, die komplette Agrarproduktion muss Schritt für Schritt ökologischer werden. Regionale Kreisläufe und Low-Input-Lösungen sind hierbei wichtige Stichworte. Darüber hinaus sind alternative Agrarprojekte wie die solidarische Landwirtschaft zu unterstützen. Je weniger Bauernhöfe von externen Betriebsmitteln abhängig sind, desto besser. Nur durch den schrittweisen Aufbau betrieblicher Eigenständigkeit kann die Befreiung aus der Preisumklammerung von Handel und Industrie gelingen. Das landwirtschaftliche System braucht eine betriebliche Kreislaufwirtschaft mit vielfältigen Fruchtfolgen und eine tiergerechte, standort-, umwelt- und sozialverträgliche Tierhal-

tung. Direktvermarktung und landwirtschaftliche Kooperationen (z. B. Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften) tragen zur Unabhängigkeit bei, sie verdienen daher Unterstützung. Zudem sollte jeder Betrieb einen bestimmten Anteil seiner Fläche zur Produktion einheimischer Eiweißfutterpflanzen nutzen. Nötig ist eine nationale Eiweißstrategie, die Züchtung, Anbau und Verarbeitung umfasst. Beim Schutz der Umwelt kann eine Stickstoffüberschussabgabe helfen. Statt fossilen Agrardiesel steuerlich zu begünstigen, sollte das Geld zur Umstellung auf – betriebseigene – Pflanzenöle genutzt werden. Ein Abgabe- und Reduktionssystem für Pestizide könnte einen umweltschonenderen Pflanzenschutz unterstützen.

Der sozial-ökologische Umbau muss von einer öffentlichen Agrarforschung unterstützt werden. Sie muss ihr Augenmerk auf die Lösung der Probleme richten, die durch Hunger, Klimawandel und Umweltverschmutzung verursacht werden, und sich dadurch deutlich von den privaten Forschungsinteressen von Pharma- und Agrarkonzernen unterscheiden. Eine Schlüsselfrage ist der Zugang zu Boden, von dem viele Menschen abgeschnitten sind. In Deutschland drängt zunehmend landwirtschaftsfremdes Kapital auf den Bodenmarkt. Eine Konzentration des Bodens in den Händen privater Investoren muss verhindert werden. Die breiteste Streuung des Bodeneigentums wäre ein Verbot privaten Bodenbesitzes und die Überführung aller Flächen in öffentlichen, demokratisch kontrollierten Besitz. Dass dies weder bei Bäuerinnen und Bauern gut ankommt, noch in der Vergangenheit immer erfolgreich war, ist bekannt. Trotzdem stellt sich die Frage, warum es privaten Bodenbesitz geben muss. Linke Agrarpolitik ist sozialer als grüne Weltverbesserungspolitik und grüner als sozialdemokratische Besitzstandswahrung. Nichtsdestotrotz ist sie einer der Politikbereiche, in denen eine rot-rot-grüne Regierung die geringsten Streitpunkte hätte.

CHRISTIAN REHMER IST WISSENSCHAFTLICHER MITARBEITER IM BÜRO DER LINKEN BUNDESTAGSABGEORDNETEN KIRSTEN TACKMANN

Marokkanische Arbeiter ziehen nahe El Ejido/Almería eine neue Plastikfolie über das Dach eines Gewächshauses.





Ende August demonstrierten in Berlin 5.000 Menschen gegen Homophobie in Russland. Foto: Marco Fieber/Ostblog.org/Flickr, CC BY-NC-ND 2.0

OLGERTA KHARITONOVA

PARADE UND POGROM

RUSSLAND: REPRESSION NICHT NUR GEGEN LESBEN, SCHWULE UND TRANSMENSCHEN

Lesbian, Gay, Bisexual, Trans-, kurz: LGBT-AktivistInnen in Russland sind massiver homophober Gewalt und Repression ausgesetzt. Die Repressalien reihen sich ein in einen Trend zur Faschisierung der russischen Gesellschaft.

Mitte Juni versammelte der Christopher Street Day (CSD) in Berlin Tausende fröhlich feiernde Menschen und blieb mit bunten Fotos und schönen Erinnerungen im Gedächtnis. Eine Woche später versammelte das traditionelle Gay-Pogrom gegen die Kundgebung von LGBT-AktivistInnen in Sankt Petersburg hunderte tumbe und aggressive Homophobe und blieb mit Fotos, auf denen sich Blut und Staub vermischen, und schrecklichen Erinnerungen im Gedächtnis. In diesem Jahr nahmen LGBT-AktivistInnen aus Russland an vielen Veranstaltungen des CSD in Deutschland teil. Ich selbst war von der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Pressekonferenz am 21. Juni eingeladen worden. Ich habe viel vom drohenden Faschismus in Russland gesprochen, der mit dem Verbot der Rede- und Versammlungsfreiheit und dem Gesetz «Über die ausländischen Agenten» seine Schatten vorauswirft. Die Gesetze «Über den Schutz der Gefühle der Gläubigen» und «Über das Verbot der Propaganda nicht traditioneller Familienverhältnisse» verfestigen die Bedrohung und stürzen das Land in einen Strudel aus Angst und Denunziation, wie wir ihn aus der Stalinzeit kennen. Ich habe über Antisemitismus gesprochen, der sich auf der staatlichen Bühne austobt. Über die fort-

gesetzten Angriffe auf die Rechte der Frauen. Diejenigen jedoch, die zur LGBT-Community gehören, geraten gänzlich aus der Legalität: Ein einfaches Bekenntnis «ich bin Lesbe» oder «ich bin Transgender» wird mit hohen Strafen belegt. AusländerInnen werden dafür des Landes verwiesen. Und die Situation wird sich aller Voraussicht nach verschlimmern. Die Duma-Abgeordneten denken schon darüber nach, lesbischen Paaren die Kinder wegzunehmen – egal ob es adoptierte oder leibliche Kinder sind. Ich habe Bilder eines drohenden Faschismus gemalt, der sich in einem Land entwickeln kann, das nah an den Ländern Europas liegt und das seinerzeit geholfen hat, den Faschismus zu besiegen.

Es ist schwierig einzuschätzen, inwieweit die Deutschen unsere Lage nachempfinden konnten. Die wichtigste Frage, die mir und den anderen TeilnehmerInnen der Pressekonferenz gestellt wurde, war «wie können wir euch helfen?». Die einzige Antwort, die wir auf diese Frage geben konnten, war diese: Werdet zu unseren Stimmen. Sprecht über uns, stellt immer wieder die Frage nach den Rechten der russischen LGBT-Menschen, damit Putin sich unwohl fühlt in seiner Haut, wenn er wie ein Diktator empfangen wird. Das einfachste ist es, uns Geld zu geben. Schwieriger ist es, die eigenen PolitikerInnen zur Einsicht zu bewegen, wie ernst die Bedrohung in Russland ist und dass es einer Korrektur des Verhältnisses zur Russland im internationalen Rahmen bedarf. Am 22. Juni wurde

das Thema der Menschenrechte für die russischen LGBT zum Hauptthema der Berliner Gay-Parade. Als sich der Zug dem Brandenburger Tor näherte und sich bis an die Siegestsäule ein buntes Menschenmeer erstreckte, spürten wir alle, die wir aus Russland gekommen waren, Begeisterung und die Gewissheit, dass sich alles noch ändern kann, dass die LGBT-Menschen in Russland eine genauso freudige Zukunft haben werden wie ihre NachbarInnen in Europa. Mit dieser Stimmung kamen wir zurück nach Hause. Nur eine Woche später, am 29. Juni, gingen zwei Dutzend LGBT-AktivistInnen in Sankt Petersburg auf die Straße. Doch auf ihrer Gay-Parade gerieten sie in eine Menge homophober Religiöser. Anfänglich hagelte es Schimpfwörter und Beleidigungen, dann Eier, später Stöcke und Steine, und zum Schluss kamen Sondertruppen und jagten alle in einen Bus. Die Scheiben des Busses wurden eingeschlagen, trotzdem war es im Bus so stickig, dass einige AktivistInnen das Bewusstsein verloren. Schließlich brachte man alle zur Polizei, wo ihnen ein Protokoll ausgehändigt wurde. Man sieht: Die LGBT-Community in Russland kämpft für ihre Rechte! Schon vorher gab es einige Versuche, eine Gay-Parade in Moskau zu starten, es gab Märsche für Gleichheit, Rainbow Flashmobs, Tage des Schweigens und Kiss-ins vor der Duma, Regenbogenkolonnen bei anderen Demonstrationen. Mit unseren Protesten verändern wir die Zivilge-

sellschaft. Und die LGBT-Community ist ein wichtiger Bestandteil davon. Unter dem Druck des Staates werden wir schnell klüger, entwickeln unser Rechtsbewusstsein und erkennen die Ziele unseres Kampfes.

Von Europa brauchen wir weniger materielle als politische Hilfe. Europa muss sich gegen den Faschismus aussprechen, der sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft entwickelt. Doch Europa glaubt, dass die Menschenrechte in Russland nicht verletzt werden. Zumindest hat so die OECD entschieden. Am selben Tag, an dem die TeilnehmerInnen der Gay-Parade in Petersburg verhöhnt und verhaftet wurden, nahm sie die Resolution zu den Menschenrechten in Russland von ihrer Tagesordnung. Im Wortlaut des Dokuments, das die niederländische Parlamentarierin Ingrid de Caluwé ausgearbeitet hatte, heißt es, dass die von der Duma verabschiedeten Gesetze «die Zivilgesellschaft ersticken». Außerdem war in der Resolution die Rede von den Prozessen gegen Sergei Magnitzki und Michail Chodorkowski. Ich weiß nicht, ob die Rechte der LGBT in Russland auch erwähnt wurden, doch die Resolution wurde zurückgewiesen. Ob eine Absprache in Bezug auf Syrien oder Erdöl dahinterstecke –, darüber lässt sich nur spekulieren.

OLGERTA KHARITONOVA IST VORSITZENDE DES KULTUR- UND BILDUNGS-PROJEKTES «OSTROV» IN MOSKAU

CARLA VASQUEZ

NUR NOCH ERNEUERBARE

DISKUSSION ÜBER LINKE REGIERUNGEN UND UMWELTPOLITIK IN MEXIKO-STADT

Wie kann eine langfristige Umweltpolitik gelingen? Vor allem durch die Einbeziehung von BürgerInnen in die Entscheidungen – das zeigen zumindest Erfahrungen aus Mexiko.

Im Juni gab es in Mexiko-Stadt ein Diskussionsforum zu Umweltthemen. Thema: Linke Regierungen und Umweltpolitik. Vorstandsvorsitzende Dagmar Enkelmann wies bei ihrem ersten Besuch in einem Auslandsbüro der Stiftung auf die Wichtigkeit erneuerbarer Energien und politischer Beteiligungsmöglichkeiten für die BürgerInnen hin. Die Schäden, die schlechte Umweltpolitik in der Vergangenheit müssigen benannt werden, forderte sie. Auch Deutschland sei nicht von ökologischen Krisen ausgenommen. Tagebau und Steinkohleförderung etwa hätten große Umweltschäden verursacht. «In den 1990er Jahren entwarfen Mitglieder der PDS gemeinsam mit Gewerkschaften und ArbeiterInnen Vorschläge für den ökologischen und sozialen Wandel im Bundesland Brandenburg», berichtete Enkelmann, seinerzeit umweltpolitische Sprecherin und Vorstandsmitglied der PDS-Landtagsfraktion. Eine Vision mit Weitblick: In den kommenden 20 bis 30 Jahren sollen in Brandenburg ausschließlich erneuerbare Energien zum Einsatz kommen.

Josef Schulte-Sasse vom Zentrum für Wohnungswesen und Besiedlung in Mexiko-Stadt (COPEVI) koordiniert das Programm zur Verbesserung der Viertel im Stadtteil Iztacalco. Er wies darauf hin, dass es einen großen Widerspruch zwischen der Planung und der Durchführung öffentlicher Programme gibt, da «Regierungen kommen und gehen, die Bürger jedoch bleiben». Daher sei es notwendig, Programme zu fördern, welche die Teilhabe der BürgerInnen stärken, damit erreichte Fortschritte nicht durch klientelistische Beziehungen oder Regierungswechsel verloren gehen. Mireya Imaz,

Koordinatorin des Umweltprogrammes der Universität UNAM in Mexiko-Stadt, unterstrich in ihrem Beitrag, dass Regierungsprogramme häufig der Befriedigung von Klientelinteressen dienen. Sie verwalteten denn auch Armut, anstatt sie zu bekämpfen. Laut Imaz ist dies der Grund, weshalb 30 Prozent der neu gebauten Wohnhäuser in den letzten zwölf Jahren unbewohnt waren.

Nichtsdestotrotz lassen sich laut Enrique Ortiz von der Internationalen Koalition für den Lebensraum wichtige Erfahrungen der Zivilgesellschaft herausstellen. Zwei Drittel der Wohnsiedlungen in Mexiko-Stadt würden ohne rechtliche Erlaubnis, mit dem eigenen Geld der Menschen und ohne Bankkredite gebaut, so Ortiz. Daher «sollte die Regierungen fragen, wie es möglich gewesen ist, unter diesen Möglichkeiten zu bauen, und von den Bürgern zu lernen». Diese Projekte würden von sozialen Prozessen begleitet, wie zum Beispiel den Formen der Zusammenarbeit, die für die kollektive Konstruktion von Wohnsiedlungen nötig ist. In letzter Instanz sind es nicht die Produkte der Arbeit, die besonders wichtig sind, sondern der gemeinsame Prozess, der die Gemeinden zur Zusammenarbeit ermutigt. «Durch die Aktivierung der Menschen, die Teilhabe der Menschen, werden diese schon vom Zuschauen angesteckt», veranschaulichte Ortiz. Ein weiteres wichtiges Thema ist die internationale Debatte über das Recht auf Stadt und die Anerkennung dieses Rechts als neues, kollektives Menschenrecht. Auch bei den partizipativen städtischen Haushalten, die in einigen Ländern erprobt wurden, handelt es sich um Versuche, die Verantwortung für städtische Projekte zwischen Regierung und BürgerInnen zu teilen.

CARLA VASQUEZ IST PROJEKTMANAGERIN IM AUSLANDSBÜRO ZENTRAL-AMERIKA IN MEXIKO-STADT

NATALIA STEPAKOVA

RADIKALES STRICKEN

MOSKAUER BÜRO UNTERSTÜTZT
MURMANSKER JUGEND

Wir waren fünf junge Menschen und wollten im russischen Murmansk, nördlich des Polarkreises, alles verändern.

Im Jahr 2003 gab es so gut wie keine Organisation, die die Interessen von politisch engagierten Jugendlichen vertrat. Deshalb gründeten wir die Humanistische Jugendbewegung Murmansk. Im selben Jahr lernte ich Wolfgang Grabowski kennen, der das eben eröffnete Moskauer Büro der Stiftung leitete. Die ersten gemeinsamen Projekte, die ersten politischen Diskussionen unter Jugendlichen und das erste Festival «Dialog der Kulturen» lösten in Murmansk eine kleine Explosion aus. Unsere Bewegung wurde in der Region bekannt und erhielt sogar Unterstützung von der Gebietsregierung – nicht zuletzt dank Wolfgangs guten Kontakten aus der DDR-Zeiten. Mit seinem Nachfolger Peter Linke begann 2005 eine neue Etappe unserer Partnerschaft. Wir lernten linke AktivistInnen kennen, die beim Jugendbildungsnetzwerk der Stiftung in Berlin die AG Russland gründeten. Gemeinsam entwickelten wir neue partizipative Bildungsformate. Es war nicht einfach zu erklären, weshalb ein Workshop zu Radical Knitting (Strick-Aktionen) jungen Menschen in Murmansk Ideen politischer Teilhabe am besten näher bringt. Das Moskauer Büro nahm an unseren Veranstaltungen teil, organisierte Koordinationstreffen und machte sich in Berlin für unsere seltsamen Projekte stark. So kam auch die heutige Büroleiterin Tiina Fahrni nach Murmansk und beteiligte sich mit radikalen Ansichten zu politischer Bildung an unseren Diskussionen. Mit platforma11 in Leipzig und der Weitwinkel-Woche in Berlin initiierte sie Nachfolgeprojekte. Wir haben viel voneinander gelernt und uns zusammen bewegt – nicht immer konfliktfrei, aber ehrlich und gleichberechtigt. Unsere Arbeit hat in Murmansk Spuren hinterlassen. Heute, da die Tätigkeit für Nichtregierungsorganisationen in Russland schwieriger wird, sind die gemeinsamen Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre umso wertvoller.

**NATALIA STEPAKOVA WAR BIS 2012 VORSITZENDE
DER HUMANISTISCHEN JUGENDBEWEGUNG MURMANSK**

GERHARD DILGER

REBELLISCHE KOPFTÜCHER

BÜRO SÃO PAULO AN DER SEITE
SOZIALER BEWEGUNGEN

Innerhalb von zehn Jahren ist die Stiftung eine feste Größe in der linken Szene Brasiliens sowie in Argentinien, Uruguay, Paraguay und Chile geworden, dem sogenannten «Cono Sur».

Achim Wahl als erster Büroleiter in São Paulo suchte 2003 den Kontakt zur Arbeiterpartei PT, die mit Lula da Silva gerade an die Regierung gekommen war und auch das Weltsozialforum von Porto Alegre entscheidend mitgeprägt hatte. Bis heute ist die PT-nahe Perseu-Abramo-Stiftung ein wichtiger Projektpartner des Auslandsbüros – erst im Juni haben wir gemeinsam das Buch «Indigene in Brasilien» vorgestellt, eine kritische Bestandsaufnahme der staatlichen Politik gegenüber UreinwohnerInnen.



VOR ZEHN JAHREN eröffnete die Stiftung ihre ersten Vertretungen außerhalb der Bundesrepublik. Vier Büros nahmen im Jahr 2003 ihre Arbeit auf und unterstützen seither die Projekte dutzender regionaler Partner: Sao Paulo in Süd-

In allen Ländern unterstützen wir Gruppen aus der organisierten «Zivilgesellschaft» mit dem Schwerpunkt auf Bildungsprojekten. Wichtigster Partner in Brasilien ist die Landlosenbewegung MST, an deren nationaler Schule in der Nähe von São Paulo Jahr für Jahr Tausende AktivistInnen an Fortbildungskursen teilnehmen. Auch das Büro hat dort große Kurse mitorganisiert, etwa über das Werk Rosa Luxemburgs, über «Educación Popular» («Bildung von unten») oder Feminismus. Darüber hinaus unterstützt die Stiftung alternative Bildungsprogramme in Rio, Recife und zahlreichen Regionen des Cono Sur. Von Anfang an war das Bertolt-Brecht-Haus, das vormalige DDR-Kulturzentrum in Montevideo, ein Projektpartner, ebenso die chilenische Gewerkschaftsschule ICAL. Unter Büroleiter Gert Peuckert wurde die Zusammenarbeit mit dem linken Bildungszentrum FISYP in Buenos Aires aufgenommen, später kamen in Argentinien das Volksbildungskollektiv Pañuelos en Rebelión («Rebellische Kopftücher») sowie in Paraguay – nach dem Sieg des linken Bischofs Fernando Lugo bei den Präsidentschaftswahlen 2008 – das alternative Forschungszentrum Base-IS und Serpaj (Dienst für Frieden und Gerechtigkeit) hinzu.

Von 2007 bis 2012 prägte Kathrin Buhl, die im Dezember überraschend verstarb, die Arbeit des Büros. In diesem Zeitraum nahm in der ganzen Region die Kritik am neokolonialen, auf den Export von Rohstoffen konzentrierten Wirtschaftsmodell zu, was sich auch in der Arbeit des Büros niederschlug. So unterstützt die Stiftung die vom skandalumwitterten Thyssen-Krupp-Stahlwerk in Rio direkt betroffenen FischerInnen und AnwohnerInnen, und unser chilenischer Partner OLCA war maßgeblich daran beteiligt, dass der Bau eines riesigen Eon-Thermalkraftwerks in der Atacamawüste vom Obersten Gerichtshof bislang verhindert wurde.

**GERHARD DILGER LEITET DAS AUSLANDSBÜRO BRASILIEN
UND CONO SUR IN SÃO PAULO**



amerika, Johannesburg im südlichen Afrika, Warschau im östlichen Mitteleuropa sowie Moskau in Russland und den GUS-Nachfolgestaaten. Zum Geburtstag blickt die ROSA-LUX auf die Tätigkeit in jeder Region.

IVO GEORGIEV

GEGEN HOMOPHOBIE

WARSAU: STIFTUNG ARBEITET AUCH IM LAND IHRER NAMENSGEBERIN

Das Auslandsbüro in Warschau engagiert sich für Arbeitnehmerinteressen und die Rechte von Minderheiten in Osteuropa.

Als die Stiftung im Mai 2003 ihr Büro für Ostmitteleuropa in Warschau eröffnete, gab es viel Kopfschütteln. Wie kann eine deutsche Bildungsorganisation mit dem Namen «Rosa Luxemburg» in einem Land arbeiten, in dem «kommunistische Symbole» vielerorts auf heftige Ablehnung stoßen? Trotz der Skepsis – oder gerade deshalb – war es wichtig, eine Vertretung der Stiftung im Geburtsland ihrer Namensgeberin zu gründen. Zehn Jahre später arbeitet das Büro in Warschau mit über 30 Partnerorganisationen in Polen, Tschechien, der Slowakei, Estland und Litauen zusammen und zählt jährlich rund 150 Veranstaltungen.

Von Beginn an stand die EU-Integration dieser Länder im Mittelpunkt. Kooperationen gingen wir dort ein, wo sich Menschen mit Fragen von Toleranz und der Stärkung der Rechte von Minderheiten befassen. Ein weiteres zentrales Thema sind Arbeitnehmerinteressen in Polen. Dem ersten Büroleiter in Warschau, Holger Politt, gelang es sehr schnell, Kontakte zu wichtigen GewerkschafterInnen zu knüpfen. Durch die langjährige Zusammenarbeit mit der Bergarbeitergewerkschaft ZZGwP war es möglich, gemeinsame gewerkschaftsübergreifende Standpunkte zur Energiepolitik zu formulieren. Ein anderer Partner ist die Kampagne gegen die Homophobie (KPH). Gemeinsam mit Robert Biedron, dem Direktor der KPH und Sejm-Abgeordneten, luden wir diesen Sommer zu einer internationalen Konferenz in Warschau ein, bei der VertreterInnen

der LGBT-Bewegung aus der Region Osteuropa ihre Erfahrungen und Strategien diskutierten. Die Arbeit bringt aber auch persönliche Erfahrungen mit sich, die sehr schmerzhaft sein können. Die ersten Bildungsprojekte zum Themenkreis «Frauen in der Politik» in Polen wurden von der damaligen Ministerin Izabela Jaruga-Nowacka unterstützt. Sie kam im Jahr 2010 in der Unglücksmaschine von Smolensk ums Leben. Die Nachricht von ihrem Tod hat uns schwer erschüttert. Seit drei Jahren leitet Joanna Gwiazdecka das Büro. Sie setzte neue Akzente und intensivierte die Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen in Polen. Für ihr Engagement wurde Joanna jüngst mit der Medaille «Aufstand im Warschauer Ghetto» des Verbands Dzieci Holocaustu («Kinder des Holocaust») ausgezeichnet.

IVO GEORGIEV IST REFERATSLEITER OSTEUROPA
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

ARNDT HOPFMANN

BÜRO MIT PERSPEKTIVE

JOHANNESBURG IST EIN ORT DER DEBATTE GEWORDEN

Räume anmieten, Telefonleitungen bestellen, täglich mit der Bürokratie ringen – eine Bürogründung kann schnell im Chaos enden. Nicht so 2003 in Johannesburg.

Nach der Eröffnung beginnt dennoch zunächst eine etwas beschaulichere Zeit. Die ersten Gäste kommen und werden mit großer Aufmerksamkeit empfangen. Manche kommen öfter, andere bleiben länger und wieder andere kommen gern zu einer ganz bestimmten Stunde. Dass es dafür nicht nur «projekt-politische» Gründe gibt, wird oft erst Jahre später offenbar. Dem einen hat es der Filterkaffee angetan, die andere liebt die Schokoladenkekse und ein, zwei BesucherInnen kommen wegen eines faszinierenden Ausblicks. Er bietet sich an klaren Wintertagen gegen fünf Uhr nachmittags, kurz bevor das Büro schließt. Dann breitet sich vor dem Fenster in der neunten Etage des Sable Centers eine einmalige Szenerie aus. Die fast waagrecht einfallenden Strahlen der sinkenden Sonne tauchen das Zentrum von Johannesburg in unwiderstehlichen Glanz; Straßen und Plätze schimmern, als wären sie aus purem Gold – Egoli, die «Stadt des Goldes», macht ihrem Namen alle Ehre. Wie in kaum an einem anderen Ort der Welt trägt jedoch der goldene Schein. Gerade im alten Stadtzentrum prallen Armut und der in Stein gesetzte Prunk der einstigen weißen Elite heftig aufeinander. Buden von StraßenhändlerInnen, Plastikmüll und Kriminalität sind allgegenwärtig vor der glänzenden Fassade der endlich überwundenen Apartheidvergangenheit. Die Gäste werden zahlreicher, die Zahl der Veranstaltungen wächst – und auch die Bürokosten wachsen, nicht zuletzt weil die Miete unerbittlich um zehn Prozent pro Jahr steigt. Bald erweist sich: die Kosten in einem eigenen Haus in einem wohlhabenderen Stadtteil, werden niedriger sein als die Miete in einem verfallenden Gebäude im Zentrum. Im Jahr 2007 zieht das Büro von Braamfontein mit seinem morbiden Charme in das eher gediegene Parktown North um. Das eigene Haus mit seinen neuen Möglichkeiten beflügelt die Arbeit. Das Büro gewinnt nun eine vielversprechende Perspektive als eine immer bekanntere Institution für linken politischen Meinungsaustausch.

ARNDT HOPFMANN IST REGIONALREFERENT AFRIKA
IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

NINA BORST

ILLUSTRIERTE UNGLEICHHEIT

BUCH VEREINT COMICS UND TEXTE ZUM BILDUNGSSYSTEM

Die Stiftung fördert Menschen ohne akademischen Bildungshintergrund und diskutiert deren Perspektiven auf Ungleichheit und Bildung. Nun ist im Unrast-Verlag ein Sammelband mit Beiträgen aus diesem Projekt erschienen.

Seit knapp drei Jahren beschäftigt sich das Projekt «Lux like Studium» mit der Förderung von Menschen «ohne akademischen Bildungshintergrund». Im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs gibt es eine breite und diffuse Palette von Bezeichnungen für diese Gruppe:

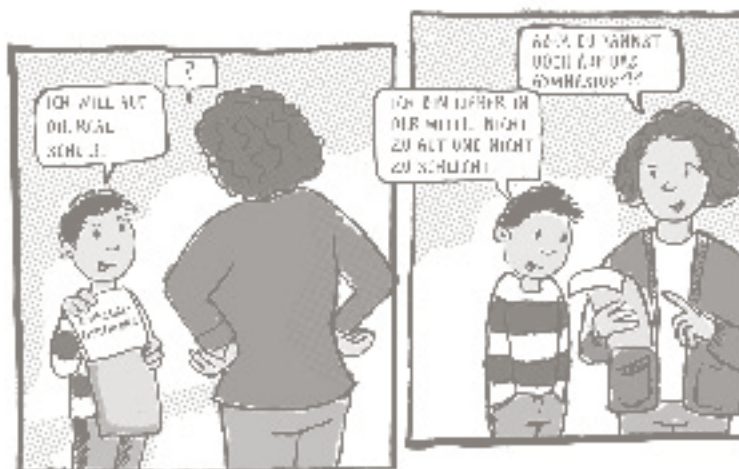
dass wir uns die Auswirkungen von Bildungszertifikaten auf Arbeits- und Lebenswelten bewusst machen und ihre strukturellen Funktionen kritisieren – jedoch ohne ihre reale Wirkmächtigkeit und Bedeutung für Individuen zu verkennen.

Darüber hinaus bedeutet es auch, das eigene Verständnis von Bildung kritisch zu überprüfen, wenn pauschal über die eine oder andere als benachteiligt ausgemachte Gruppe und deren spezielle Bedarfe diskutiert wird – meistens ohne einen gemeinsamen Austausch mit denjenigen, um deren Partizipation es in den Überlegungen meistens gehen soll. Gerade diese Stimmen zu Wort kommen zu lassen, war das Anliegen bei der Ausstellung «Lux like Comic». Sie sollte Anstöße bieten, über Machtverhältnisse nachzudenken, ohne dabei die Menschen aus dem Blick zu verlieren. Wir wollten einen Zugang finden, der das Verhältnis von Individuum und Struktur



Sie reicht von «bildungsfern» über «Arbeiterkinder» bis zu «first generation Studierende» – und selbst mit dem Vorschalten eines «sogenannt» lässt sich bei all diesen Begriffen ein defizitärer Beiklang nicht vermeiden. Stets scheinen diese Worte zu suggerieren, dass es diesen Menschen an etwas fehlt. Woran es in der Tat fehlt, ist die Reflexion des normativen Bildungsverständnisses und der gesellschaftlichen Machtverhältnisse dahinter. Nötig wäre eine kritische Auseinandersetzung damit, was als Kompetenz oder Qualifikation angesehen und anerkannt wird, wer und was als «gebildet» gilt, wie Schulnoten diese Normen in scheinbar objektive Leistungsbeurteilungen übersetzen und wie Bildungsabschlüsse sie honorieren.

Allzu schnell gerät aus dem Blick, welche tragende Rolle Bildung und Bildungsinstitutionen bei der Stabilisierung der Verhältnisse spielen, in denen wir leben. Für die Stiftungsarbeit bedeutet dies,



Abbildungen aus dem Buch
«Un_mögliche Bildung», das im Unrast-Verlag erschienen ist.

thematisiert und die Vielschichtigkeit von Ungleichheiten aufzeigt. Unsere Reflexionsprozesse im Anschluss an die Ausstellung und der Wunsch, einen Ort zu schaffen, an dem viele Stimmen zu Wort kommen, alle TeilnehmerInnen ihre persönlichen Geschichten und ihre Kritik formulieren konnten, führte uns an den Punkt, an dem wir jetzt stehen: «Un_mögliche Bildung» schreibt und publiziert. Dank des Engagements von mehr als 20 Personen, mit denen wir im Laufe der letzten drei Jahre zusammengearbeitet

haben, ist nun ein Buch entstanden. Es versammelt die Comics, aber auch zahlreiche Textbeiträge, in denen die AutorInnen ihre Perspektiven auf Bildung und ihre Erfahrungen im Bildungssystem mitteilen – auf eine sehr persönliche, unkonventionelle und emanzipatorische Art und Weise.

**NINA BORST IST PROJEKTMITARBEITERIN IM STUDIENWERK
DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**

MARCUS HAWEL

ENDE DER RUMWUSELEI

STIFTUNG UNTERSTÜTZT PROMOVIERENDE MIT «DOKTORANDINNENSEMINAREN»

Die Wissenschaftslandschaft hat sich seit Anfang der 1990er Jahre grundlegend gewandelt. Das Studienwerk der Stiftung versucht, den Verlust linker Strukturen an den Universitäten im Rahmen der Promotionsförderung aufzufangen.

Jedes Förderwerk weiß von denselben Schwierigkeiten zu erzählen, die StipendiatInnen haben, in den vorgesehenen drei Jahren Regelförderung erfolgreich eine Promotion abzuschließen. Das gelingt den wenigsten – aus ganz unterschiedlichen Gründen. Eine Promotion wird im universitären Massenbetrieb oftmals nicht gerade optimal betreut. Viele Promovierende haben in ihrem Studium die Methodenkompetenz nicht ausreichend erlernt und verzetteln sich. Es fehlen Arbeitszusammenhänge und Netzwerke, in denen man einander solidarisch, angstfrei und kompetent hilft, kritisiert und aus geistigen oder sozialen Notlagen bringt. Viele fangen mit dem Schreiben zu spät an, sammeln Daten, lesen, exzerpieren, transkribieren: wuseln vor sich hin, als ginge es darum, ein Jahrhundertwerk zu schaffen. Dabei geht es doch nur um die Eintrittskarte in die Wissenschaft. Für linke NachwuchswissenschaftlerInnen kommt hinzu, dass ihren Forschungsfragen im Zuge neoliberalisierter Wissensproduktion immer weniger Raum geboten wird. Mit der Emeritierung der 68er-Generation und dem Bologna-Prozess sind linke Zusammenhänge an den Universitäten weggebrochen. Eine linke Stiftung muss sich also der Aufgabe stellen, Funktionen der Universitäten als Orte kritischer Wissenschaft zu kompensieren. Deshalb führt die Stiftung regelmäßig DoktorandInnenseminare durch, die inzwischen zu einem wesentlichen Baustein des ideellen Förderprogramms des Studienwerks geworden sind. An den Seminaren können auch StipendiatInnen teilnehmen, die vor dem Abschluss ihrer Masterarbeit stehen und eine Promotion ins Auge fassen.

Die PromotionsstipendiatInnen verpflichten sich, einmal während der Förderung ihr Thema in einem zweitägigen Seminar vorzustellen. Sie können ihr Thema, die gesellschaftspolitische Relevanz und den Stand ihrer Forschungsarbeit diskutieren, methodische Schwierigkeiten erörtern und inhaltliche Probleme reflektieren. Solche Hilfestellungen erweisen sich gerade am Anfang einer Promotion als hilfreich. Genauso nützlich kann es sein, zu einem späteren Zeitpunkt der Förderung im Seminar vorzutragen, etwa wenn bereits größere Kapitel fertiggestellt sind oder eine empirische Erhebung abgeschlossen wurde, deren Ergebnisse nun gedeutet werden müssen. Die Themenpalette reichte jüngst von «Marxsche und Kritische Theorien der Krise» über «Osteuropa, Türkei und Naher Osten» bis zu «Gewerkschaften und Kapitalismuskritik», «Postcolonial Studies» und «Feminismus, Gender und Identität». Die meisten Themen sind an die Arbeitsfelder der Stiftung anschlussfähig. Immer mehr FachreferentInnen sind Gäste in den Seminaren und können die Vortragenden für künftige gemeinsame Projekte kennenlernen.

MARCUS HAWEL IST REFERENT FÜR BILDUNGSPOLITIK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«WEG MIT DEM GEWOHNTEN»

REGISSEURIN LAABS ÜBER POLITISCHE FILME UND IHRE UTOPIE-SEHNSUCHT

Laura Laabs studiert Regie an der Hochschule für Film und Fernsehen (HFF) in Potsdam. Sie ist Stipendiatin der Stiftung und stellte jüngst ihren Film «Volksbühne» beim Stipendiatischen Jour Fixe vor.

Warum hast du dich für das Fach Regie entschieden?

Laabs: Filme haben mich immer schon interessiert. Sie arbeiten mit einer konkreten Sinnlichkeit, aber das ist nicht einfach «Realismus». Ein Film schafft neue Räume, um etwas zu sagen, zu formulieren, zusammenzubringen, was bisher nicht gesagt, formuliert und zusammengebracht wurde. Ein Film beinhaltet verschiedene Ausdrucksformen, und ich verspüre eine innere Dringlichkeit, bestimmte Dinge zum Ausdruck zu bringen.

Was ist das Besondere am Film?

Laabs: Es gibt verschiedene Herangehensweisen. Die eine ist die des Massenmediums. Es dient dazu zu manipulieren. Das passiert im TV-Drama genauso wie im Propagandafilm. Dann gibt es Filme, die leere Versprechungen machen. Sie geben vor, auf Veränderung zu zielen, bedienen aber doch nur klassische Narrationen und altbekannte Muster. Es gibt jedoch auch einen anderen Blickwinkel, der die Chance bietet, politisch zu sein. Indem ich versuche, nicht die klassischen Gewohnheiten des Zuschauers zu bedienen, wage ich einen Perspektivwechsel.

Wieso das Thema Utopie?

Laabs: Weil es sie für uns – und damit meine ich Leute meines Alters – nicht gibt. Und das hinterlässt eine Leerstelle, eine Sehnsucht, die unerfüllt bleibt. Ich wurde in einem Land geboren, das es nicht mehr gibt. Ich habe gewissermaßen als Initialzündung meines Aufwachsens das Scheitern einer Utopie erlebt. Das hat Fragen hinterlassen: Wie kann man heute noch von einer idealen Gesellschaft träumen? Eigentlich gar nicht, scheinbar bleibt nur das Individuum. Aber sich darüber hinaus an nichts halten zu können, nichts zu glauben, ist auch schmerzlich, da entsteht eine Leerstelle. Ich denke, es wird die Aufgabe meiner Generation sein, mit dieser Leere umzugehen, sie vielleicht sogar zu füllen.

Was sind deine Pläne für die Zukunft?

Laabs: Es soll einen neuen Film in Kooperation mit dem RBB geben, der indirekt an das Thema Utopie anknüpft. Der Fokus ist auf die 1990er Jahre gerichtet, das vermeintliche Ende der Geschichte. Ich glaube tatsächlich an die Kraft bewegter Bilder, sogar solcher aus dem 1990er-Jahre-Werbefernsehen! Deswegen liebe ich den Film und bin gleichzeitig ihm gegenüber immer skeptisch. Nach meinem Diplom würde ich das Studium sehr gern als «Meisterschüler» fortsetzen.

FRAGEN: CHRISTOPH LAMMERS



Laura Laabs

HARALD PÄTZOLT

NICHTWÄHLER IM BLICK

DIE GESPRÄCHSKREISE – FOLGE 2: «PARTEIEN UND SOZIALE BEWEGUNGEN»

In dem Gesprächskreis können Menschen aus der LINKEN, aus Stiftung sowie WissenschaftlerInnen über neuere Entwicklungen der Parteien und soziale Bewegungen diskutieren.

Es geht um das deutsche Parteiensystem und oft auch um Entwicklungen in Europa und darüber hinaus. Und wenn soziale Bewegungen sich formieren, ist das ebenfalls ein Thema. Der Gesprächskreis hat mal ein, mal zwei Dutzend TeilnehmerInnen. Wir treffen uns mit externen ReferentInnen und nehmen uns jeweils sechs Stunden Zeit, um Papiere, Studien oder Vorträge zu diskutieren. Natürlich konzentrieren wir uns auf die Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland. Wahlen geben immer Anlässe, Konstellationen und Chancen, Strategien und Kampagnen sowie Ergebnisse zu besprechen. Im aktuellen Wahlzyklus war es uns wichtig, uns mit den Ergebnissen der akademischen Forschung und Debatte über Wählerverhalten und Nichtwählerschaft vertraut zu machen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Analyse der Veränderungen des Parteiensystems und innerhalb einzelner Parteien. Analysen zur LINKEN und ihrem Umfeld spielen dabei eine wichtige Rolle. Dafür zogen wir die von der Stiftung in Auftrag gegebenen Studien zu linksaffinen Milieus und zu gelebter Parteimitgliedschaft heran, diskutierten das Organisationskonzept LINKE 2020 und Länder-

berichte. Aufmerksamkeit schenkte der Gesprächskreis auch den Eintritten der Piraten und der Alternative für Deutschland (AfD) ins Parteiensystem und in die parlamentarische Arena. Außerdem wird immer wieder über programmatische und strategische Positionierungen der Grünen, der SPD oder der Union referiert.

Die Krise verwies früh auf Entwicklungen in Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien. Die Reaktionen der Linken sowie das Aufkommen faschistischer Parteien sind Themen. Wissenschaftliche Debatten, theoretische und empirische Arbeiten zu europäischen Parteienfamilien spielen dabei eine Rolle, auch befasst sich der Kreis regelmäßig mit unserer Europäischen Linkspartei. Der Name des Gesprächskreises ist insofern Programm, als es immer um die Analyse politischer Kräfteverhältnisse und politischer Akteure geht. Die weltweiten Proteste der letzten Jahre – und eben auch die in Deutschland –, die Sozialforen, neue Allianzen und Kampfformen, über all das wird aus Forschung und aktiver Teilhabe heraus berichtet und diskutiert. Soziale Bewegungen sind sicher nicht so häufig Gegenstand des Gesprächskreises, wie es Parteien und Wahlen sind. Doch die Aufmerksamkeit für neue Entwicklungen in diesem Bereich ist hoch.

HARALD PÄTZOLT ARBEITET BEIM PARTEIVORSTAND DER LINKEN. ER IST CO-KOORDINATOR DES GESPRÄCHSKREISES

«SOLIDARITÄT ERFAHREN»

STIFTUNGSBÜROS IN MÜNCHEN WURDEN ZIEL EINES RECHTEN ANSCHLAGS

Vier Fensterscheiben wurden Ende Mai beim Kurt-Eisner-Verein in München eingeschlagen. Die Landesstiftung teilt sich die Adresse mit dem Regionalbüro Bayern. Dessen Leiterin Julia Killet berichtet.

Wer steckt hinter dem Angriff?

Killet: Das war eine Nazi-Aktion. Einige Wochen zuvor wurden mehrere linke Einrichtungen in München attackiert: der Bayerische Flüchtlingsrat, das Wohnsyndikat Ligsalz 8 und das Büro der Anwältin Angelika Lex, die im NSU-Prozess die Ehefrau des ermordeten Theodor Boulgarides vertritt. Die Polizei ging die ganze Zeit von Einzelaten aus, obwohl beim Flüchtlingsrat «Anti-Antifa» in die Scheibe geritzt wurde. Erst nach dem Anschlag bei uns war von einem rechtsextremistischen Hintergrund die Rede.

Gibt es einen Zusammenhang zum NSU-Prozess in München?

Killet: Die Nazis wollen ihren Freunden, die den Prozess besuchen, zeigen, was sie drauf haben. In den Anschlägen sehen wir den Beweis dafür,



Julia Killet

dass die Angeklagten in Bayern Unterstützer haben. Von den zehn NSU-Morden wurden fünf in Bayern verübt. Ein Opfer wurde bei uns im Viertel auf offener Straße erschossen. Uns haben die Nazis wahrscheinlich aufgesucht, weil wir in Veranstaltungen über den Prozess aufgeklärt haben und für unsere antifaschistische Bildungsarbeit bekannt sind.

Wie hat die linke Szene in München reagiert?

Killet: Es gab wahnsinnig viel Solidarität, Nachtwachen und Hilfsangebote. Gemeinsam mit anderen Initiativen haben wir ein Statement mit dem Titel «Gemeint sind wir alle!» veröffentlicht. Der Erklärung haben sich mehr als 250 Gruppen und über 400 Einzelpersonen angeschlossen, um sich gegen Naziterror und Rassismus zu positionieren. Außerdem riefen antifaschistische Gruppen zu einer Demo durch unser Viertel auf.

Wie stark sind die Nazis in Bayern?

Killet: Rechter Terror und rechte Gewalt haben in Bayern eine lange Geschichte, man denke an das Oktoberfestattentat von 1980 und die Planung zu einem Sprengstoffattentat auf das Jüdische Zentrum in München. Aber auch rechte Stadträte werden toleriert, Freie Kameradschaften machen, was sie wollen. Die Behörden stecken ihre Kräfte in die permanente Repression gegen linke Gruppen. So wurde das Antifaschistische Informations- und Dokumentationsarchiv Aida jahrelang im Verfassungsschutzbericht aufgeführt. Es folgte eine endlose Prozessschlacht, die Aida schließlich für sich entschied.

FRAGEN: HENNING HEINE

Unterschriften-
sammlung gegen
Naziterror im Netz unter
<http://nsuprozess.info/>
gemeint-sind-
wir-alle



«WALL ON WALL» Seit dem Jahr 2006 dokumentiert der Berliner Fotograf Kai Wiedenhöfer weltweit Grenz- und Separationsmauern, wie etwa zwischen den USA und Mexiko, Israel und Palästina oder auf Zypern. Noch bis zum 10. November sind 36 seiner großformatigen Panoramen auf einem Abschnitt der ehemaligen Berliner Mauer an der Rückseite der East Side Gallery in Berlin-Friedrichshain zu sehen. Die Stiftung hat diese Ausstellung beim Berliner Fotofestival 2013 finanziell gefördert. Einige Motive finden sich auch unter www.wallonwall.org.

ANDREA PLÖGER

PRODUKTIVER PROTEST

TAGUNG DISKUTIERT ROLLE FREIER MEDIEN IN SOZIALEN BEWEGUNGEN

Wie prägen Medien die Kommunikation sozialer Bewegungen? Welche Rolle können freie Medien spielen? In Berlin diskutierten MedienaktivistInnen ihre Arbeit und Strategien.

Ausgehend von der Frage, welche Bedeutung Medien in aktuellen politischen Auseinandersetzungen haben, fand diesen Sommer in Berlin eine Debatte unter MedienaktivistInnen aus mehreren Kontinenten statt, viele von ihnen assoziiert mit dem Netzwerk freier Medien, das im Weltsozialforumsprozess entstanden ist. Eine der zentralen Fragen dabei war die der Kommunikation für die Formierung sozialer Bewegungen. Viele AnalystInnen sehen – vor allem in Bezug auf ihre Kommunikationspraxis – eine Linie zwischen den Protesten im Arabischen Frühling, Occupy, den Indignados und zuletzt den Protesten am Taksim Platz in Istanbul und in brasilianischen Großstädten. Zu dieser Kommunikation gehören der Gebrauch des Social Web für die Mobilisierung und die Verbreitung von Information und Bildern wie Filmen und auch der Livestream. Mit staatlicher Zensur ist diesen horizontal organisierten AkteurlInnen kaum beizukommen, vielmehr generieren die Bilder von Militär- und Polizeirepression bisher weitere Unterstützung. Eine andere Frage war die nach der Kommunikation verschiedener Bewegungen untereinander in postindustriellen Gesellschaften. Ein Beispiel hierfür bietet das Media Mobilizing Projekt (MMP) in Philadelphia (USA), das sich den Kämpfen gegen die Armut und der Vernetzung ihrer Akteure

verschrieben hat. In einer deindustrialisierten Stadt wie Philadelphia, in der auch die Reste sozialstaatlicher Institutionen zunehmend verschwinden, ist es mit etwa 500 TeilnehmerInnen pro Jahr eine Instanz, um die Klasseninteressen isolierter, prekärer DienstleistungsarbeiterInnen miteinander zu vermitteln. Auch in Europa stellt sich diese Frage mit Nachdruck, insbesondere angesichts der sogenannten Finanzkrise. Wo sind die Akteure, die sich gemeinsam der Austeritätspolitik entgegenstellen und einer Umverteilung von unten nach oben Einhalt gebieten?

Südamerikanische und nordafrikanische Mitglieder des Netzwerks freier Medien sind da schon weiter. In mehreren südamerikanischen Ländern waren Versuche, die Kommerzialisierung des Mediensektors zurückzunehmen und nichtkommerziellen Medien Zugang zu verschaffen, erfolgreich. In Argentinien etwa stehen den alternativen Medien und Community Radios nach einer Gesetzesnovelle nun ein Drittel der Sendeplätze und staatliche Unterstützung zu. Auch in Tunesien ist nun die langfristige Umgestaltung des Mediensektors und eine Sicherung von Sendelizenzen für alternative Medien das Ziel des in der Revolution gegründeten freien Radio Regueb. Freie Medien werden hier zu den öffentlichen Gütern gezählt, auf die die Bevölkerung ein Recht hat. In Deutschland hat es in letzter Zeit vor allem der Refugee Asylstrike geschafft, als soziale Bewegung öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen. Dies

gelang den protestierenden Flüchtlingen und MigrantInnen vor allem, indem sie die staatlich verordnete Isolation in Heimen fernab der Bevölkerung durch die so genannte Residenzpflicht durchbrachen, Bustouren zu anderen Lagern organisierten und nach einem Fußmarsch durch die Republik in mehreren Städten ihre Zelte auf zentralen öffentlichen Plätzen aufschlugen. Bei dieser Art der Kommunikation steht das Social Web nicht an erster Stelle, trotzdem haben die Protestierenden es geschafft, Informations- und Kommunikationssperren zu durchbrechen. Das zeigt, dass auch in einem Land wie Deutschland das «plötzliche» Auftauchen von bis dahin isolierten Akteuren eine Kommunikation in Gang setzen kann, die das verordnete Schweigen durchbricht.

Andere freie Medien wie das Radio Dreyeckland aus Freiburg sind aus sozialen Bewegungen, in diesem Fall der Anti-Atomkraftbewegung, entstanden, aber fungieren inzwischen als regionale Alternative zum Mainstream. Kontext TV Berlin dagegen, ein vor

wenigen Jahren gegründeter Online-TV-Sender mit regelmäßigen Nachrichtenbeiträgen und Interviews aus globalisierungskritischer Perspektive, befindet sich noch im Aufbau. Er könnte irgendwann mal eine Alternative zum Mainstream-TV werden. Am Ende steht die Frage der Konvergenz und Wirksamkeit alternativer Medien. Während viele im globalen Netzwerk freier Medien vertretene Projekte Sprachrohre großer Proteste sind, verliert sich das Programm vieler alternativer Medien im globalen Norden nicht selten in den Weiten des digitalen Netzes, «weil die Bewegung dahinter fehlt» (so ein Teilnehmer des Seminars). In Europa liegt eine aktuelle Herausforderung für alternative Medien sicher darin, die mannigfaltigen Proteste in verschiedenen Ländern miteinander zu vermitteln. Eine Langfassung dieses Textes mit Links zu den Initiativen und eine Videodokumentation finden sich unter <http://rosalux.de/news/39783>.

ANDREA PLÖGER IST MEDIENAKTIVISTIN UND ENGAGIERT SICH BEIM WORLD SOCIAL FORUM TV

JULIA KILLET

VERLORENE FREIHEIT

LANDESSTIFTUNG TRÄGT BILDUNGSKRITIK AN BAYERISCHE UNIVERSITÄTEN

Die Studiengebühren in Bayern sind abgeschafft. Trotzdem gibt es viel zu tun. Eine Veranstaltungsreihe zur Hochschulpolitik an sechs bayerischen Universitäten bot Raum, aktuelle Probleme zu diskutieren.

Die Freiheit an den Universitäten ist längst verloren gegangen: Die Hochschule ist zum Unternehmen, die ProfessorInnen sind zu BittstellerInnen in der freien Wirtschaft und die Studierenden zu KundInnen geworden. Diese Situation nahm der Kurt-Eisner-Verein (KEV) zum Anlass, eine hochschulpolitische Veranstaltungsreihe anzubieten. In Kooperation mit Nicole Gohlke, hochschulpolitische Sprecherin der LINKEN, und Studierenden und StipendiatInnen aus sechs bayerischen Universitätsstädten lud der KEV zur Diskussion über Problemlagen und Alternativen ein.

In Erlangen untersagte die Universität zwar die Nutzung des ursprünglich vorgesehenen Raumes, trotzdem fand der Vortrag von Andreas Seifert von der Informationsstelle Militarisierung im Gewerkschaftshaus großen Anklang. Zum Schluss fand sich sogar eine Gruppe zusammen, die sich für die Zivilklausel, also die Selbstverpflichtung, ausschließlich für zivile Zwecke zu forschen, einsetzen will. Bei einer Podiumsdiskussion zu «Einfluss und Zielen der Bertelsmann-Stiftung auf die «Unternehmerische Hochschule» in München stellte zunächst der Fachbuchautor Thomas Barth den Bertelsmann-Konzern vor. Dabei ging er auf die Frage der «Gemeinnützigkeit» der Stiftung und ihre ideologische Einflussnahme auf die Gesellschaft ein. Warum Bertelsmann überhaupt Bildungspolitik macht, erläuterte Steffen Roski vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Laura Schimmel vom linken Studierendenverband SDS ergänzte die Perspektive der Studierenden. In Würzburg wurde im Vorfeld ein Aufruf von Burschenschaften unter dem Motto «Würzburg ist bunt nicht rot» bekannt, der im Netz kursierte und dazu aufrief, die «linksextremistische» Veranstaltung zu stören. Taten folgten keine. Der Referent Alexander Hummel zum Thema «Die Verfasste Studierendenschaft: Hort linksradikaler Verfassungsfeinde oder Instrument zur Re-Demokra-

tisierung der Hochschulen?» war maßgeblich an der Gestaltung einer Verfassten Studierendenschaft an der Uni Heidelberg beteiligt. Für die bayerischen Studierenden war der Vortrag auch deshalb spannend, weil die Forderung nach der Wiedereinführung einer Verfassten Studierendenschaft bisher an der Politik der CSU scheitert. Partizipation von Studierenden passt nicht ins Bild eines neoliberalen Uni-Umbaus.

In Eichstätt veranlasste das Thema «Anspruch und Wirklichkeit der Bologna-Reform – Systemfehler oder Fehler im System?» auch alle anderen Hochschulgruppen dazu, ihre ParteivertreterInnen einzuladen. Neben Nicole Gohlke, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, referierten auch VertreterInnen der Liberalen, Grünen, CSU und SPD. Gohlkes Position, dass die Logik der Zweistufigkeit im Bachelor-Master-System ein Selektionsmechanismus und die Reform Teil einer großen Bildungskürzung sei, fand großen Anklang. Gohlke rief zu einer Studienreform von unten auf. Mit der Frage «Braucht es noch Kritische Wissenschaften an den Hochschulen?» beschäftigte sich der Wirtschaftswissenschaftler Günter Krause an der Uni Augsburg. Eine kritische Wirtschaftswissenschaft erfordere Pluralität, unterschiedliche, miteinander konkurrierende Theorieansätze. Doch davon sei an den Universitäten kaum noch etwas übrig. WissenschaftlerInnen, die eine andere Meinung als den volks- oder betriebswirtschaftlichen Mainstream verfolgten, hätten keine Chance, sich zu etablieren. Allerdings sei nicht alle Hoffnung verloren. «Grüß Gott Herr Professorin! Geschlechtergerechtigkeit in der/die Wissenschaft», war das Thema in Passau. Die Sprachreform an der Universität Leipzig, wo jetzt die weibliche Form als Standard verwendet wird, verkehre die Realität und ändere nichts. Die Studierenden stimmten der Politikwissenschaftlerin Lorena Jaume-Palasi zu dass die deutsche Hochschullandschaft eine Männerdomäne sei: Je höher man im wissenschaftlichen Betrieb kommt, desto geringer sei der Frauenanteil.

JULIA KILLET LEITET DAS REGIONALBÜRO BAYERN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MÜNCHEN



In den Kommunen knirscht und bröckelt es – auch dieses Haus in Dresden hat schon bessere Tage gesehen. Foto: *m22/Flickr, CC BY-NC-SA 2.

SALVADOR OBERHAUS

ROSALUX GOES BENELUX

SCHENGENER TAGUNG BEFASST SICH MIT LINKER KOMMUNALPOLITIK IN DER KRISE

Im November diskutiert die Stiftung in Luxemburg über die Auswirkungen der EU-Krisenpolitik auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Der neoliberale Umbau von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in den vergangenen 20 Jahren hat gravierende Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Deutschland. Die Spar- und Kürzungspolitik von Bundes- und Landesregierungen schlagen unmittelbar auf die Kommunen durch. Diese müssen immer höhere Kredite aufnehmen, um wenigstens ihre Pflichtaufgaben im Rahmen der Daseinsversorgung erfüllen zu können. Aus den freiwilligen Leistungen ziehen sich die Kommunen immer weiter zurück. Mit Beginn der Weltwirtschaftskrise im Jahr 2008 hat sich die Not der Kommunen verschärft, nicht nur hierzulande, sondern europaweit. Ihr Schuldenstand erreicht vielerorts Rekordniveau, die Folgen sind dramatisch: Die Lebensbedingungen besonders für die ohnehin schon marginalisierten und von Armut bedrohten Menschen verschlechtern sich zunehmend. Die Lebensqualität in den Kommunen leidet erheblich unter dem sozialen und kulturellen Kahlschlag. Verantwortlich hierfür ist in erster Linie die besonders von der Bundesregierung unter Angela Merkel konzipierte Krisenpolitik der Europäischen Union. Eine andere Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht in erster Linie an den Interessen der Wirtschaft, ist möglich und nötig. Gleichwohl

fällt es linke Stimmen oftmals schwer, realitätsnahe alternative Gegenstandspunkte zu formulieren und sich in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. «Linke Kommunalpolitik in der Krise» ist daher das Thema einer Tagung der Landesstiftungen Rheinland-Pfalz und Saarland, die am 16. November im luxemburgischen Remerschen, Schengen stattfinden wird. Der Tagungstitel ist durchaus doppeldeutig zu verstehen: Die VeranstalterInnen wollen einen Beitrag zur Analyse der Auswirkungen der Krisenpolitik der Europäischen Union auf die Handlungsfähigkeit der Kommunen in Deutschland, Luxemburg, Belgien, Frankreich und den Niederlanden leisten. Das Ziel ist es, einen grenzüberschreitenden Vergleich zu ermöglichen und alternative Politikansätze in den Kommunen zu beraten. Hieraus ergeben sich Fragen: Wie kann soziale Gerechtigkeit in den Kommunen dauerhaft garantiert werden? Sind Elemente partizipativer Demokratie angesichts leerer Kassen realisierbar? Auf der Tagung werden KommunalpolitikerInnen linker Parteien aus Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten berichten. Eingeladen sind KommunalpolitikerInnen und VertreterInnen aus Nichtregierungsorganisationen und sozialen Initiativen. Wir freuen uns auf kontroverse und anregende Diskussionen. Programm unter www.rlp.rosalux.de/nc/aktuell/event/48573.

SALVADOR OBERHAUS LEITET DAS REGIONALBÜRO RHEINLAND-PFALZ DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MAINZ

ANTONELLA MUZZUPAPPA

DURCH DEN STEINBRUCH

MARX-HERBSTSCHULE ZUM THEMA «DAS GELD» UND GRAMSCI-LESEKREIS IN BERLIN

Drei Veranstaltungen zur Marxschen Theorie und einen Lesekreis zu Gramsci bietet die Stiftung im Herbst in Berlin an.

«Geld regiert die Welt» und «Zeit ist Geld», weiß der Alltagsverstand. Aber was ist Geld? Während es für einige Ökonomen bis heute «das letzte Rätsel der Nationalökonomie» darstellt, behauptete Karl Marx, das Rätsel gelöst zu haben: Mit dem Geld, schrieb er, trägt man den sozialen Zusammenhang in der Hosentasche mit sich herum. Was das heißt, soll die 6. Marx-Herbstschule ergründen, die vom 25. bis 27. Oktober in Berlin stattfindet. Um der Funktion des Geldes in der kapitalistischen Gesellschaft auf die Spur zu kommen, werden Arbeitsgruppen Passagen aus allen drei Bänden des Kapital lesen. Das Wochenendseminar beginnt am Freitagabend mit einer Einführungsveranstaltung. Nach den Arbeitsgruppen folgt am Samstagabend eine Podiumsdiskussion zur strukturalen Marx-Lektüre von Louis Althusser. Die Abschlussveranstaltung am Sonntagmorgen widmet sich dem Vergleich der Marx'schen mit bürgerlichen Geldtheorien. Anmeldung unter topraxis@googlemail.com. Eine Einführung in Marx' Kritik der politischen Ökonomie ist immer schon eine Interpretation des Originals. Das Kapital wird also immer neu gelesen – und anders. Im Satellitenseminar «Wenn Klassiker old school werden» mit Fritz Fiehler wird am 15. Oktober die Geschichte der Einführungsliteratur in Marx nachgezeichnet. Welche Debatten,

Auseinandersetzungen und Fragen steckten jeweils dahinter? Und wie können wir Marx in Zeiten des Finanzmarktkapitalismus, des iPhones und der Generation Praktikum lesen? Um die Frage, was die marxische Kritik zur Analyse der Geschlechterverhältnisse beitragen kann, geht es im Satellitenseminar «Kritik der politischen Ökonomie – feministisch gelesen» mit Hanna Meißner am 12. November. Interessant ist dabei nicht so sehr, was Marx selbst dazu geschrieben hat. Denn Marx analysiert die Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise auf einer Abstraktionsebene, die Aussagen über Geschlechterverhältnisse nicht möglich macht. Sieht man diese Grenze der marxischen Analyse, lassen sich Anschlüsse zu einer queer/feministischen Perspektive eröffnen. Schon am 16. Oktober startet der wöchentliche Lesekreis zu Antonio Gramsci mit Flo Becker, Julia Dück und Janek Niggemann. Er soll Wege durch den Steinbruch der Gefängnishefte und das Denken Gramscis eröffnen. Ausgewählte Passagen werden diskutiert, die TeilnehmerInnen werden sich zentrale Begriffe wie «Hegemonie», «integraler Staat», «passive Revolution» und «Krise» gemeinsam erarbeiten. Anmeldung unter gramsci@rosalux.de. Alle Veranstaltungen finden am Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude) statt.

ANTONELLA MUZZUPAPPA IST REFERENTIN FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

SARA POMA POMA / KATHARINA PÜHL

GENDER UND MIGRATION

ZWEITÄGIGER WORKSHOP ZU LEBENSWEISEN IN DEUTSCHLAND UND ASIEN

Ein Workshop zu Gender und Migration am 12. und 13. Oktober in Berlin fragt nach Lebensweisen und Perspektiven im deutsch-asiatischen Kontext.

Die Verbindung von Perspektiven auf Gender und Migration in unterschiedlichen geografischen und gesellschaftlichen Räumen ist bedingt durch jeweils unterschiedliche Strukturen, Voraussetzungen und die Gestaltung von Lebensweisen in und durch Migration. Der Workshop «Gender & Migration» stellt einen inhaltlichen Auftakt für eine bereichsübergreifende Themenlinie in der Stiftung dar. Fokus der zu entwickelnden und zu untersuchenden Fragen ist einerseits die spezifische Situation von Frauen in der Migration, ihre Motive und Möglichkeiten, Ressourcen und sozialen Bezüge, insbesondere in der Arbeitsmigration. Gleichzeitig geht es um einen breiteren Blick, der die Geschlechterverhältnisse und deren Einbettung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie kulturelle Ordnungen einbezieht. Dabei sollen die migrationsbezogenen Prozesse innerhalb der Herkunftsländer mit denen in Deutschland und Europa zusammengedacht werden. Ein Ziel der Veranstaltung besteht darin, aktivistische und akademische AkteurInnen aus und in Deutschland sowie Asien zu vernetzen und Interventionsmöglichkeiten in Politik, Gesellschaft und Kultur zu identifizieren. Der Workshop soll auch die europäischen Regulierungen von Migra-

tionsprozessen etwa durch arbeitsmarktpolitische Anreize in den Blick nehmen, aktuell etwa durch bilaterale Abkommen, die vor allem Pflegekräfte und Krankenschwestern nach Deutschland holen. Diese Aktivitäten wirken sich auf Familienstrukturen und soziale Netzwerke der Migrierenden aus; sie verlagern etwa die Familienarbeit migrierender Frauen auf Verwandte und Netzwerke des sozialen Kontextes, den sie verlassen. Neue Spaltungslinien zwischen Frauen, aber auch zwischen den Geschlechtern und kulturellen Zugehörigkeiten werden organisiert. Neue Ausbeutungsformen entstehen. Aber die Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten der Reproduktion von angemessenen Lebensbedingungen stellt sich beispielsweise auch bei den Wanderarbeitenden, die in der Textilindustrie in China, Indien oder Vietnam unter ausbeuterischen Bedingungen tätig sind. Zu diesem Komplex referieren Jule Karakayali, Helen Schwenken und Samia Dinkelaker, Urmila Goel, Carsten Krinn, Nadja Charaby, Lutz Pohle, Anannya Bhattacharjee, Kien Nghi Ha, Noa Ha und Koray Yilmaz-Günay. Das Programm und aktuelle Informationen unter <http://rosalux.de/event/49007>. Aus Platzgründen ist eine Anmeldung unter puehl@rosalux.de erforderlich.

SARA POMA POMA IST PROJEKTMANAGERIN FÜR OST- UND SÜDOSTASIEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. KATHARINA PÜHL IST REFERENTIN FÜR FEMINISTISCHE GESELLSCHAFTSKRITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HOLGER POLITT

«EINE FREUNDIN LENINS»

FORSCHUNGSHEFTE BEFASSEN SICH MIT LUXEMBURG/BAND 11 ERSCHIENEN

Seit dem Jahr 2001 gibt die Landesstiftung Sachsen eine Publikationsreihe heraus, die sich auf besondere Weise dem Erbe Rosa Luxemburgs verpflichtet fühlt.

Die «Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte» haben sich unter ihrem Herausgeber Klaus Kinner zu einem wichtigen Arbeitsmaterial für die aktuelle Rosa-Luxemburg-Forschung entwickelt, bieten darüber hinaus der allgemein interessierten Leserschaft wichtige Fingerzeige, die sonst nur schwer zu finden wären. Im Frühjahr dieses Jahres ist mit Erhard Hexelschneiders Arbeit «Rosa Luxemburg und Maxim Gorki» bereits das elfte Heft der Reihe erschienen. Hervorzuheben an dieser Stelle wäre die textkritische Ausgabe der Breslauer Gefängnismanuskripte zur Russischen Revolution aus dem Jahr 2001, ein studentisches Projekt unter Leitung von Manfred Neuhaus. Annelies Laschitza kommentierte das vorgelegte Ergebnis trotz ihrer kritischen Einwände so: «Ich bin von dem vorliegenden Probestück für eine textkritische Ausgabe der Luxemburgschen Breslauer Gefängnismanuskripte sehr angetan.»

Größere Medienaufmerksamkeit bekam «Rosa Luxemburgs Tod. Dokumente und Kommentare» (2010), herausgegeben von Annelies Laschitza und Klaus Gittinger. Im Frühjahr 2009 ging die Nachricht um die Welt, in der Charité könnte die Wachsleiche von Rosa Luxemburg liegen. Insbesondere Annelies Laschitza fühlte sich herausgefordert. In ihrem Beitrag stellte sie unumwunden fest: «Für alle Rosa-Luxemburg-Biographen gab es bisher keinen Grund, an der Echtheit der Leiche Rosa Luxemburgs zu zweifeln, die am 31. Mai 1919 aus dem Landwehrkanal geborgen und am 13. Juni 1919 beerdigt worden ist.» Den Beiträgen einzelner Rosa-Luxemburg-Forscher wurden im zweiten Teil des Bandes 42 Dokumente angefügt. Auch interessante Konferenzmaterialien aus den Jahren 2007 und 2012 sowie neue Texte (2011) konnten bereits vorgestellt werden. An «Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept» versuchte sich 2008 der Berliner Pädagoge Ottokar Luban. In der Reihe konnten bisher drei neue Übersetzungen polnischer Arbeiten veröffentlicht werden, so 2011 die überhaupt erste theoretische Arbeit Rosa Luxemburgs: «Das unabhängige Polen und die Arbeitersache» aus dem Jahre 1895, sowie dieses Jahr ein wichtiges Dokument von 1903, in dem sich die Wege zwischen Lenin und Luxemburg zu trennen begannen. Hexelschneider, Literaturhistoriker aus Leipzig, trat in dieser Reihe bereits vor zehn Jahren mit einem umfangreichen Manuskript zu «Rosa Luxemburg und die Künste» hervor. Eine beeindruckende

Fleißarbeit. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die sechsbändige Ausgabe Gesammelter Briefe aus dem Dietz-Verlag: «Man kann als Leser beginnen, wo man will – man stößt immer sehr rasch auf direkte oder verdeckte Bezüge zu den Künsten im Allgemeinen und in der Literatur im Besonderen», lautete eine Einschätzung. Nun hat sich Hexelschneider des besonderen Verhältnisses zwischen Gorki und Luxemburg angenommen. Er ist insgesamt weniger vorsichtig als in dem Künste-Band, gibt gleich eingangs zu, sich nur unzureichend absichern zu können: «Gesonderte publizistische Arbeiten und Jubiläumsartikel zu Gorki

oder auch Besprechungen einzelner seiner Werke [...] hat sie nicht verfasst» (S. 7). Hexelschneider reizt vor allem beider Einstellungen zur Oktoberrevolution: «Auch wenn sich beide nie darüber ausgetauscht haben und das auch weder praktisch (zeitlich und räumlich) noch theoretisch tun konnten, ist ihr Verhältnis zur russischen Revolution und zur bolschewistischen Politik nach der Oktoberrevolution doch einen spezielleren Vergleich wert» (S. 8).

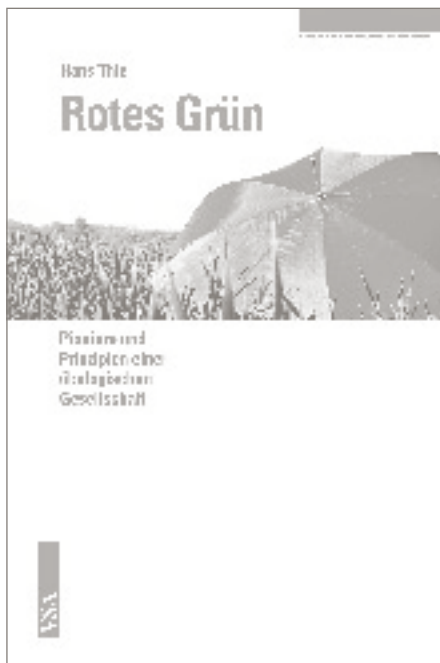
Im weiteren Verlauf wird klar, weshalb der Autor auf Gorki zurückgreift. Indem dieser zunächst als der sehr viel weitergehende Kritiker an den Positionen Lenins in der Oktoberrevolution dargestellt und gewürdigt wird, gewinnen nun die Positionen Gorkis im weiteren Verlauf der Entwicklung Bedeutung. Er schwenke ja auf Leninsche Positionen ein, trotz seiner ablehnenden Radikalität zuvor. Eine Konstruktion, die zum indirekten Beweis bei Rosa Luxemburg gebraucht wird. Denn im Vergleich zu Gorki sei ihre Lenin-Kritik 1918 noch moderat, sehr viel weniger weitgehend

gewesen. Hexelschneider bemüht zudem tatsächlich die dicken Gefängnismauern in Breslau, während Gorki ja im Epizentrum des Sturms selbst zugange gewesen sei. So als ob Rosa Luxemburg bis dahin ein solches Epizentrum der Revolution nicht kennen gelernt hatte. Der Schluss ist dann schnell gemacht: Zwischen Lenin und Luxemburg gebe es lediglich Meinungsunterschiede, in der Sache seien sie sich einig gewesen. Hexelschneider formuliert es so: «Sie verstand sich – so meine ich im Unterschied zu anderen heutigen Forschern – dabei nicht als Antipode von Lenin und seinen Parteigängern, sondern als Freundin und Kampfgefährtin, die deren Kampf um die Behauptung der Macht kritisch aus der Ferne begleite» (S. 94). Auf weitere Hefte der Publikationsreihe darf man gespannt sein, an streitbarem Stoff gibt es keinen Mangel.

HOLGER POLITT IST REFERENT FÜR EDITORISCHE UND HISTORISCHE ARBEIT ZU ROSA LUXEMBURG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Pioniere und Prinzipien einer
ökologischen Gesellschaft



Hans Thie

ROTES GRÜN

176 SEITEN, BROSchUR, JUNI 2013

16,80 EURO, ISBN 978-3-89965-552-0

EINE VERÖFFENTLICHUNG

DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Download
unter:
[www.rosalux.de/
publication/
39552](http://www.rosalux.de/publication/39552)

BERND BROUNS

SIGNALE DER HOFFNUNG

PFLICHTLEKTÜRE FÜR EINE MODERNE LINKE

Das Buch will Großes. Angesichts der ökologischen Herausforderungen bietet es Eckpunkte für eine neue Erzählung.

Als Destillat vieler Orts bereits existierender ökologischer und solidarischer Projekte möchte der Autor «eine Story bieten, die zum Handeln motiviert, indem sie die Signale der Hoffnung benennt und in einen Zusammenhang bringt». Vor der Hoffnung aber steht die Verzweiflung. «Rotes Grün» sei in erster Linie eine Verzweiflungstat, so jüngst der Autor Hans Thie bei der Vorstellung des Buches. Verzweiflung über den ökologischen Zustand der Welt, aber noch viel mehr über die bisherigen Vorschläge für den erforderlichen gesellschaftlichen Umbau. Daraus entspringt eine gleichsam lehrreiche, wie pointierte Abrechnung des Autors mit bestehenden Umbaukonzepten. Niemand wird geschont. Konservative und Liberale befänden sich «in einer geistigen Sackgasse», da das Marktdogma (auch) bei der ökologischen Frage kein glaubhaftes Zukunftsversprechen biete.

Doch auch die «grünen Reformisten» bekommen ihr Fett weg. Viele Grüne Szenarien aus Politik und Wissenschaft würden von Transformation, gar von Revolution sprechen, den Veränderungsbedarf aber doch nur auf Seiten der Technik oder einiger politischer Instrumentarien sehen. Andere prangerten in moralisierender Weise den Natur zerstörenden Wachstumszwang an. Gemeinsam sei ihnen allen, dass sie Fragen von Macht und Eigentum nicht stellen, die Grundfesten der Wirtschaftsordnung unantastbar erscheinen. «Diese Veränderungen – selbst von Konservativen bisweilen als Transformation oder gar Revolution bezeichnet – werden nur als Mutation des Bestehenden gedacht, als könne der «Genpool des Kapitals» einfach umgepolt werden.» Den ökologischen Reformisten fehle das Korrektiv von links. Denn von wenigen Ausnahmen abgesehen sei die Linke – in ihren parteipolitischen wie außerparlamentarischen Formen – noch nicht im ökologischen Zeitalter angekommen. Dabei würde die Antwort auf die ökologische Frage fast alle Forderungen unterstreichen, die progressive Kräfte seit langem stellen. «Sattes Grün braucht kräftiges Rot», lautet Thies These. Und dies gelte ebenso umgekehrt: «Rot geht nur noch Grün, Gerechtigkeit nur mit Ökologie.» Die

Linke nimmt dies vieler Orts zustimmend zur Kenntnis – und macht weiter im alten Trott.

«Rotes Grün» setzt auf drei Leitprinzipien als Ausgangspunkt für eine neue politische Erzählung: Kooperation statt Wettbewerb, Gleichheit statt Ungleichheit und Planung statt Markt. Die ökologische Frage verlange globale Kooperation. Kooperation wiederum funktioniere nur, wenn Gleichheit gilt: jeder Mensch hat ein gleiches Recht auf ein Quantum Umweltraum. Die Qualität des vorausschauenden Umbaus wiederum mache Planung unumgänglich. Denn privatwirtschaftliches Handeln könne zwar «singuläre Öko-Effizienz hervorbringen, aber keine systemische: verbrauchsarme Autos, aber keine effizienten Verkehrssysteme; Öko-Häuser, aber keine ökologischen sinnvollen Siedlungsstrukturen». Dafür wiederum brauche es eine Wiederaneignung der Demokratie. Aus den Erfahrungen des Autors als Mitarbeiter der Linksfraktion im Bundestag folgt eine harsche Abrechnung mit dem Parlamentarismus. Die Konsequenz: mehr direkte Demokratie und die Stärkung der Kommune als Entscheidungsebene aber auch als wirtschaftlicher Akteur. Für den nötigen Paradigmenwechsel weg vom Wachstumszwang, hin zur Bedarfsdeckung brauche es eine demokratisch und transparente Gemeinwirtschaft mit öffentlichem Eigentum als tragender Säule. Zudem müssen die dingliche und geistige Produktion aus der profitwirtschaftlichen Umklammerung befreit werden.

In den hier nur cursorisch aufgezeigten «Signalen der Hoffnung» wird der Grat zwischen dem von Thie eingeforderten radikalen Realismus und dem von ihm kritisierten voluntaristischen Herbeizaubern einer schönen neuen Welt schmal. Auch bei der Benennung von Akteuren des Wandels bleibt Thie zu sehr im Ungefähren. Trotz dieser kleinen Wermutstropfen füllt «Rotes Grün» eine Leerstelle. Das Buch geht weiter als die bekannte Kritik des «Grünen Kapitalismus». Thie ist ein mit Genuss zu lesendes politisches Essay gelungen, in dem er Konturen einer zeitgemäßen linken Erzählung aufzeigt. Sie nimmt die ökologische Herausforderung nicht nur zur Kenntnis, sondern zum Ausgangspunkt.

BERND BROUNS IST REFERENT FÜR ENERGIEPOLITIK BEI DER LINKSFRAKTION IM BUNDESTAG



LUXEMBURG ARGUMENTE

Dr. Nadja Rakowitz
**GESUNDHEIT
 IST EINE WARE**
 Mythen und Probleme
 des kommerzialisierten
 Gesundheitswesens

luxemburg argumente Nr. 6
 ISSN 2193-5831
 Download unter:
[www.rosalux.de/
 publication/39638](http://www.rosalux.de/publication/39638)



Autorenkollektiv
**VON WEGEN
 CASINO**
 Populäre Irrtümer
 über Banken, Börse
 und Kredit
 luxemburg argumente Nr. 5
 2. aktualisierte Auflage
 ISSN 2193-5831
 Download unter:
[www.rosalux.de/
 publication/39098](http://www.rosalux.de/publication/39098)



Wolfgang Pomrehn
**ARMUTSRISIKO
 ENERGIEWENDE?**
 Mythen, Lügen,
 Argumente
 luxemburg argumente Nr. 4
 ISSN 2193-5831
 Download unter:
[www.rosalux.de/
 publication/39097](http://www.rosalux.de/publication/39097)



Ulrich Brand
**SCHÖNE
 GRÜNE WELT**
 Über die Mythen
 der Green Economy
 luxemburg argumente Nr. 3
 3. aktualisierte,
 überarbeitete Auflage
 ISSN 2193-5831
 Download unter:
[www.rosalux.de/
 publication/38335](http://www.rosalux.de/publication/38335)



Stephan Kaufmann,
 Ingo Stützel
**IST DIE GANZE WELT
 BALD PLEITE?**
 Staatsverschuldung:
 Was sie ist und wie sie
 funktioniert
 luxemburg argumente Nr. 1
 3. aktualisierte Auflage
 ISSN 2193-5831
 Download unter:
[www.rosalux.de/
 publication/37900](http://www.rosalux.de/publication/37900)

«Vor kurzem wurden erste falsche Buletten verkostet - aus Gewebezellen im Labor gezüchtet. Ändern müssen sich indes nicht nur die Verzehrgewohnheiten, sondern die Produktionsweisen. Als BürgerInnen müssen wir für Ernährungssouveränität eintreten: Denn der Betrug im Supermarkt um die Ecke und der nur für Nestlé & Co. produzierende bäuerliche Betrieb sind Ausdruck einer fatalen Abhängigkeit.»

NIEMA MOVASSAT UND THERESE WENZEL